

Antikommunismus ist bürgerliche Leitkultur!

„Ein Gespenst geht um in Europa – das Gespenst des Kommunismus. Alle Mächte des alten Europa haben sich zu einer heiligen Hetzjagd gegen dies Gespenst verbündet“. (MEW 4, 461)

In Niederösterreich wird ein jugendlicher Supermarkt-Einbrecher von der Polizei auf der Flucht von hinten erschossen. In Wien wird ein suizidgefährdeter Mensch in seiner Wohnung durch die Polizei von vorne erschossen.

In Kärnten werden von der Landesregierung ein Dutzend Flüchtlinge in einen Bus nach Wien gesetzt, um sie los zu werden. Gleichzeitig wird dem Kärntner Landeshauptmann Dörfler durch das Innenministerium bescheinigt, dass er wegen strafrechtlicher Unmündigkeit in amtlichen Angelegenheiten weiterhin den in Verfassungsrang stehenden Staatsvertrag aus dem Jahr 1955 brechen und der slowenischen Volksgruppe zweisprachige Aufschriften verweigern kann.

Im Burgenland soll ein Flüchtlingsheim durch eine vom SP-Landeshauptmann eingeleitete Volksabstimmung verhindert werden. Und zwar nicht weil er gegen die Behandlung ist, die Flüchtlingen in solchen Einrichtungen zuteil wird, sondern weil es ihm nicht in sein ausländerfeindliches Konzept passt.

In Wien fordert der 3. Nationalratspräsident Graf, dass sich die „deutsche Volks- und Kulturgemeinschaft in Europa frei entfalten können muss“. FP-Graf verdankt seinen staatspolitisch bedeutsamen Posten der Unterstützung durch seine Parlamentarier-Kollegen aus SPÖ und ÖVP.

In Salzburg will der Weihbischof Laun Abtreibung unter Strafe stellen, weil Österreich seiner Meinung nach sonst „kein Rechtsstaat“ sei.

Im türkischen Staat wird die kurdische Parlamentspartei verboten, im spanischen Staat die baskische Landespartei.

In Polen werden Symbole der Arbeiter/innen-Bewegung strafrechtlich verboten – ähnlich wie in Tschechien und Ungarn.

Ein repressives Klima herrscht in Österreich, in Europa und an der Peripherie, unter anderem weil der antikommunistische Totalitarismus in den kapitalistischen Staaten weitgehend durchgesetzte Norm ist. Der Zweck der Totalitarismus-Doktrin besteht darin der heute herrschenden Staatsform, der parlamentarischen Demokratie einen Nimbus zu verpassen, der jegliche radikale Kritik als unstatthaft erscheinen lässt. Damit soll Faschismus wie Kommunismus über einen Kamm geschoren werden. Das ist allerdings unhaltbar, weil sowohl der Faschismus als auch die Demokratie bloß Formen bürgerlicher Herrschaft sind, die dieselbe wirtschaftliche Grundlage haben, nämlich den Kapitalismus. Der Kommunismus ist aber etwas ganz anderes, nämlich die radikale Kritik sowohl des Kapitalismus als auch des Staats. Die Lehre vom Totalitarismus ist pure ideologische Konstruktion zur Verneinung jeder ernst gemeinten Kapitalismuskritik und zur Verherrlichung der herrschenden Eigentumsverhältnisse mitsamt der aktuellen Staatsform. Kurz gesagt: Die herrschende Totalitarismustheorie ist in ihrer Substanz nichts als ordinärer Antikommunismus (und nebenher Verharmlosung des Faschismus).

Historisch entstand der Antikommunismus als Reaktion der Herrschenden im Kapitalismus/Imperialismus auf die Herausbildung der revolutionären Arbeiter/innen-Bewegung und ihr theoretisches Rüstzeug, insbesondere die Lehre von Karl Marx. Antikommunismus ist mehr als bloße Ablehnung von kommunistischer Theorie und Politik oder sachliche Gegnerschaft. Er zielt darauf ab die Kräfte des Sozialismus/Kommunismus mit allen Mitteln zu vernichten. Auch ganz erhebliche Kollateralschäden

werden dabei in Kauf genommen. Antikommunismus ist der konzentrierte Ausdruck der historischen Perspektivlosigkeit des Kapitalismus und vom geistigen Verfall seiner Ideologie. Das bedingt Denk- und Verhaltensweisen, die sich in Aggressivität, Feindschaft und blindem Hass gegen alles äußern, was gesellschaftlich fortschrittlich ist. Der Inhalt des Antikommunismus besteht vor allem in der Verfälschung der Theorie des revolutionären Kommunismus und der wahren Ziele Revolutionär-Kommunistischer Organisationen sowie deren Verunglimpfung als „totalitär“, in der Behauptung der Kommunismus sei mit dem Humanismus unvereinbar, wolle Revolutions-Import/Export betreiben, und in ähnlichen Erfindungen. Der Antikommunismus war die politisch-ideologische Hauptwaffe der imperialistischen Bourgeoisie gegen vormals sozialistische Länder. Noch heute wird diese Waffe gegen Staaten eingesetzt, die sich dem imperialistischen Diktat nicht bedingungslos unterwerfen (Kuba, Nordkorea). Aber auch aufstrebende Konkurrenten des US- und EU-Imperialismus wie das seit mehr als 30 Jahren kapitalistische China geraten ins Visier antikommunistischer Hetzkampagnen. Das ist möglich, weil es dem Antikommunismus gerade nicht um sachliche Aufklärung, sondern um Verunglimpfung geht. Der Antikommunismus richtet sich sowohl gegen die Befreiungsbewegungen Afrikas, Asiens und Lateinamerikas als auch gegen die progressiven Kräfte in den imperialistischen Zentren selbst. (Imperialistische Zentren sind neben USA und Europa vor allem Japan und Russland; die Peripheriezone in der sich der österreichische Imperialismus traditionell besonders hervortut ist Osteuropa, insbesondere die Balkanregion.)

Der Antikommunismus hat seine primäre Ursache im Grundwiderspruch des Kapitalismus. Das ist der Widerspruch zwischen dem gesellschaftlichen Charakter der Produktion und der privat kapitalistischen Aneignung ihrer Ergebnisse. Die materielle Grundlage des Antikommunismus ist das kapitalistische Eigentum an den Produktionsmitteln. Der Antikommunismus ist kein einheitliches theoretisches System, sondern eine eklektische Vereinigung aller reaktionären ideologischen Elemente der bürgerlichen Philosophie, Soziologie, Ethik, Ökonomie, Staatslehre, Ästhetik und Geschichtswissenschaft. Er durchdringt und bestimmt weitgehend deren ideologischen Inhalt. Obwohl der Antikommunismus das ideologische Banner der dem Untergang geweihten Bourgeoisie auf der ganzen Welt ist, nimmt er in den verschiedenen Ländern zu verschiedenen Zeiten spezifische Züge an, die sich aus den konkreten Bedingungen des Klassenkampfes ergeben. Bereits im „Manifest der Kommunistischen Partei“ von 1848 verwies Karl Marx und

Friedrich Engels darauf, dass alle Mächte des alten Europas sich vor den neuen Ideen des Sozialismus und der Arbeiter/innen-Bewegung fürchten und sich zu einer heiligen Hetzjagd gegen diese verbündet haben. 1871 beteiligte sich die deutsche Bourgeoisie an der Seite der französischen bei der Niederwerfung der Pariser Kommune. Damit war der Konterrevolutions-Export begründet. Im ausgehenden 19. Jahrhundert war die Sozialdemokratie in Deutschland mehr als ein Jahrzehnt lang verboten, weil sie damals noch als revolutionär galt. Seither wurden unzählige Verbrechen gegen die Arbeiter/innen-Klasse und die Völker mit Hilfe des Antikommunismus vorbereitet und durchgeführt. Z.B.: die totalitäre Niederschlagung der revolutionären Arbeiter/innen-Aufstände während der Nachkriegskrise von 1918/19 in Deutschland, Österreich, Ungarn, der Slowakei usw. und die Ermordung ihrer bedeutendsten Führer/innen, darunter Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht. Auch Adolf Hitler an die Macht gebracht zu haben und die Entfesselung des Zweiten Weltkriegs gehen auf das Konto der Bourgeoisie und des antikommunistischen Totalitarismus. Aus ähnlichen Gründen hat es der US-Imperialismus übernommen Vietnam „in die Steinzeit zurückzubomben“. Im Gegensatz zu Terroristen führen imperialistische Mächte nur aus „höheren Motiven“ Krieg. Der Antikommunismus besorgt die nötige ideologische Tünche. Deshalb führt der US-Imperialismus (mit Unterstützung der EU) jetzt Krieg gegen Afghanistan, nachdem er zuvor für das Erstarken afghanischer Gotteskrieger im Kampf gegen die UdSSR gesorgt hat.

In der Zweiten Republik Österreich wurde der Antikommunismus als offizielle Doktrin von Anfang an durchgesetzt. Z. B. 1950 als SPÖ-organisierte Bauarbeiter auf streikende und demonstrierende Arbeiter/innen einprügelten, die gegen ein Sparpaket kämpften. Mit der Putschlüge, der Säuberung des ÖGB von Kommunist/innen

und der weitgehenden Ausschaltung von KP-Mitgliedern aus dem öffentlichen Leben hatte die Bourgeoisie ihr totalitäres Dogma zur allgemein verbindlichen Grundlage ihrer Diktatur gemacht.

Nach 1955, als die letzten Soldaten der Anti-Hitler-Koalition aus Österreich abgezogen waren, konnten auch NSDAP-Mitglieder nach 10 Jahren wieder in staatliche Spitzenpositionen aufsteigen.

Während die SPÖ unter Kreisky mit SS- und NSDAP-Größen Regierungsvereinbarungen schloss und 1971 die am meisten Nazi-verseuchte Regierung Österreichs bildete, wurde nochmals bekräftigt, dass jede Zusammenarbeit mit Kommunist/innen zum automatischen Ausschluss aus der SPÖ führt. (Eisenstädter-Erklärung)

Antikommunismus bedeutet, dass die Polizei auf dem rechten Auge blind ist und auf linke Aktivist/innen einprügelt, weil aus Antiimperialist/innen, Antifaschist/innen und Tierschützer/innen ja Kommunist/innen werden könnten.

Totalitarismus bedeutet, dass diejenigen, die gegen den Faschismus, für Arbeiter/innen-Rechte und Arbeiter/innen-Macht gekämpft haben, gleichgesetzt werden mit denen, die die Arbeiter/innen-Rechte abgeschafft, die Gewerkschaften aufgelöst und offenen Terror gegen das Volk organisiert haben.

Totalitarismus leugnet, dass wir in einer Klassengesellschaft leben, wo die einen die Fabriken, Banken, Häuser usw. besitzen und die anderen alle gesellschaftlichen Werte schaffen. In der Hitler-Zeit waren Arbeiter/innen und Kapitalisten zwangsweise gemeinsam in der Deutschen Arbeitsfront organisiert. Totalitarismus-Theoretiker behaupten, das sei das gleiche wie der Sozialismus, wo die Kapitalisten enteignet, Produktionsmittel vergesellschaftet und der Arbeiter/innen-Macht unterstellt werden. Sozialismus bedeutet die Unterdrückung der winzigen Minderheit von Kapitalisten durch die große Mehrheit der Arbeiter/innen.



Antikommunistisches Plakat
Frankreich, 1951

**Es ist nicht Antikommunismus zu glauben Marx, Lenin oder Mao hätten Unrecht.
Aber die Verteidigung des Systems von Lohnarbeit und Kapital bringt zwingend
Antikommunismus hervor.**

Antikommunismus richtet sich einerseits gegen die theoretischen und ideologischen Grundlagen des Kommunismus bzw. Marxismus, Leninismus und Maoismus und andererseits gegen diejenigen Kräfte, die den Kommunismus verkörpern. Aus der Sicht der Kommunist/innen ist der Antikommunismus ein Unterfangen, das die Entstellung der Ziele, der Theorie und der Praxis der kommunistischen Bewegung bezweckt. Deshalb wohnt dem Begriff grundlegend polemischer Charakter inne.

Der Antikommunismus tritt im Wesentlichen als eine Verfälschung und Deformierung der kommunistischen Positionen auf. Diese Vorgangsweise erlaubt es, das Programm der revolutionären Kommunist/innen durch die Ausmalung von dessen angeblich katastrophalen Folgen zu diskreditieren: Durch die Abschaffung des Privateigentums – also der Frucht der individuellen Arbeit – würden die Kommunist/innen die Faulheit verallgemeinern wollen. *„Hiernach müsste die bürgerliche Gesellschaft längst an der Trägheit zugrunde gegangen sein; denn die in ihr arbeiten, erwerben nicht, und die in ihr erwerben, arbeiten nicht. Das ganze Bedenken läuft auf die Tautologie hinaus, dass es keine Lohnarbeit mehr gibt, sobald es kein Kapital mehr gibt.“*; durch die Abschaffung der Familie würden die Kommunist/innen die Weibergemeinschaft einführen wollen. *„Man könnte höchstens den Kommunisten vorwerfen, dass sie an Stelle einer heuchlerisch versteckten eine offizielle, offenherzige Weibergemeinschaft einführen wollten. Es versteht sich übrigens von selbst, dass mit Aufhebung der jetzigen Produktionsverhältnisse auch die aus ihnen hervorgehende Weibergemeinschaft, d. h. die offizielle und nichtoffizielle Prostitution, verschwindet.“* Die Freiheit - *„Was beweist die Geschichte der Ideen anders, als dass die geistige Produktion sich mit*

der materiellen umgestaltet? Die herrschenden Ideen einer Zeit waren stets die Ideen der herrschenden Klasse.“ - und das Vaterland - *„Die Arbeiter haben kein Vaterland. Man kann ihnen nicht nehmen was sie nicht haben.“* - finden sich in gleicher Art und Weise als Hauptthemen des Antikommunismus eingesetzt, so wie ihn schon Marx und Engels im Manifest der Kommunistischen Partei beschrieben haben.

Diese seine ursprünglichen Elemente sollten sich nach 1917 durch das Bild der sowjetischen Gesellschaft anreichern: Der Antikommunismus stellt nicht mehr länger nur den Prozess dar, der aus den wirklichen oder vermuteten Absichten der Kommunist/innen folgt, sondern er stützt sich jetzt zugleich auch auf die Darstellung ihres Verhaltens an der Macht. Darüber hinaus hat die Proletarische Revolution unter der Führung der bolschewistischen Kommunistischen Partei dem Argumentationsvorrat des Antikommunismus eine weitere Dimension verliehen, die in den folgenden Entgegensetzungen zum Ausdruck kommt: „Freie Welt“/„Totalitarismus“, „Westen“/„Osten“ und damit „Zivilisation“/„Barbarei“. Die kommunistischen Kräfte wurden in der Ära der Teilung der Welt in Ost- und Westblock in spezifischer Art und Weise angegriffen, indem sie als Parteien des Auslands, das heißt auf Befehl der UdSSR (oder anderer sozialistischer Länder) handelnd und/oder als Vertreter einer bürokratischen Tyrannei, die grundlegendste Rechte negiert, denunziert.

Die Funktion der in ihren mehr oder weniger subtilen Formen antikommunistischen Ideologie besteht darin, die politische Aktion gegen den Kommunismus bzw. dessen Unterdrückung, zu rechtfertigen. Vom Ausnahmegesetz, das von 1878 bis 1890 in Deutschland herrschte, das die sozialistischen Organisationen sowie jegliche Organisation der Arbeiter/innen verbot, bis hin zur Errichtung faschis-

tischer Regimes in Zwischenkriegseuropa, die im Namen des Antikommunismus erfolgte, gibt es einen Überfluss an Beispielen, die eine Interpretation des Antikommunismus als legitimatorische Ideologie der Kapitalistenklasse rechtfertigt. Der Kalte Krieg, der zugleich ein Kampf gegen den internationalen Kommunismus und die Sowjetunion wie gegen „innere Subversion“ (z.B. McCarthyismus in den USA der 1950er Jahre) war oder die globalstrategische Unterdrückung der Befreiungsbewegungen Lateinamerikas, Asiens und Afrikas ist ebenso ein Beleg für den Antikommunismus als strategischer Festlegung bürgerlicher Politik.

Das Ende der Sowjetunion und des Realsozialismus in Europa (1989 – 1991) war ein Sieg der Kräfte des Antikommunismus, unabhängig davon wie die Entwicklung der SU während der sieben Jahrzehnte ihres Bestehens im Detail eingeschätzt wird. Aus der Perspektive der Antikommunisten sind stets ausschließlich tote Kommunisten gute Kommunisten. Die überaus glaubwürdige Losung „KPÖ – immer für Österreich“ war den Antikommunisten ja auch schnurz, sie haben diese Partei trotzdem stets als „Russenpartei“ denunziert. Ebenso wenig nützten unablässige Beateuerungen, dass der Oktoberstreik von 1950 ausschließlich ein ökonomischer Lohnkampf und auf gar keinen Fall ein Putschversuch gewesen sei oder die immer wieder bekundete Absicht wieder zurück ins Parlament zu wollen. Obwohl die KPÖ seit 1945 wenig zu ihrem kommunistischen Ruf beigetragen hat, wird sie ihn nicht los.

Die antikommunistische Staatsideologie wird seit der Wende von vor 20 Jahren zügig modifiziert. Z.B. hat die herrschende Klasse in Deutschland die Sprachregelung von den „zwei deutschen Diktaturen“ verordnet. Damit soll klargestellt werden, dass der „Unrechtsstaat“ DDR in dem Faschisten

im Unterschied zur BRD tatsächlich nichts zu melden hatten, ein Fall für die Geschichtsbewältigung sei, ebenso wie der NS-Staat. Überall in den Ländern Osteuropas wurden und werden antikommunistische Sondergesetze eingeführt usw. Nebenbei bemerkt wurde der staatstragende Antikommunismus in Österreich und Westdeutschland bereits nach der Niederlage des faschistischen deutschen Imperialismus unter dem Einfluss der Westalliierten deutlich modifiziert. Der Antibolschewismus des NS-Faschismus war durch eine ausgeprägte antisemitische Komponente gekennzeichnet. Der Begriff „jüdischer Bolschewismus“, der ein substantieller Bestandteil der NS-Propaganda war, wurde im Kalten Krieg gesäubert und durch einen „politisch korrekten“ Antikommunismus anglo-amerikanischer Prägung ersetzt.

Der Antikommunismus versteht sich als Grundhaltung aller politischen Kräfte, die entschlossen sind am gegenwärtigen gesellschaftlichen Status quo festzuhalten, von selbst. Der Antikommunismus, der häufig in der Attitüde des Antitotalitarismus daherkommt, ist das obligatorische Eintrittsbillet zu den Salons der bürgerlichen Gesellschaft. Deshalb sind z. B. die Parlamentsparteien in Österreich ausnahmslos, ohne wenn und aber antikommunistisch. Sollte diese zugegeben etwas apodiktische Aussage auch für die Sozialdemokratie gelten? Ihre Vorkämpfer sollen immerhin einst Anhänger von Karl Marx gewesen sein, weshalb sie hierzulande auch als Austromarxisten bezeichnet wurden. Es ist richtig, die Gründer/innen der SP im 19. Jahrhundert waren tatsächlich Marxist/innen und deshalb den kommunistischen Ideen keineswegs von Haus aus feindlich gesonnen. Aber die SP hat frühzeitig den Marsch durch die Institutionen der bürgerlichen Gesellschaft angetreten und dem Weg des proletarisch-revolutionären

Klassenkampfes eine kategorische Absage erteilt. Deshalb ist die SP spätestens seit 1918 nur noch eine Partei des ordinären parlamentarischen Kretinismus. Für ihre Verdienste um die Integration beträchtlicher Teile der Arbeiter/innen-Klasse in das kapitalistisch/imperialistische System wird die SPÖ von der Bourgeoisie ganz außerordentlich geschätzt.

Wie steht es aber um die außerparlamentarischen Linkskräfte, deren Einzugsgebiet sich in Österreich schon seit langem auf einen sehr überschaubaren Ausmaß beschränkt. Auch in diesen Kreisen ist die Seuche des Antikommunismus verbreiteter, als es der Subversion gut tut.

Eine erstaunliche Anzahl an Politgruppen hält vor allem die Erinnerung an Linienkämpfe unter revolutionären Kräften hoch, die teilweise bereits etliche Generationen zurückliegen. Da gibt es „libertäre“ Kommunist/innen, die nichts besseres zu tun haben als in der Tradition Bakunins den wissenschaftlichen Kommunismus von Marx und Engels zu bekämpfen, da gibt es „Links“-Kommunist/innen, die wie Getriebene immerzu Lenins angeblichen Verrat an der Weltrevolution aufdecken müssen, da gibt es die Trotzki-Anhänger/innen, die es nicht verwirren können, dass ihr Vorbild für den Aufbau des Sozialismus in der SU bzw. dem „Arbeiterstaat mit bürokratischen Verzerrungen“ nicht benötigt wurde, da sind die Stalin-Anhänger/innen, die tatsächlich glauben mit dem Tod ihres Idols hätte sich der Lauf der Weltgeschichte um 180 Grad gewendet, da sind die Hoxha-Anhänger/Innen die noch immer wehklagen von Chruschtschow und Mao getäuscht worden zu sein, da sind die Mao-Anhänger/innen, die mittlerweile den leninschen Parteityp für entbehrlich erachten, während die Breshnew-Anhänger/innen weiterhin an Gorbatschows Verrat laborieren usw. usf. Wem nützt der ganze Antimarxismus, Antileninismus, Antistalinismus und

Antimaoismus, der da zutage gefördert wird? Klar müssen Revolutionär/innen aus den Kämpfen und den Niederlagen der Vergangenheit Lehren ziehen. Aber sich darauf zu beschränken in den Wunden der Vorkämpfer/innen vergangener Epochen zu stochern anstatt die entscheidenden Kämpfe der Zukunft vorzubereiten?

Auch solche Linke, die sich üblicherweise viel auf ihr angeblich so undogmatisches Wesen zugute halten basteln im Allgemeinen lieber an ihren Luftschlössern anstatt am antikommunistischen Panzer des kapitalistisch/imperialistischen Systems auch nur zu kratzen. Die einen denken sich „revolutionäre Subjekte jenseits der Arbeiterklasse“ aus, andere schälen einen Widerspruch aus der komplexen Wirklichkeit heraus, um alle Aufmerksamkeit ausschließlich auf denselben zu fokussieren, wieder anderen dienen ihre marxologischen Kenntnisse als Schmiermittel zur Beförderung ihrer akademischen Laufbahnen - die bürgerliche Ideologieproduktion ist inzwischen dermaßen differenziert, dass sogar dort gewisse Kenntnisse erforderlich sind - usw. Alle miteinander stehen sie der bürgerlichen Gesellschaft kein Bisschen im Weg. Revolutionäre Kommunist/innen wollen mittels ihrer Partei eine bestimmte Machtstruktur und eine bestimmte Produktionsweise durchsetzen. Nicht mehr, nicht weniger. Deshalb halten sie an den gesicherten Erkenntnissen fest:

„Die Kommunisten verschmähen es ihre Ansichten und Absichten zu verheimlichen. Sie erklären es offen, daß ihre Zwecke nur erreicht werden können durch den gewaltsamen Umsturz aller bisherigen Gesellschaftsordnung. Mögen die herrschenden Klassen vor einer kommunistischen Revolution zittern. Die Proletarier haben nichts in ihr zu verlieren als ihre Ketten. Sie haben eine Welt zu gewinnen.“

(Marx/Engels, Manifest der Kommunistischen Partei)

„Antibolschewismus ist die Grundtorheit unseres Jahrhunderts.“

[Thomas Mann (1875–1955), bedeutendster deutschsprachiger Romanschriftsteller seiner Epoche]

„Die Stellung der Frauen beruht wie alles in unserer komplexen Gesellschaft auf der ökonomischen Basis.“

Eleanor Marx und Edward Aveling

Wer putzt? Wer kocht? Wer wäscht? Wer erzieht unsere Kinder? Die gesamte Arbeitswoche der Arbeiterinnen wird auf 99,6 Stunden geschätzt. Die Arbeiterin soll sich nach der Lohnarbeit im Bereich der vier „K“ bewegen: Kind, Küche, Kleider, Kirche. Von allen Seiten wird versucht, die Frauen ruhig und dumm zu halten und sie zu entpolitisieren. Diese Doppelbelastung durch Lohnarbeit und Arbeit in der Familie ist die besondere Form der Ausbeutung der erwerbstätigen Frau im Kapitalismus. Die Befreiung der Frau ist kein reiner Geschlechter- oder Reformkampf sondern weiterführend ein Klassenkampf. Wenn wir unsere Lage nicht mehr als Schicksal betrachten, sondern endlich die Augen aufmachen, dann wird uns auch bewusst, wer uns unterdrückt und wie notwendig unser Kampf gegen Kapital und Patriarchat ist.

Die Proletarierinnen haben zusammen mit den bürgerlichen Frauen wichtige Errungenschaften für die Frauen erkämpft. Die bürgerliche Frauenbewegung beschränkt sich jedoch auf Reformkämpfe und hat nicht den Anspruch, den Rahmen des kapitalistischen Systems zu sprengen.

Heute sind es Quotenregelungen bei der Verteilung von Machtpositionen, die die bürgerliche Frauenbewegung fordert. Die mächtigste Frau auf der Welt sei Angelika Merkel liest man im *Standard*. Diesem Verständnis nach ist der größte Beitrag zur Frauenemanzipation deren gleichwertige Beteiligung an Unterdrückung und Ausbeutung der Arbeiter/innenklasse.

Besitzende oder gut verdienende Frauen können eine andere Frau bezahlen, die für sie kocht, putzt und ihre Kinder

erzieht. Die Situation der Arbeiterin hingegen ist eine ganz andere. Solange die Hausarbeit eine weitgehend private und Angelegenheit der Frau ist, können angebliche „Chancengleichheiten“ außerhalb des Hauses überhaupt nicht wahrgenommen werden, sie sind rein formal und können nur von einer Elite von Frauen in Anspruch genommen werden. Genauso verhält es sich mit der formalen Gleichberechtigung vor dem Gesetz. Dem kapitalistischen System nützt Frauenunterdrückung und Patriarchat. Die konsequente Befreiung der Masse der Frauen ist also eine Klassenfrage. Während für die bürgerliche Frau die Verfügungsgewalt über ihre eigenen Produktionsmittel die Freiheit bedeutet, beutet sie als Mitglied der bürgerlichen Klasse die Arbeiterinnen aus.

Die proletarische Frauenbewegung kämpfte und kämpft um die wirkliche Frauenbefreiung. Sie beteiligte sich an jedem radikalen Reformkampf und erreichte für die Frauen unter vielen anderen das Recht auf Abtreibung. Sie blieb jedoch nicht stehen bei Zugeständnissen, im Gegenteil. Durch die Eingliederung der Frau in den Produktionsprozess unterlag nun die Arbeiterin demselben Herrn wie der Arbeiter. Sie haben einen gemeinsamen Feind, wobei sich die Arbeiterin in einer besonderen Lage der Ausbeutung befindet. Die Frauen der revolutionären, auch sozialistischen Frauenbewegung genannt, waren sich ihrer Lage bewusst, nämlich dass sie einen wesentlichen Teil des gesamten ausgebeuteten Proletariats ausmachen und sich das Proletariat nur selbst im Kampf gegen die Ausbeuterklasse befreien kann. Dass die Arbeiterinnen einer besonderen Ausbeutung unterliegen und diese Tatsache die Notwendigkeit voraussetzt, dass

sie sich von den Ketten des Patriarchats nur selbst befreien können, indem sie sich organisieren und eigenständig den Kampf aufnehmen.

Mit dem, dass die Frau für den Produktionsprozess herangezogen wurde, verfolgte die Bourgeoisie nicht das Interesse, die Frau aus der materiellen Abhängigkeit vom Mann zu befreien. Der Frühkapitalismus zeichnete sich durch eine hohe Produktivitätssteigerung aus, das heißt, dass die Frauen als billigere Arbeitskräfte eingesetzt werden mussten, damit die aufkommende Industrialisierung vorangetrieben werden konnte. Von diesem Zeitpunkt an waren es in jeder Wirtschaftskrise die Frauen, die als erstes von Massenentlassungen betroffen waren. Die Erwerbstätigkeit der Frauen ist abhängig vom jeweiligen Bedarf an weiblichen Arbeitskräften. Vor dem ersten Weltkrieg wurden die Frauen massenhaft in den Produktionsprozess einbezogen, besonders in Munitionsfabriken um männliche Arbeitskräfte für die Front freizusetzen. Jugend-, Arbeiterinnen- und Kinderschutz wurden für die gesamte 1. Weltkriegsdauer aufgehoben. Nicht anders war es vor dem 2. Weltkrieg und in jeder nachfolgenden Krise. Die Frauen im Reproduktionsbereich sind eine industrielle Reservearmee, die herangezogen bzw. zurück an den Herd gedrängt wird, wie es dem System gerade passt.

„Die Familie ist die kleinste, aber wertvollste Einheit im Aufbau des ganzen Staatsgefüges.“ Das brachte Hitler schon mal auf den Punkt. Im Faschismus kam es zur vollkommenen Wiederbelebung der patriarchal-autoritären Familienform. Die Frauen mussten sich ihrem „Naturberuf“ als Ehefrau und Hausfrau widmen. Die unbe-

zahlte Arbeit der Frauen innerhalb der Familie, die ihnen aufgehalst wird, dient dazu, die Reproduktionskosten der Arbeitskraft zu senken. Die Ehe, mit der die Familie als lebenslängliche Versorgungsinstitution untermauert wird, zeichnet ebenfalls die Besonderheit der doppelten Unterdrückung und Ausbeutung der proletarischen Frau aus. In unseren Köpfen besteht der Tag aus Arbeit und der Rest wäre dann Freizeit. Das Leben als Arbeiterin oder Arbeiter wird nicht als ganzes gesehen. Du kannst ja nur arbeiten, wenn du dich dazwischen wieder erholst, schläfst, isst, jene Bedürfnisse erfüllst, die notwendig sind, damit sich deine Arbeitskraft regenerieren, „reproduzieren“ kann. Viele dieser Aufgaben bleiben an der „Frau im Haus“ hängen. Das System zieht einen großen Nutzen aus diesem Umstand, denn es braucht sich weniger um die Wiederherstellung der Arbeitskraft zu kümmern solange es die Frauen dafür gibt. Gleichzeitig sollen wir unsere Kinder nach genau den Rollenbildern, die das System für unsere Unterdrückung vorgesehen hat, erziehen. Wir sollen TrägerInnen, VerfechterInnen und VermittlerInnen der bestehenden Werte und Muster sein, mit denen wir im Kapitalismus und Patriarchat funktionieren. Ausbeutung und Unterdrückung, Sexismus, und Frauenfeindlichkeit sollen hingenommen bzw. gar nicht erst gesehen werden. Es soll nicht lange nachgedacht werden und schon gar nicht nach einem Warum gefragt werden.

Die Familie erfüllt ebenfalls den Zweck eines Ventils zur

Machtausübung des Mannes. Dies ist der wichtigste Bereich im gesellschaftlichen Leben wo ein ausgebeuteter Arbeiter bestimmen, entscheiden und herrschen kann (oder wo er sich das zumindest einbilden kann). Ärger und Frustration kann er innerhalb der Familie Luft machen, ohne eine Gefährdung fürs System darzustellen - im Gegenteil. Diese autoritären Werte sind fundamental für das Fortbestehen des Kapitalismus. Die Tätigkeiten im Haus erhält die Isolation vieler Frauen von der Gesellschaft. Dies spiegelt sich in Verbindung mit der wirtschaftlichen Abhängigkeit auch in der emotionalen Abhängigkeit von den Ehemännern, Lebensabschnittspartnern, Habernern, Vätern, Strizzis wider. **Durch die künstliche Trennung der Lebensbereiche wird völlig vernebelt, welch bejahende Stellung wir mit unserer „privaten“ Lebensweise, objektiv, gegenüber dem System einnehmen.**

In einer Gesellschaft, in der Geld die Werte bestimmt, ist die Hausarbeit der Frau wertlos und gilt deshalb nicht als Arbeit. Jede produzierte Ware hat im Kapitalismus einen Gebrauchswert und einen Tauschwert. Der Gebrauchswert definiert sich über die Frage ob ein Ding überhaupt benötigt wird. Dann erst gibt es einen Tauschwert, nämlich wenn man dieses brauchbare Ding verkaufen kann.

Die patriarchale und sexistische Objektivierung von Frauen, ihrer Körper und ihrer Sexualität, und ihre Vermarktung für den männlichen Konsum, fügt sich in das System der kapitalisti-

schen Wirtschaftsbeziehungen und der bürgerlichen Familie hervorragend ein.

Im Sozialismus, beispielweise in der Sowjetunion der 1920er-Jahre oder während der Kulturrevolution in China, wurden große Anstrengungen unternommen, die private Hausarbeit zu vergesellschafteten. Es wurden Volkskantinen bzw. Gemeindegärten gebaut, in denen auch Männer arbeiteten. Die Erziehung der Kinder wurde nicht mehr allein den Eltern bzw. den Frauen überlassen, sondern vergesellschaftet. Das sind Voraussetzungen, wodurch die materielle Grundlage zur Diskriminierung der Frauen entzogen wird.

Patriarchat, Ausbeutung und Unterdrückung werden durch Reformen innerhalb dieses Systems nicht beseitigt. Das System reproduziert diese jeden Tag neu. Erst im Sozialismus können die Bedingungen und Voraussetzungen geschaffen werden, die die Frauen aus ihrer untergeordneten Position herauslösen. Das heißt jedoch nicht, dass es mit der Umgestaltung der ökonomischen Verhältnisse durch die sozialistische Revolution alleine getan ist. Im Gegenteil; nötig ist die Revolution in den kulturellen und privatesten Bereichen des menschlichen Zusammenlebens. **Die Befreiung der Frau und aller vom Kapital Unterdrückten erfordert die sozialistische Revolution.** Also organisieren wir uns, um die proletarische Revolution und die Befreiung der Frau aus jahrhundertelanger Knechtschaft voranzutreiben.

Die faschistische Gefahr geht vom Kapitalismus aus!

Alle Jahre wieder in der Faschingszeit richten die Spitzen der kapitalistischen Gesellschaft und ihre Wasserträger Bälle aus: Industrielle, Zuckerbäcker, Offiziere usw. Deutschnationale Farbstudenten wollen natürlich auch nicht abseits stehen, weshalb zwanzig lokale Studentenverbindungen zum nunmehr 57. Mal den Ball des Wiener Korporationsrings (WKR) durchführen. Die studentischen Männerbünde stellen traditionell ein wichtiges Verbindungsglied zwischen den parlamentarischen Rechtsparteien und dem außerparlamentarischen Rechtsextremismus dar. Prominentes Beispiel ist Martin Graf. Er ist zugleich „alter Herr“ der rechtsextremen Burschenschaft Olympia und demokratisch legitimierter dritter Nationalratspräsident. Auf diese Schlüsselposition im parlamentarisch-kapitalistischen System kam der Deutschtümler Graf, weil ihm die Mehrheit der SPÖ- und ÖVP-Abgeordneten zum österreichischen Nationalrat die Steigbügel gehalten hat. Die im WKR zusammengeschlossenen Burschenschaften stehen für Frauenfeindlichkeit, Rassismus, Antisemitismus, NS-verherrlichenden Geschichtsrevisionismus, Revanchismus, Sexismus, Homophobie, Antikommunismus und ähnlichen gemeingefährlichen, ideologischen Schrott. Der von diesen Herrschaften dargestellte Rechtsextremismus ist eine militante Steigerungsform

bürgerlich-kapitalistischer Werte und Anschauungen. Kapitalistische Vergesellschaftung erzeugt zwangsläufig bürgerliche Herrschaft und konkurrenzbedingte Ausgrenzung. Deshalb besteht zwischen gemäßigten Eliten im kapitalistischen System und offenen Faschisten auch weniger ein Gegensatz als ein kontinuierlicher Übergang. Allein der Ort, an dem der WKR-Ball stattfindet, nämlich in den Repräsentations-Gemäuern der Wiener Hofburg, der ehemaligen Kaiserresidenz, ist ein deutliches Indiz der Nähe zwischen rechtsrechten Männerbündlern und der herrschenden Klasse.

Der ideologische Sperrmüll der Ultrarechten verbreitet sich nicht nur im Milieu, wo die Oberen Zehntausend unter sich bleiben, er wird leider auch an die breite Öffentlichkeit gezerzt. FPÖ und Kronenzeitung trommeln für den Wien-Wahlkampf mit Parolen, die den Tatbestand der Pogrom-Hetze locker erfüllen: „Zuwanderungslawine“, „Asyl-Verbrechen“, „Kriminalitätsexplosion“, „Mafiabanden aus Osteuropa“ usw.

Es genügt nicht, gegen Zombie-Bälle und andere rechtsextreme Veranstaltungen oder gegen rassistische Ausfälle von FP-Wahlkämpfern zu demonstrieren. Antifaschismus, der sich darauf beschränkt, FPÖ und ÖVP Wähler/innen abspenstig zu machen, um sie SPÖ und Grünen zuzuführen, ist auch

bloß Wasser auf den Mühlen der Herrschenden. Schließlich stehen sämtliche Parlamentsparteien ohne wenn und aber fest auf dem Boden des Lohnarbeitssystem und der Diktatur der Bourgeoisie. Es gilt, jede Form befreiungs-feindlicher Ideologie und dazugehörige wirtschaftliche und gesellschaftliche Grundlagen tagtäglich zu bekämpfen, ansonsten ist Antifaschismus nichts als die Selbstbeschränkung auf ein sich Abarbeiten an der sprichwörtlichen sichtbaren Spitze des Eisbergs!

Das Gefüge der bürgerlichen Gesellschaft bringt unablässig reaktionäre Ideen hervor: Nachhaltiger Antifaschismus zielt darauf ab befreiungsfeindlichen Denkformen die Grundlage zu entziehen!

65. Jahrestag der Befreiung vom NS-Faschismus durch die Rote Armee!



Hinter dem Faschismus steht das Kapital, der Kampf um Befreiung ist international!

In der Gesellschaft in der wir leben, namentlich der kapitalistischen, nimmt die bürgerliche Herrschaft, ganz einfach weil sie sich gezwungen sieht, immer wieder neue Formen (bürgerliche Demokratie oder offener Faschismus) an. Dies ändert jedoch nichts am Kern ihres ausbeuterischen Wesens. Wir wissen, dass, wie auch immer sich die herrschende Klasse präsentieren bzw. hinter welchen (bürgerlich) demokratischen Masken und Fassaden sie sich auch immer formieren, sie es, auch wenn es ihr derzeit recht gut gelingt, historisch gesehen nie schaffen wird, die Massen dauerhaft hinter's Licht zu führen. Denn die Geschichte lehrt uns, dass wo auch immer das Joch der Unterdrücker über die Massen sich ausbreitet, oftmals auch der Widerstand des Volkes und der Werktätigen nicht weit ist. Und hier und heute sind wir, die revolutionären kommunistischen Bewegungen, Organisationen und Parteien der entschlossene und konsequente Widerstand! In Deutschland und Österreich gibt es heute jedoch keine Kraft, die den Herrschenden konsequent Einhalt gebieten kann, doch genau um diesen Zustand zu ändern, organisierten wir uns als revolutionär-kommunistische Gruppen – denn wir sind überzeugt, dass das Ziel der Niederschlagung der bürgerlich-demokratischen und faschistischen Ordnungen zu erreichen ist. Doch eine unorganisierte Kraft ist wie ein Fass

ohne Boden, denn jeder Einsatz und jede Mühe welche in den Kampf einfließen würde, würde wieder auf der anderen Seite ausfließen. All unsere Bestrebungen wären umsonst, wenn wir es nicht schaffen uns zu vernetzen und eine gemeinsame Plattform des Widerstandes gründen. Wenn wir früher oder später die von uns gesetzten Ziele erreichen wollen, so müssen die revolutionären Kräfte der Massen den Kampf für eine klassenlose Gesellschaft Schulter an Schulter bestreiten. Dies ist eine unumstößliche Regel des Klassenkampfes, denn es handelt sich dabei um eine Schlussfolgerung des unüberbrückbaren Widerspruchs zwischen Kapital und Arbeit, zwischen Proletariat und Bourgeoisie, welcher der kapitalistischen Gesellschaftsordnung (ob nun faschistisch oder bürgerlich-demokratisch) zu Grunde liegt. Wir dürfen nicht vergessen, dass die Bourgeoisie jene Klasse ist, welche in der kapitalistischen Gesellschaft das Joch der Unterdrückung über die Massen bringt. Aus diesem Grund ist jeglicher Versuch mit vernünftigen Argumenten diese Herren von ihrem Bestreben das Volk auszubeuten abzubringen vergebens. Somit ergibt sich für uns nur ein logischer Schritt, nämlich der zum Widerstand und zwar zum Widerstand gegen dieses System und all seiner Repräsentanten und nicht nur der "bloße" (der zwar wichtig ist, jedoch nur einen Teil unseres Klassenkampfes ausmacht)

Widerstand gegen Faschismus. Also sollte die Devise nicht sein einzelne Teilbereiche der gesellschaftlichen Widersprüche (Faschismus, Sexismus usw.) aufzugreifen und isoliert zu bekämpfen, sondern das Übel an den Wurzeln packen und es von dort bekämpfen. Das heißt, dass wir uns nicht zufrieden geben sollten mit dem Kampf um die Abschaffung faschistischer Organisationen und Parteien (denn wie schon erwähnt ist der Faschismus nur eine von vielen Regierungsformen der KapitalistInnenklasse), sondern vielmehr dies als einen von vielen Bereichen im Kampf gegen die herrschenden Klassen sehen. Doch für diesen Kampf brauchen wir eine Kraft die entschlossen und geschlossen agiert. Deswegen rufen wir alle Werktätigen Jugendlichen auf sich dem "Revolutionär-Kommunistischen Jugendverband" (Österreich) anzuschließen und Seite an Seite mit uns für die Werktätigen und ihre Befreiung zu kämpfen! Daher unser Appell an alle... Schulter an Schulter gegen Faschismus bedeutet vor allem Schulter an Schulter gegen den kapitalistischen Staat und seine bürgerlich-demokratische Fratze!

Nieder mit dem Kapitalismus!

Nieder mit dem Faschismus!

Voran im weiteren Aufbau des Revolutionär-Kommunistischen Jugendverbandes!

Jetzt wehren, es ist Zeit – gegen Faschisierung und Sozialabbau!

Die Lehren des Februar 1934

Vor 75 Jahren, im Februar 1934 traten insgesamt ca. 60.000 Menschen in Österreich 5 Tage lang in den bewaffneten Widerstand gegen den herrschenden Dollfuß-Schuschnigg-Klerikal-faschismus (Austrofaschismus). Dieser antifaschistische bewaffnete Kampf war aber lediglich ein Abwehrkampf, kein offensiver bewaffneter Aufstand oder, wie oft betitelt, „Bürgerkrieg“.

Wie war es dazu gekommen? Zur Vorgeschichte des Februar 1934

Die Führung der österreichischen Sozialdemokratie hatte während der Revolution von 1918/19 ihre Rolle als Retterin und Hüterin der kapitalistischen Ausbeuterordnung glänzend erfüllt. Nach der den imperialistischen Krieg unterstützenden Haltung der Sozialdemokratie während des ersten Weltkrieges vereitelte sie 1918/1919 die sozialistische Revolution und tat alles, um so schnell wie möglich wieder zur Normalität der kapitalistischen Ausbeuterordnung zurückzukommen. Im Oktober 1918, als die Soldaten in Scharen von den Fronten heimkehrten, konnten die soeben gebildeten revolutionären Arbeiter/innen- und Soldatenräte ihre Macht soweit stärken, dass sie zu einer Art Parallelmacht zum brachliegenden habsburgerischen Staatsapparat wurden. Die Sozialdemokratie säuberte die Soldatenräte und die an Stelle der alten k.u.k.-Armee gebildete Volkswehr von Kommunist/innen und anderen revolutionären Elementen, brachte die Arbeiter/innen- und Soldatenräte unter ihren Einfluss, um sie zu einem Organ der Partei zu degradieren und später durch Auflösung liquidieren zu können. Der sozialdemokratische Heeresminister Deutsch stellte das Heer in seiner alten reaktionären Form wieder her

und ebenso die Befehlsgewalt der Offiziere, welche meistens schon zu Monarchiezeiten im Heer befohlen hatten. Nach den ersten Wahlen nach dem Zerfall der Monarchie bildete die österreichische Sozialdemokratie 1919 eine Koalition mit den zukünftigen Austrofaschisten. Die Sozialdemokratie restaurierte also den, mit dem Zerfall der Habsburgermonarchie brachliegenden, reaktionären Staatsapparat, flickte ihn wieder zusammen und schuf somit jene Instrumente, welche 1933 und 1934 die Arbeiter/innenbewegung niedermetzelten und dem Faschismus an die Macht verhalfen. In der ganzen ersten Republik verhinderte die Sozialdemokratie zahllose Streiks, Demonstrationen, Aufstände und nicht zuletzt den antifaschistischen Kampf. Auch scheute die Sozialdemokratie vor Gewalt gegen fortschrittliche und demonstrierende Arbeiter/innen nicht zurück: Oftmals wurde gegen revolutionäre DemonstrantInnen die rechte sozialdemokratische „Volkswehr“ eingesetzt. Diese, unter sozialdemokratischer Führung stehende, Volkswehr schoss das erste Mal am 4.2.1919 bei einer Demo von Arbeitslosen in Linz auf die Demonstrant/innen. Binnen eines halben Jahres töteten sozialdemokratische Polizei und Volkswehr 48 linke Demonstrant/innen! Im Juli 1919 ließ der sozialdemokratische Innenminister am Vorabend einer geplanten Großdemo 115 Aktivist/innen der noch nicht mal vor einem Jahr gegründeten KPÖ verhaften. Als die Demo von der Inhaftierung erfuhr, zog der Demozug los, um die Gefangenen zu befreien. Die Volkswehr stellte sich der Demo entgegen und eröffnete das Feuer - 20 Tote! Bezeichnend ist, dass die Volkswehr in keinem Falle gegen Aktionen der Reaktion eingesetzt wurde, was verdeutlicht,

dass es für die sozialdemokratische Führungselite lediglich die Gefahr auf der linken Seite gab. 1920 wurden die offen faschistischen Heimwehren gebildet, die von Industriellenvereinigungen und sonstiger Bourgeoisie finanziell kräftig hochgepäppelt wurden. Nun begannen zahlreiche Morde durch Heimwehr und andere Faschisten an Kommunist/innen und Sozialdemokrat/innen. 1923 wurde auf Druck der sozialdemokratischen Basis der republikanische Schutzbund als proletarische antireaktionäre/antifaschistische bewaffnete Formation gebildet. Doch die Mordanschläge der Faschisten nahmen zu, in all diesen Fällen wurden die Faschisten von der Klassenjustiz freigesprochen oder mit lächerlich geringen Strafen nach Hause entlassen. Am 14.7.1927 endete der Prozess gegen die faschistischen Mörder, welche im Jänner 1927 im burgenländischen Schattendorf auf eine sozialdemokratische Kundgebung geschossen hatten und dabei einen Invaliden und ein 8-jähriges Kind ermordet hatten, mit einem Freispruch. Allen Beschwichtigungen der Sozialdemokratischen Partei zum Trotz, kommt es zum Generalstreik in Wien und zu Massenstreiks in ganz Österreich. Zehntausende stürmen den Justizpalast, das verhasste Symbol der Klassenjustiz, Polizeireviere und Justizministerium werden gestürmt. Die sozialdemokratische Polizei schießt tagelang auf alles, was sich bewegt und 15 mal sind rechte sozialdemokratische Schutzbundeinheiten gegen die aufständischen Demonstrant/innen eingesetzt worden. Über 100 Arbeiter/innen sterben. Danach wurde der reaktionäre Kurs der Regierung weiter verschärft, demokratische Freiheiten eingeschränkt, die Reaktion ging zum Sturmangriff über, die Faschisierungstendenz, die Rück-

nahme demokratischer Rechte in der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie, welche dieser innewohnt, erreichte höchste Ausmaße. Im März 1933 wurde durch die Klerikalfaschisten das Parlament ausgeschaltet, die Kommunistische Partei verboten (dieses Verbot befürwortete die Sozialdemokratie faktisch), der Schutzbund aufgelöst und die Zensur und Todesstrafe wieder eingeführt. Die Sozialdemokratie hat nach Beginn der Dollfußdiktatur mehrfach erklärt, sie sei zur Zusammenarbeit mit dem Austroklerikalfaschismus bereit und hat bei der Ausschaltung des Parlaments, als die Arbeiter/innen Widerstand gegen den beginnenden Faschismus leisten wollten, diesen Widerstand verhindert. Bauer propagierte ja keinen Widerstand auszuüben, durch Kompromisse mit den Faschisten könne sicher das Ärgste verhindert werden. Auf welcher Seite die Sozialdemokratie mit ihrer Burgfriedenspolitik stand, wird auch deutlich daran sichtbar, dass der sozialdemokratische Wiener Bürgermeister 1933 kommunistische Kundgebungen untersagte und faschistische genehmigte. Seit Mitte Jänner 1934 erreichten die planmäßigen Vorstöße des Faschismus ihren Höhepunkt, die Reaktion holte zum entscheidenden Schlag gegen die Arbeiter/innenbewegung aus. Systematische bewaffnete faschistische Besetzungen sozialdemokratischer Parteiheime und Lokale unter dem Vorwand der Waffensuchungen, Verhaftung von sozialdemo-

kratischen Gewerkschafter/innen etc. fanden breit angelegt statt.

Die Februarkämpfe.

Im Februar 1934 ist es der sozialdemokratischen Führung mit ihrer Ideologie des „Austromarxismus“ nicht mehr gelungen, die Massen zurückzuhalten. Die Februarkämpfe brachen spontan aus und verliefen spontan. Teile des faktisch zur Niederschlagung von Arbeiter/innenaufständen konzipierten Schutzbundes entglitten 1934 der SP-Parteiführung und handelten selbstständig gegen die Weisung der Sozialdemokratie, nicht zu kämpfen. Die österreichische Sozialdemokratie hat mit ihrer Hinhaltenaktik und Kapitulationspolitik vor dem Faschismus die Ausgangslage der Arbeiter/innen für einen bewaffneten Widerstand sukzessive verschlechtert und als die Arbeiter/innen 1934 zum Widerstand schritten, hat sie sie im Stich gelassen. Die offizielle Parteiführung ließ sich teilweise verhaften, Deutsch und Bauer sind während der Kämpfe geflohen und Adler erklärte während der Kämpfe, er sei mit laufenden Angelegenheiten beschäftigt. Nach diesem Verrat durch die sozialdemokratische Partei setzte nach dem Februar 1934 ein Massenstrom enttäuschter SP-Parteimitglieder zur KPÖ ein. Am 9.2. erfuhr der Leiter des oberösterreichischen Schutzbundes, Bernaschek, dass die Regierung die Verhaftung sozialdemokratischer Mitglieder und Funktionär/innen plane, noch am 11.2. sendete er eine Nachricht, dass der oberösterreichische Schutzbund beim nächsten faschistischen Übergriff Widerstand leisten werde, an die sozialdemokratische Parteizentrale in Wien. Diese wollte Bernaschek von diesem Entschluss abbringen. Als am 12. Februar um 6:30 in der Früh die Austrofaschisten die als Waffensuchung ausgegebene Besetzung des Arbeiter/innenheims Hotel Schiff starteten,

wehrten sich die Arbeiter/innen bewaffnet. Die Nachricht vom bewaffneten Widerstand, vom Beginn der Kämpfe in Linz verbreitete sich in Windeseile und im ganzen Bundesgebiet entfachten die antifaschistischen Widerstandskämpfe. Nur in Vorarlberg und Kärnten fanden keine Kämpfe statt, denn hier ging die Führung der Sozialdemokratie offen zum Faschismus über – mit Briefen an Dollfuß distanzieren sich SP-Funktionäre von dem in ihren Augen verbrecherischen Widerstand der Arbeiter/innen. Auch in Linz ließ sich der SP-Führer Koref von den Austrofaschisten verhaften und wurde gegen Zusicherung einer loyalen Haltung gegenüber den Austrofaschisten wieder freigelassen. In Vorarlberg und Tirol wurden SP-Führer gegen das Versprechen, für Ruhe zu sorgen, von den Austrofaschisten wieder enthaftet. Der Schutzbund entwarfnete die Arbeiter/innen in Steyrermühl, in Graz versorgte der SP-Bürgermeister die Exekutive mit Waffen zur Ermordung der Antifaschist/innen, in Schwechat warfen rechte Schutzbündler die Waffen ins Wasser.... Die Liste an sozialdemokratischen Verratsbeispielen ließe sich noch lange fortsetzen. In Wien war am 12. Februar, noch vor Ausbruch der Kämpfe, noch bevor die Nachricht vom Ausbruch der Kämpfe in Linz angekommen war, auf Befehl der austrofaschistischen Regierung die innere Stadt abgeriegelt worden, Panzerwägen fuhren herum und am Nachmittag wurden die Betriebsräte der Großbetriebe (Sozialdemokrat/innen), der sozialdemokratische Bürgermeister und der Parteivorstand von der Reaktion verhaftet, diese setzten dem keinen Widerstand entgegen. Ebenfalls in Wien tobten die heftigsten Kämpfe, bereits am Abend des 12.2. starteten diese in den Arbeiter/innenwohnbezirken. Die Arbeiter/innen errichteten Barrikaden in den Wohnbezirken und verschanzten sich in den großen Ge-



Kampfgebiete im Februar 1934

meindewohnkomplexen. Am 16.2 fielen im Karl-Marx-Hof in Wien die letzten Schüsse, das Bundesheer als Werkzeug der Reaktion hatte entschiedensten Anteil an der Niederwerfung der Kämpfe. (Genau diese Polizei und dieses Heer, welche 1934 Antifaschist/innen ermordete, setzte bezeichnenderweise 1938 keinen einzigen Schuss, als es galt, gegen den Hitlerfaschismus vorzugehen) Die Reaktion ging mit großer Brutalität gegen die kämpfenden Antifaschist/innen vor. Sie beschoss die Gemeindebauten mit Artillerie und Kanonen. In Wien wurde ein Gemeindebau (Goethehof) aus einem Flugzeug mit Maschinengewehren beschossen, am Ende der Kämpfe waren 2000 Antifaschist/innen ermordet worden. Doch das Sterben hörte nach den Kämpfen nicht auf. Todesurteile an Antifaschist/innen wurden vollstreckt, zahllose kamen durch Folter ums Leben, noch ein halbes Jahr später saßen 8300 Antifaschist/innen in österreichischen Gefängnissen, nicht mitgerechnet die große Zahl jener, die in sogenannten Anhaltelagern (den KZs des Austrofaschismus) inhaftiert waren. Nach den Februartkämpfen war nun auch die österreichische Sozialdemokratie verboten und die Arbeiter/innenbewegung geschlagen. Dieses Verbot richtete sich gegen die fortschrittlichen Teile der Basis, die linken Mitglieder der Sozialdemokratie, nicht jedoch gegen die SP-Führung, welche dem Faschismus ja alles andere als gefährlich, diesem sogar dienlich gewesen war. Mit der Konstituierung des Faschismus als offene bürgerliche Diktatur war für die Herrschenden keine Notwendigkeit mehr gegeben, an der Sozialdemokratie als Mittel zur Niederhaltung und Gängelung der Arbeiter/innenschaft festzuhalten. Bundesweit kämpfte nur ca. 1/6 der Schutzbündler, 6000 kämpfende Antifaschist/innen standen ca. 50000 Reaktionären entgegen. Viele Schutzbundeinheiten kämpften

nicht, weil das erwartete Signal der sozialdemokratischen Parteiführung zum Widerstand ausblieb. Oftmals gaben die Schutzbundfunktionäre keine Waffen an die nach diesen verlangenden Schutzbündler/innen aus und es wurden auch keine Waffen an die Massen ausgegeben, das Kämpfen sei Aufgabe des Schutzbundes, nicht jedoch der Massen, so die Sozialdemokrat/innen. So blieben die meisten Waffen unbenutzt, die Massen wurden unbewaffnet gelassen.

Die Sozialdemokratie trägt in Österreich die Verantwortung für den Faschismus, denn die Ereignisse vom Februar 1934 sind die Konsequenz des sozialdemokratischen „Weges zum Sozialismus“.

Die sozialdemokratisch-revisionistische Theorie vom friedlichen Hineinwachsen in den Sozialismus via Parlamentarismus, diese defensive Politik des Zurückweichens und der Zugeständnisse, dass die Massen unbewaffnet bleiben – all das führt tatsächlich und unvermeidlich immer wieder in die Katastrophe - zum Triumph des Faschismus, dies wurde geschichtlich immer wieder deutlich sichtbar (Österreich 1934, Chile 1973...). Die sozialdemokratische Taktik, die Illusion vom friedlichen, parlamentarischen, legalen Weg zum Sozialismus, führt in Wirklichkeit nicht zum Sozialismus, sondern zur Restauration der Reaktion. Die spezielle Taktik der österreichischen Sozialdemokratie, der Austromarxismus, war durch eine scheinrevolutionäre und pseudolinke Haltung und ebensolche Phrasendrescherei bei in Wirklichkeit antimarxistischer und konterrevolutionärer Politik gekennzeichnet. Dieser Austromarxismus gab der österreichischen sozialdemokratischen Partei den Anschein einer revolutionären Partei und verhinderte maßgeblich, dass die KPÖ zu einer großen Partei wurde. Die österreichische Sozialdemokratie

Georgi Dimitroff über die österreichische Sozialdemokratie und die Februarkämpfe. (1935)

„In der Tat! Mögen die Millionen sozialdemokratischer Arbeiter, die jetzt zusammen mit ihren kommunistischen Brüdern die Schrecken der faschistischen Barbarei auskosten, ernsthaft über folgendes nachdenken: wenn das österreichische und das deutsche Proletariat im Jahre 1918, als die Revolution in Deutschland und Österreich ausbrach, nicht der sozialdemokratischen Führung der Otto Bauer, Friedrich Adler und Renner in Österreich, der Ebert und Scheidemann in Deutschland Gefolgschaft geleistet hätte, sondern den Weg der russischen Bolschewiki, den Weg Lenins und Stalins gegangen wäre, dann würde es jetzt keinen Faschismus geben, weder in Österreich noch in Deutschland, weder in Italien noch in Ungarn, weder in Polen noch auf dem Balkan. Nicht die Bourgeoisie, sondern die Arbeiterklasse wäre bereits längst der Herr der Lage in Europa.“ (...)

„Nehmen wir z.B. die österreichische Sozialdemokratie. Die Revolution von 1918 hob sie gewaltig empor. Sie hatte die Macht in Händen, sie hatte starke Positionen in der Armee, im Staatsapparat. Gestützt auf diese Positionen, hätte sie den entstehenden Faschismus im Keime vernichten können. Aber sie gab ohne Widerstand eine Position der Arbeiterklasse nach der anderen auf. Sie erlaubte der Bourgeoisie, ihre Macht zu stärken, die Verfassung aufzuheben, den Staatsapparat, die Armee und die Polizei von sozialdemokratischen Funktionären zu reinigen, den Arbeitern das Waffenarsenal wegzunehmen. Sie erlaubte den faschistischen Banditen, sozialdemokratische Arbeiter ungestraft zu ermorden, Sie nahm die Bedingungen des Hüttenberger Pakts an, der den faschistischen Elementen den Zutritt zu den Betrieben öffnete. Gleichzeitig trichterten die Führer der Sozialdemokratie den Arbeitern das Linzer Programm ein, in dem die Alternative einer Gewaltanwendung gegenüber der Bourgeoisie und der Errichtung der proletarischen Diktatur vorgesehen war, und versicherten ihnen, dass die Partei, wenn die herrschenden Klassen gegenüber der Arbeiterklasse zur Gewalt greifen sollten, darauf mit der Aufforderung zum Generalstreik und bewaffneten Kampf antworten werde. Als ob die ganze Politik der Vorbereitung des faschistischen Überfalls auf die Arbeiterklasse nicht eine Kette von Gewaltakten ihr gegenüber war, die durch verfassungsmäßige Formen bemäntelt wurden? Sogar am Vorabend und während der Februarkämpfe ließ die Führung der österreichischen Sozialdemokratie den heldenmütigen ringenden Schutzbund isoliert von den breiten Massen dastehen und verurteilte das österreichische Proletariat zur Niederlage.“

Beide Zitate aus: „Die Offensive des Faschismus und die Aufgaben der Kommunistischen Internationale“

unterschied sich durch ihren Austromarxismus von anderen sozialdemokratischen Parteien, die sich in ihrem Auftreten programmatisch von vornherein von Sozialismus, Revolution und Marxismus abgrenzten. In diesem Sinne erklärte die österreichische Sozialdemokratie in ihrem Linzer Programm den bewaffneten Kampf als zulässiges Mittel für den Fall, dass die Bourgeoisie den Boden der Demokratie verlassen, diese zerstören und den Faschismus etablieren würde. Dies ist taktisch betrachtet aber der größte Unsinn. Denn das Linzer Programm läuft damit darauf hinaus, den Kampf bewusst erst unter schlechteren Bedingungen aufzunehmen und sich dem Zeitpunkt für den Kampf von der Reaktion vorschreiben zu lassen. Die SP schaute den faschistischen Umtrieben und der Entwaffnung des Schutzbundes ewig untätig zu. 1933, als das Parlament ausgeschaltet wurde und die Klerikalfaschisten diesen Faschismus eta-

blierten wäre nach dem Linzer Programm der Zeitpunkt für den Aufstand eigentlich bereits gekommen, dennoch kam es zu keinem Widerstand, die Parteiführung der SP verhinderte diesen sogar. Diese defensive Hinhalte- und Abwartetaktik führte dazu, dass die Antifaschist/innen erst viel zu spät, unter viel schlechteren Ausgangsbedingungen im Februar 1934 den bewaffneten Widerstand begannen und in den Kampf traten - die Führung der Sozialdemokratie verdammt den Ausbruch des bewaffneten Widerstandes auch zu diesem Zeitpunkt noch.

Die Lehren des Februar 1934.

Während der Kämpfe traten die ArbeiterInnen zahlloser Betriebe in den Streik, jedoch funktionierte der Generalstreik nicht, da SP-Funktionäre den Streik sabotierten und zur Wiederaufnahme der Arbeit aufriefen. So hatten zum Beispiel privilegierte, hochrangige, gut bezahlte sozialdemokratische Gewerkschaftsfunktionäre der sozialdemokratischen Eisenbahnergewerkschaft nicht zum Streik aufgerufen, womit sie also den kämpfenden Arbeiter/innen direkt in den Rücken fielen, denn so fuhren die Eisenbahnen und transportierten Waffen, Munition und Truppen der Reaktion! Der Kampf konzentrierte sich beinahe nur auf die Städte, es gab viele Gebiete, wo überhaupt nicht gekämpft wurde, es erfolgte keine Koordination zwischen den Einheiten und der Kampf hatte keine Führung, denn die Führung der Sozialdemokratie hatte die Arbeiter/innen im entscheidenden Moment im Stich gelassen und die damals noch revolutionäre KPÖ war zu schwach und zu klein, um den Kämpfen eine Führung geben zu können. Die Kämpfer/innen verfolgten eine defensive Verteidigungstaktik, die Antifaschist/innen setzten sich in unbeweglichen Objekten (Gemeindebauten) fest, dadurch waren sie in den Gemeinde-

bauten faktisch eingeschlossen und konnten einfach von der Reaktion eingekesselt und zusammengeschossen werden. Weiters wurde verabsäumt, taktisch wichtige Punkte und Gebäude zu besetzen und ein Angriff auf das Stadtzentrum und die Machtmittel der Bourgeoisie zu starten. Jeglicher Offensive wurde von der Sozialdemokratie entgegengewirkt, so verboten rechte sozialdemokratische Funktionäre am Laerberg in Wien/Favoriten den sich im Rückzug befindenden Antifaschist/innen, welche Geiseln nehmen wollen, ebendies und verteidigten somit die Reaktion. Dieser defensive Charakter des Widerstandes war von vornherein der Tod dieses heldenhaften antifaschistischen Kampfes. Wo Kommunist/innen an den Kämpfen beteiligt waren, wurde eine offensivere Taktik gefahren. Die KPÖ setzte alle Kräfte für einen gemeinsamen Kampf vor allem mit der sozialdemokratischen Basis ein, es gelang ihren Mitgliedern zum Beispiel am Laerberg in Wien-Favoriten, dass hier sozialdemokratische Schutzbündler/innen und Kommunist/innen gemeinsam kämpften. Die damals noch revolutionäre KPÖ hat als einzige Partei während der Kämpfe Flugblätter und Aufrufe an die Massen herausgegeben und versucht, die Massen in die Kämpfe mit einzubeziehen und die Arbeiter/innen zu mobilisieren, auf die Straße zu gehen und die Offensive zu ergreifen. Aber die Mehrheit der Antifaschist/innen glaubte an die Richtigkeit der SP-Defensivpolitik.

Noch vor Beginn des bewaffneten Widerstands, am 10. Februar, als die Reaktion zum endgültigen Angriff ansetzte, aber auch die ersten Streiks entflammt waren, gab die KPÖ den Aufruf zum Generalstreik heraus. Losungen der KP waren: „Schlagt den Faschismus nieder, bevor er euch niederschlägt, geht auf die Straße, streikt, entwaffnet die Faschisten, die Waffen in

Kampf um die rote Front der Arbeiterklasse.

„Immer deutlicher kann es jeder Arbeiter sehen, dass die sozialdemokratische Partei der letzte Schutzdamm des Kapitalismus vor der heraufziehenden revolutionären Flut ist. Und mit allen Mitteln suchen die sozialdemokratischen Führer den zusammenbrechenden Kapitalismus zu (...) stützen, und sind bereit dazu, den Massen die größten Opfer aufzuerlegen.

Wenn die Arbeiter die Macht ergreifen und sich von Kapitalismus befreien wollen, dann müssen die Fesseln zerschlagen werden, die die Sozialdemokratie den Massen anlegt. Es ist eine Lüge, wenn die sozialdemokratischen Führer behaupten, dass wir Kommunisten die Einheit der Arbeiterklasse zersplittern. Umgekehrt ist es wahr, dass die sozialdemokratischen Führer mit den kapitalistischen Klassenfeinden des werktätigen Volkes paktieren und zusammenarbeiten, um deren Klassenherrschaft zu retten und derart die Arbeiterklasse zu spalten! (...)

Wir Kommunisten rufen zur Herstellung der Einheit der Arbeiterklasse in der roten Front des revolutionären Kampfes gegen die kapitalistische Klasse und ihre Lakaien.“

Aus: „Wo ist der Ausweg? Programm der Kommunistischen Partei zur sozialen und nationalen Befreiung der Werktätigen Österreichs“ (1931)

die Hände der Arbeiter!“ Trotz der damaligen Schwäche der KPÖ war ihre Gründung (1918) ein großer Schritt nach vorne, weil es sonst auch im Februar 1934 keine eigenständig organisierte revolutionäre Kraft gegeben hätte und das Feld vollkommen dem Einfluss der Sozialdemokratie überlassen worden wäre. Mit Ende der 1940er/Anfang der 50er Jahre setzte sich in der KPÖ der Revisionismus durch, sie deformierte und wurde zu jener normalen bürgerlichen Partei, die sie auch heute noch ist. Nach wie vor besteht aber die Notwendigkeit einer revolutionären Partei der Arbeiter/innenklasse, so wie sie auch nach der endgültigen Deformierung der Sozialdemokratischen Partei bestand. So wie 1918 steht auch heute vor den fortschrittlichsten Teilen der Arbei-

ter/innenklasse die Aufgabe, eine revolutionäre Partei als Speerspitze der kommenden sozialen und wirtschaftlichen Kämpfe und Bewegungen sowie auch als theoretisch führendes Zentrum derselben aufzubauen, denn nur wenn wir über eine solche Partei verfügen, haben wir ein wirksames Werkzeug zur Zerschlagung des Kapitalismus in Händen. Die Faschisierungstendenz, d.h. die permanente Tendenz zum Abbau demokratischer Rechte, die dem bürgerlichen Staate innewohnt, tritt heute wieder besonders hervor: Auf Linke und Antifaschist/innen einprägende PolizistInnen, Repression gegen fortschrittliche Kräfte und Kriminalisierung ebendieser, umfassende Ausweitung der Überwachung, generell staatliche Liebkosung und freie Hand für Faschos

und Nazis, die geplante Inhaftierung von Asylwerber/innen in Anhaltelagern,... Die Ereignisse des bewaffneten antifaschistischen Abwehrkampfes im Februar haben gezeigt, dass wir uns wehren müssen, solange wir dazu noch in der Lage sind, dass Zuwarten und Zögern bei Widerstand der Reaktion und dem Faschismus dienlich sind, und dass es von enormer Wichtigkeit ist, dass wir uns selbstständig in revolutionären Gruppen organisieren. Die Februarkämpfe scheiterten auch, weil sie keine revolutionäre Führung hatten. Aus diesen Gründen ist es notwendig, dass wir uns schon heute wehren, eine militante AntiFa schaffen und vor allem: uns eine starke, handlungsfähige Revolutionär-Kommunistische Partei aufbauen!

Rede der IA.RKP auf der 12.Februar-Demo bei der Zwischenkundgebung im Gerl-Hof (Wien-Brigittenau 13.1.)

(Anm.: Wie jedes Jahr beteiligten sich auch heuer AktivistInnen und SympathisantInnen der IA.RKP und des RKJV an der von der KPÖ Brigittenau initiierten Demonstration zum 12. Februar, die vom Schwester-Restituta-Platz über den Gerl-Hof zum Hrdlicka-Denkmal am Höchstädtplatz führt. Der Gerl-Hof liegt in der Stromstraße 39-45, 1200 Wien und ist nach Josef Julius Gerl, einem Mitglied der Sozialistischen Arbeiterjugend und Revolutionären Sozialisten benannt, der am 24. Juli 1934 zum Tod verurteilt und gehängt wurde. Die Gedenktafel wurde 1950 von Theodor Körner, damals Wiener Bürgermeister, enthüllt.)

Wir Revolutionäre KommunistInnen möchten hier beim Denkmal für Genossen Gerl, der im Jahr 1934 von den Austrofaschisten aufgehängt wur-

de, auf zwei Punkte eingehen: Das eine ist die ständig wiederholte Behauptung, dass in Österreich der Faschismus mit dem Einmarsch der Truppen Nazi-Deutschlands begonnen habe. Gerade erst vor zwei Tagen, am Donnerstag, hat der ÖVP-Funktionär Khol bei einer Podiumsdiskussion des „Standard“ im Museum der Stadt Wien auf unerträgliche Weise das faschistische Dollfuss-Regime verteidigt und gerechtfertigt. Khol ist wahrlich ein Vertreter des austrofaschistischen Flügels in der ÖVP und schreckte in seiner Stellungnahme nicht einmal davor zurück Dollfuss und seinen faschistischen Putsch gar als antifaschistische Heldentat zu glorifizieren. Tatsächlich – und das ist uns allen Anwesenden klar – beginnt der Faschismus in Österreich nicht 1938 sondern 1933 mit dem Verbot der KPÖ,

des KJV und des Republikanischen Schutzbundes – sowie mit der gewaltsamen Auflösung des Parlaments, das nach der angeblichen „Selbstaflösung“ bei der nächsten geplanten Sitzung durch Polizeigewalt am Zusammentreten gehindert wurde. Und das war alles 1933. Es ist eine wichtige Aufgabe aller antifaschistischen Kräfte in Österreich, das immer wieder klar zu stellen und gegen Leute wie Kohl und gegen den 1945 vereinbarten SPÖ-ÖVP-Konsens den Austrofaschismus als Todfeind der österreichischen Arbeiter/innenklasse zu benennen. Das gilt umso mehr, als die heutigen Neofaschisten sich immer stärker als österreichische Faschisten definieren, meistens mit rot-weiß-roten Fahnen und Aufnehmern in Erscheinung treten – und nicht mehr, wie früher, als deutschnationale .

Als zweiten Punkt auf der heutigen Kundgebung beim Gerl-Denkmal möchten wir Revolutionären Kommunist/innen betonen, dass wir die Opfer der Februar-Kämpfe 1934 – und der Kämpfe in den folgenden Jahren – nicht nur als Kämpfer/innen gegen den Faschismus ehren und ihrer gedenken. Wir ehren sie auch als Kämpfer/innen für eine neue Gesellschaft, als Kämpfer/innen für den Sozialismus.

Die Parole aus dem Jahr 1934: „Von der Februar-Niederlage zum Roten Oktober!“ hatte vielleicht einen voluntaristischen Zug, denn nach so einer schweren politischen und militärischen Niederlage führt der Weg nicht flott zur proletarischen Revolution. Aber diese Parole drückt aus, mit welcher Einstellung und Orientierung Genoss/innen wie Josef Gerl den Kampf gegen den Faschismus führten. In diesem Sinn war der Jungsozialist Josef Gerl auch nicht ein verrirrter Abenteurer, der eine Eisenbahnlinie sprengte und einen Polizisten erschoss, sondern ein Genosse, der wusste, dass nur im bewaffneten Kampf die Diktatur der Bourgeoisie gestürzt und eine neue Gesellschaftsordnung, der Sozialismus erkämpft werden kann.

Das Problem des Josef Gerl und vieler anderer klassenbewusster Arbeiter/innen jener Zeit war, dass die falsche Partei, nämlich die reformistische SDAPO, die nahezu unumschränkte Führung inne hatte. Dass sowohl die politische als die militärische Generallinie der in Wien alles beherrschenden Sozialdemokraten die Defensive und nicht die Offensive war.

Im Republikanischen Schutzbund mit seinen bis zu 100.000 bewaffneten Mitgliedern standen sich zwei unversöhnliche politisch-militärische Linien gegenüber. Einerseits der Plan des Schutzbundführers Körner, dem späteren Bundespräsidenten, der als erfahrener Militärwissenschaftler das Konzept des Partisanenkriegs – heute würde man sagen: Guerillakrieg – vertrat. Angesichts der Übermacht des kapitalistischen Staatsapparats mit bürgerlichem Heer, Gendarmerie, Polizei und faschistischer Heimwehr gegenüber den bewaffneten Einheiten der Arbeiter/innenklasse bedeutet dieses Konzept, genau dort zuzuschlagen, wo der Feind schwach ist, sich rasch zurückzuziehen und Gegenstößen des übermächtigen Feindes elastisch auszuweichen. Dieses Kampfkonzzept wurde aber auf Druck der sozialdemokratischen Parteileitung

abgelehnt, stattdessen wurde das Konzept von Julius Deutsch umgesetzt, das auf die Strategie und Taktik des Abwehrkampfes einer regulären bürgerlichen Armee aufbaute. Diese verheerende Entscheidung war natürlich politisch begründet, denn die sozialdemokratische Führung wollte ja den friedlichen Weg zum Sozialismus gehen, den Weg über Wahlen und schrittweise kleine Reformen zum Sozialismus.

Wie viele Februar-Kämpfer/innen entschied sich Josef Gerl damals für einen anderen Weg, für den Weg des bewaffneten Kampfs.

Wenn wir heute wirklich den revolutionären Weg zum Sozialismus gehen wollen, müssen wir auch aus den Februar-Ereignissen lernen. Was wir brauchen, ist eine revolutionäre kommunistische Partei, eine Kampfpartei, die ihre Mitglieder im Feuer des Klassenkampfes gewinnt, eine Partei der Offensive gegen die bürgerliche Herrschaft, eine Partei, die ihre politische und organisatorische Arbeit auf den politischen Generalstreik, den bewaffneten Kampf und den Volkskrieg orientiert.

In diesem Sinne: **Offensiv gegen den Faschismus! Offensiv gegen das Kapital! Für die proletarische Revolution!**

Solidaritätserklärung an Bologna burns von ANAKBAYAN und dem Philippinischen Student/innen-Verband

Revolutionäre Grüße an die Jugendlichen und Student/innen von Bologna burns in Wien und auf der ganzen Welt!

Wir, die Jugendlichen und Student/innen der Philippinen, Mitglieder der nationaldemokratischen Organisationen ANAKBAYAN (Söhne und Töchter der Nation) und des Philippinischen Student/innen-Verbands unterstützen den internationalen Kampf für Bildung und Sozialleistungen.

Wir begrüßen den andauernden Kampf unserer Genoss/innen und die eifrigen Anstrengungen, die Jugend und

Student/innen an der Seite der unterdrückten Sektoren der Welt zu vereinigen. Wir versichern euch unsere aufrichtige Unterstützung für den Protesttag am Donnerstag 11. März und die internationalen Demonstrationen unter dem Motto: „Vereinigt gegen Kürzungen bei Bildung und Sozialleistungen – nehmen wir die Zukunft in unsere eigenen Hände!“ Darüber hinaus bieten wir euch unsere ehrliche Solidarität im Kampf für eine Bildung, die den Bedürfnissen des Volkes dient und nicht der kleinen herrschenden Elite, nicht dem kapitalistischen System.

Es ist höchste Zeit, dass wir die große Bedeutung der Bildung im Dienst des Volkes betonen, die Zerstörungen des Imperialismus und aller reaktionären Kräfte kritisieren und verurteilen und eine antiimperialistische und fortschrittliche Perspektive im Kampf für eine neue und bessere Welt bieten.

Hier kurz zum Hintergrund des philippinischen Bildungssystems: In den 300 Jahren seit dem 16. Jahrhundert, in denen unser Land von Spanien kolonisiert war, leitete die katholische Kirche alle Bildungseinrichtungen. Sie wurden für die Hochgestellten und für die

Ausländer betrieben, nicht für die Indios, nicht für die Bäuer/innen, die die Mehrheit der im Land geborenen Bevölkerung darstellten.

Während der Zeit der us-amerikanischen Besetzung war das Ziel klar, als das erste zentrale Schulsystem eingerichtet wurde, in dem mehr als tausend us-amerikanische Soldaten als Lehrer dienten - die sogenannten Thomasiten. Nach einer Welle heftiger Luftangriffe, die zahlreiche Tote und große Zerstörungen von Eigentum verursachten, wurde die Bildung zu einem Werkzeug zur Befriedung, um die „Loyalität der Einwohner/innen gegenüber der Souveränität der Vereinigten Staaten herzustellen und bei ihnen die Ideen der westlichen Zivilisation einzupflanzen“, wie der US-General Dewey sagte.

Unter der faschistischen US-Marionetten-Diktatur von Ferdinand Marcos in den 1970er und 1980er Jahren wurde das Bildungsgesetz (Education Act) von 1982 umgesetzt. Dieses ist auch als Republik-Gesetz 232 bekannt und beinhaltet Stellen, die eine Kommerzialisierung der Bildung vorsehen. Dieses Gesetz führte zu einer Bildungspolitik und zu Bildungsprogrammen, die sogar bis heute die Bedingungen für das philippinische Volk weiter verschlechtern.

Die Geschichte zeigt, wie der Imperialismus auch in anderen Teilen des kapitalistischen Weltsystems die Bildung benutzt, um weiteren Profit herauszuholen und das leidende Volk auf der ganzen Welt auszubeuten und zu kontrollieren.

Die imperialistischen Mächte haben die Entwicklungsländer dazu getrieben, ihre Wirtschaften zu entnationalisieren, Investitionen und Handel zu Gunsten der ausländischen Monopole zu liberalisieren,

staatliches Vermögen und soziale Dienste zu privatisieren und alle früheren Beschränkungen für das ausländische Monopolkapital und der Ausbeutung des arbeitenden Volkes, der Frauen, Kinder, Migrant/innen und der Umwelt zu deregulieren.

Die staatlichen Ausgaben für Bildung und Sozialleistungen werden ständig gekürzt, während die Ausgaben für Schuldentrückzahlung der Länder der Dritten Welt erhöht werden und dem Militär höhere Priorität gegeben wird. Das zeigt den Klassencharakter und die Funktion des Staates, die wachsende Unruhe des Volkes zu unterdrücken, dessen soziale Bedürfnisse nicht erfüllt werden.

Die Verschärfung der Krise des kapitalistischen Weltsystems führt zur Steigerung von Staatsterror und Aggressionskriegen. Die imperialistischen Mächte verbünden sich weiter, um die Last der Krise auf das arbeitende Volk und die Entwicklungsländer abzuladen.

Aber die breiten Volksmassen sind entschlossen, dagegen für nationale und soziale Befreiung zu kämpfen.

So drücken wir unsere internationale Solidarität mit der Bologna-Demonstration dadurch aus, dass wir uns im Kampf gegen den Imperialismus zusammenschließen und die große Mehrheit der philippinischen Bevölkerung, die aus den unterdrückten Sektoren kommt, unter Führung der Arbeiter/innenklasse aufrütteln, organisieren und mobilisieren.

Die Jugend innerhalb der nationaldemokratischen Massenorganisationen mit sozialistischer Perspektive auf den Philippinen führt ständig massive Informations- und Ausbildungskampagnen auf allen Ebenen durch, um das Volk aufzurütteln und ihm zu hel-

fen, die Stärke zu erkennen, die lange versteckt gehalten wurde: ihr Vorteil der großen Zahl, der Kenntnis des Landes, des stärkeren Willens und der proletarischen Führung.

Wir kümmern uns um die Bedürfnisse unserer Mitmenschen, die unter der Vernachlässigung der sozialen Versorgung und unter den Lakaiendiensten für die us-amerikanische imperialistische Macht gelitten haben und organisieren und mobilisieren die Menschen, um einander zu helfen, führen weitreichende Programme zur Förderung freiwilliger Arbeit durch und entlarven gleichzeitig das verrottende kapitalistische System.

Wir führen kreative, militante Protestaktionen durch und zeigen mit allen Mitteln die Menschenrechtsverletzungen, die Militarisierung und den Staatsfaschismus auf, wie sie vom kapitalistischen Weltsystem vorangetrieben werden. Wir unterstützen die höchste Form des Kampfs gegen den ausgesprochenen Faschismus und die Menschenrechtsverletzungen, die vom Staat und dem Militär begangen werden.

Jeder Sieg, den wir in unserem Kampf für wirkliche Freiheit und nationale Demokratie erringen, schwächt unseren gemeinsamen Feind!

Völker der Welt, vereinigt euch im Kampf für die Lebensbedingungen und soziale Gerechtigkeit!

Nieder mit dem Imperialismus!

Lang lebe die internationale Solidarität!

ANAKBAYAN Metro Manila
League of Filipino Students
Metro Manila
<http://www.lfs.ph>

(10.3.2010)

Österreichischer Imperialismus weg vom Balkan!

Ein weiterer Schritt des österreichischen Imperialismus, sich am Balkan auch auf militärischem Gebiet stärker in Szene zu setzen

Am 4.12.2009 übernahm in Sarajevo der Generalmajor Bair des Österreichischen Bundesheeres in Anwesenheit von Minister Darabos für ein Jahr das Kommando über die 2.000 Soldaten der EUFOR Bosnien-Herzegowina. „Erstmals hat ein Offizier aus Österreich die militärische Führung einer Friedensmission der EU inne“, freut sich das Kriegsministerium. Darabos erklärte: „Heute ist ein großer Tag für Österreich. Die Bestellung zeigt, welchen Stellenwert das Bundesheer in Europa hat. Es kommt nicht von ungefähr, wenn einem Land eine derartige Verantwortung übertragen wird.“ Österreich würde, so Darabos in Sarajevo, seine Militärpräsenz „zumindest bis zu den Wahlen im Oktober des kommenden Jahres aufrechterhalten“. Das österreichische Kontingent ist eine Infanterietruppe und umfasst derzeit etwa 100 Soldaten. Es kann jederzeit auf bis zu 190 aufgestockt werden. In einem Interview mit „News“ hatte Darabos verlauten lassen: „Während sich andere Staaten wegen Afghanistan aus der Region zurückziehen, verstärkt Österreich sein Engagement sogar.“ Darabos „warnte zugleich vor einem zu schnellen Rückzug aus der Region“.

Die Masse der 2.000 Soldaten der EUFOR Bosnien-Herzegowina stellen (Stand Oktober 2009) Spanien und Italien mit je 300 Soldaten, die Türkei mit 250, dann Polen und Ungarn, während die großen Imperialisten zwar die Fäden ziehen, aber das Geschäft vor Ort in diesem Fall anderen überlassen. Deutschland hat 130 Soldaten vor Ort, Frankreich nur mehr 4 (alles andere wurde nach Afghanistan abgezogen) und England 9.

Das ist aber nicht alles. Die Homepage der EUFOR Bosnien-Herzegowina stellt – of-

fenkundig demonstrativ und fett gedruckt – zusätzlich klar: „Die EUFOR kann jederzeit durch KFOR-Einheiten oder Over the Horizon Forces verstärkt werden.“ KFOR – das kennt man, das sind die imperialistischen Besatzungstruppen im Kosovo, insgesamt 12.700 Soldaten, darunter 450 Österreicher. Aber was sind die „OTHF“, von denen man in der Öffentlichkeit noch nie etwas gehört hat? Da NATO und EU jederzeit „unerwartete Eskalationen“ befürchten müssen, wurde – siehe z.B. die bundesheerinterne Zeitschrift „Truppendienst“ 1/2008 – beschlossen, „außerhalb des Einsatzraumes“ Reservetruppen bereitzuhalten, die aber bereits vollständig für den Balkan ausgebildet, vorbereitet und ausgerüstet sein müssen. Es geht um drei Bataillone, je eines aus Deutschland, England und Italien, die „im Ernstfall“ in einer bzw. zwei Wochen vor Ort sein müssen. Diese drei Bataillone sind „shared forces“, d.h. sie können alternativ unter NATO-Kommando im Kosovo oder unter EUFOR-Kommando in Bosnien-Herzegowina eingesetzt werden.

Nun trat Deutschland 2006 an Österreich heran, sich mit einem Kompanieäquivalent (170 Soldaten) am deutschen Bataillon zu beteiligen. Gesagt, getan. Es wurde zunächst die 3. Panzergrenadierbrigade als „Leitverband“ vorgesehen, genau genommen das Panzergrenadierbataillon 35 aus Großmittel/NÖ (d.i. gepanzerte Infanterie, also die Grenadiere in den Schützenpanzern „Pandur“), zusammen mit der 6. und 7. Jägerbrigade (d.i. normale Infanterie, aber auch mit schwerem Gerät, z.B. mit einem Granatwerferzug aus Pinkafeld/Burgenland). Dazu kommen Sprengstoff- und Militärpolizeieinheiten. In dem Artikel im „Truppendienst“

werden die gepanzerten Verbände in den Vordergrund gestellt. Zur speziellen Ausbildung für diesen Einsatz wurden die Einheiten im November 2007 nach Deutschland verlegt und dem Kommando des deutschen Jägerregiments 1 in Schwarzenborn unterstellt. Dazu war einiges an „Integration“ zu bewerkstelligen, vom – „technisches Neuland“! - Einbau deutscher Funkgeräte in die „Pandur“ und in die 40 „geschützte „Puch“/Light Infantry Version bis zur „Angleichungsausbildung“. Dann waren die österreichischen Reserveeinheiten, wie es im „Truppendienst“ heißt, „stand by“. In weiterer Folge waren „zeitweilige Verlegungen in die Einsatzräume“ und regelmäßige Übungen des vereinigten deutsch-österreichischen Bataillons unter dem Kommando des NATO Joint Forces Command in Neapel geplant. Die Reservebataillone bleiben übrigens in der deutschen, englischen und italienischen Befehlsstruktur, unterstünden also im Einsatzfall nicht „unserem“ Generalmajor Bair. Wie wichtig diese Sache dem österreichischen Imperialismus ist, bringt der „Truppendienst“ so zum Ausdruck: „(Damit)... hat das Österreichische Bundesheer die Mitverantwortung für die anspruchsvolle Aufgabe im Rahmen operativer Reservekräfte der NATO- und der EU-Missionen im Kosovo (Anm.: also auch im Kosovo und unter direktem formellen NATO-Kommando?) sowie in Bosnien-Herzegowina übernommen. ... (Das ist) gleichzeitig die Basis für anstehende EU-Battle-Group-Beteiligungen Österreichs.“ (Offenbar wird bewusst verdunkelt, wer und wann auf politischer Ebene das alles beschlossen hat. Im „Truppendienst“ wird nur kryptisch vermerkt: „Da der Westbalkan einen Schwerpunkt der österreichischen Außen- und

Sicherheitspolitik darstellt (Bezug Regierungsprogramm XXI-II. Gesetzgebungsperiode...) wurde Zustimmung signalisiert.“ Von wem? Wofür? Ansonsten wird beflissen auf den Regierungs- bzw. Parlamentsbeschluss aus Juni 2007 verwiesen, der sich aber, zumindest in ausdrücklicher Form, nur auf den EUFOR- bzw. KFOR-Einsatz bezieht. Aber irgendwie wird's schon geregelt sein bzw. werden. Interessant ist nur, dass die ganze „OTHF“-Geschichte offensichtlich im Dunkeln gehalten werden soll. Immerhin kontrastieren eine zeitweilige faktische „Eingliederung“ von Truppenteilen in die deutsche Bundeswehr und ihre formelle Unterstellung unter ein NATO-Kommando erheblich dem Bild, das man normalerweise als österreichische Militärpolitik aufischt.)

Der EUFOR-Oberbefehl ist der bereits zweite wichtige Posten Österreichs in Bosnien-Herzegowina, denn der österreichische Diplomat Valentin Inzko ist schon „Hoher Repräsentant“ der EU in Bosnien-Herzegowina, damit wichtigste politische Figur in der Okkupation Bosnien-Herzegowinas. Ganz richtig sagte Darabos: „Das ist ein starkes Signal und zeigt, dass uns der Westbalkan wirklich am Herzen liegt.“ Das kann man wohl sagen! Österreich stellt damit politischen und militärischen Statthalter des Imperialismus in Bosnien-Herzegowina.

Begründet wird der Militäreinsatz wie üblich damit, dass „die Menschen dieses Landes ein Anrecht darauf haben, in einem sicheren und stabilen Umfeld leben und arbeiten zu können“. Kein Wort darüber, dass es sich in Wahrheit um eine Okkupation von Bosnien-Herzegowina handelt. Im Gegenteil wird so getan, als ob die bosnische Regierung ein souveränes Gebilde wäre, mit dem man verhandle etc. Die „Österreichische Militärische Zeitung“ (5/2009) nimmt sich dagegen kein Blatt vor den

Mund. Sie spricht von einem „de facto bestehenden Protektorat“. Historische Vergleiche, die andere aus guten Gründen scheuen, gefallen ihr anscheinend. Sie setzt fort, dass der Hohe Repräsentant, derzeit unser Herr Inzko, die Kompetenz von Sondervollmachten habe. „Dazu gehört v.a. seine Kompetenz, bosnisch-herzegowinische Politiker sowie andere staatliche Funktionsträger ihrer Ämter zu entheben... Außerdem ist er befugt, Gesetze zu oktroyieren, wenn in wichtigen Materien die bosnisch-herzegowinischen Entscheidungsträger darüber keine Einigung erzielen.“ Ende Juni 2009 „annulierte“ Inzko z.B., nach einem erfolglos verstrichenen Ultimatum, einen Beschluss des Parlamentes der Republika Srpska, der sich auf die Kompetenzverteilung zwischen ihr und dem „Gesamtstaat“ bezog. Ein früherer (slowakischer) Hoher Repräsentant hatte 2008 einfach 93 Personen, die er für „Kriegsverbrecher“ hielt, die Reisedokumente abnehmen lassen. Da in Bosnien-Herzegowina, nicht nur in der Republika Srpska, von vielen die Beendigung des offenen Okkupationsstatus bzw. seine Abschwächung gefordert wird, musste man die Sache in Imperialistenkreisen irgendwie behandeln und stellte im Juni 2009 Bosnien-Herzegowina „fünf Ziele und zwei Bedingungen“; „ohne deren vollständige Umsetzung werde der Hohe Repräsentant nicht durch den (Anm.: schwächeren) EU Special Representative ersetzt“ . Und es wurde gleich dazu gesagt, dass es „in allen fünf Bereichen ... schwere Versäumnisse“ gebe. Also wird's doch nichts, jedenfalls nicht so rasch, mit der „Beendigung des Protektorats“, wie die ÖMZ interessiert vermerkt.

Während seiner Balkanreise (Bosnien-Herzegowina, Kroatien, Montenegro) mischte sich auch Darabos wieder unverhohlen in bosnisch-herzegowinische Angelegenheiten ein: Es gehe darum, die Abspaltung

der Republika Srpska und ihre Vereinigung mit Serbien mit allen Mitteln zu verhindern. Während nämlich die Abspaltung des Kosovo und Montenegros von Serbien für „aus nationalen Gründen notwendig“ und völkerrechtlich ganz in Ordnung erklärt wird, wäre genau dasselbe bezüglich der Republika Srpska schrecklich. Klar: Im einen Fall wurde das aus „westlicher Sicht“ unsichere Serbien geschwächt, im zweiten Fall würde es gestärkt. Sogar die „Islamismus-Karte“ wird gespielt: Rest-Bosnien sei nach so einer Katastrophe „rein islamisch“ und damit – noch mehr als heute eh schon – „natürliches Zielland muslimischer Terroristen und Schurkenstaaten“, „sozusagen ein islamistischer (!) Brückenkopf mitten in Europa“, wie „News“ den Gedanken messerscharf weiterspinn.

In Montenegro wurde ebenfalls über weitere „Militärhilfe“ Österreichs gesprochen, diesmal direkt, ohne „internationales Mandat“, das sonst immer als so wichtig ausgegeben wird. Es sind österreichische Gebirgsjäger in Montenegro stationiert und helfen beim Aufbau einer montenegrinischen Alpintruppe.

Ohne die ganze Angelegenheit überschätzen zu wollen, zeigt sich doch, dass Österreich am Balkan auch auf militärischem Gebiet äußerst umtriebig ist und immer mehr Flagge zeigt. Wo man sich, in welchen Strukturen auch immer, profilieren kann, wird sofort zugegriffen. So wie Darabos richtig darauf hinwies, dass ohne Militär dahinter (oder manchmal davor, je nachdem) der Herr Sicherheitspolitiker Inzko eine lahme Ente wäre, so brauchen natürlich auch die ökonomischen Interessen des österreichischen Imperialismus in Bosnien-Herzegowina und auf dem Balkan eine politische und militärische „Untermauerung“, wie sich der Herr Minister oft auszudrücken pflegt.

Über die Entwicklung der militanten Bewegung und revolutionären Jugendorganisationen in der Türkei/Nordkurdistan

Das folgende Interview führte der RKJV im Sommer mit einem Genossen der Türkischen Kommunistischen Partei / Marxistisch-Leninistisch (TKP/ML). Er spricht darin über die Geschichte der revolutionären kommunistischen Bewegung in der Türkei, die Entstehungsgeschichte seiner Partei und die Rolle der Jugend in den Bewegungen.

Roter Morgen (RM): Hallo Genosse, kannst du eure Partei, ihren Werdegang und die Entwicklung der revolutionären Bewegung in der Türkei kurz darstellen?

Genosse: Ich bin von der 1972 gegründeten TKP/ML. Zu dieser Zeit gab es in der Türkei/Nordkurdistan große Volksbewegungen und Erhebungen. Eine wichtige Rolle spielten für die Bewegung damals die Fragen rund um das Thema Guerillakampf und Volkskrieg, weshalb wir diese Fragen aufwarfen und versuchten konsequent Antwort zu geben. Ein anderes wichtiges Thema war Nordkurdistan (in diesem Gebiet wurde übrigens unsere Partei auch gegründet). In dieser ersten Phase unserer Partei hatten wir, obwohl in politisch/ideologischen Punkten das meiste klar war, vielerlei Probleme organisatorischer Natur. Verschärft hatten sich diese Probleme mit einer Parteispaltung 1978 und dem kurz darauf (1980) stattfindenden Militärputsch, der eine Lage hervorbrachte, auf die wir nur ganz schlecht vorbereitet waren. Allgemein hat die kommunistische Bewegung in der Türkei/Nordkurdistan keine so lange Geschichte wie in anderen Ländern. Erst 1921 gründete sich (im Exil in der Sowjetunion) eine türkische Kommunistische Partei. Die Leute die sie dort gründeten reisten dann heimlich zurück in die Türkei/Nordkurdistan, wurden dort aber recht schnell von den Herrschenden gefangen genommen, gefoltert und umgebracht. Mit der Ermordung dieser Kräfte verlor die Partei ihren revolutionären Charakter, wurde revisionistisch und kämpfte, beispielsweise, auch

nicht gegen den Kemalismus. Somit gab es seit der Ermordung dieser Genoss/innen in der Türkei/Nordkurdistan keine revolutionäre Kommunistische Partei mehr - bis eben 1972 die TKP/ML gegründet wurde. Wir sehen uns als Nachfolger der ersten KP, als jene, die deren ursprünglich revolutionären Kurs wieder aufnahmen und fortsetzten. 1972 stellten sich also wie gesagt eine ganze Menge wichtiger Fragen. Was beispielsweise der Kemalismus von den Kommunistinnen für eine Antwort verlangt. Die ganze Bewegung, aus der auch wir kommen, begann 1968. Zu diesem Zeitpunkt gab es hauptsächlich studentische Organisationen die auf den Sturz des Kapitalismus hinarbeiteten. Danach beteiligten sich auch immer mehr Arbeiterinnen an der Bewegung und schlussendlich auch die Massen der Bäuerinnen. Dass sich diese drei wichtigen Teile der Volksmassen in der Bewegung miteinander verbunden hatten und gegen das System kämpften, war schlussendlich auch ein Grund für den Militärputsch - das System musste reagieren, bevor es für das System selbst zu spät war. Dennoch bestand die Bewegung zu einem großen Teil nur aus einer Unmenge einzelner Gruppen und Zeitungsorganisationen. Ibrahim Kaypakkaya war ein Genosse, der für die Gründung einer Partei auf revolutionärer kommunistischer Grundlage kämpfte, woraus die TKP/ML entstand. (...) Die damals in der Bewegung vorherrschende Strömung, war der Reformismus in all seinen Spielarten. Durch die Praxis dieser Bewegung sahen dann aber vor allem die Massen der Jugendlichen, dass man damit

nicht weiterkommen würde, was bedeutete dass sich viele von ihnen den revolutionären Ideen zuwandten. Somit wurden unmittelbar nach Errichtung der Militärdiktatur mehrere Organisationen zur Unterstützung und Vortreibung des Guerillakampfes gegründet, unter ihnen auch die TKP/ML. Historisch meinten große Teile der damaligen Bewegung, dass der „Befreiungskrieg“ von Kemal Atatürk revolutionären Charakter besaß, unsere Partei sieht das hingegen genau umgekehrt. Diese Erkenntnis war und ist eine der wichtigsten Trennlinien zu anderen Organisationen, weshalb diese Frage gerade in der türkischen Bewegung sehr viel diskutiert werden musste, denn zu behaupten, dass der Kemalismus eine revolutionäre Strömung war, führte zu großen Irrtümern und Verirrungen in der Bewegung. Bis in die 80er Jahre hinein hofften beispielsweise viele Organisationen auf eine Revolution aus den Reihen des Militärs! Zweites großes Thema ist die nationale Frage. Das türkische Regime erkennt beispielsweise die kurdische Nation nicht an und auch innerhalb der verschiedenen Organisationen der Linken gibt es große Unterschiede in der Beurteilung der Frage Kurdistans. Die TKP/ML war die erste Partei, die sagte, dass die Kurdinnen das Recht auf eine eigene Nation haben und diese Frage von den Revolutionär/innen beantwortet werden muss. Das türkische Regime ist definitiv ein faschistisches Regime, nicht zuletzt deshalb ist der bewaffnete Aufstand notwendig. Ohne diesen, ist ein erfolgreicher Widerstand der Volksmassen unmöglich. Strategisch treten

wir dabei für den Volkskrieg ein, taktisch für den Guerillakampf. Hierzu brauchen wir aber eine starke, in den Massen fest verankerte kommunistische Partei. Wegen der sozialen und ökonomischen Strukturen in der Türkei sagen wir, dass dieser Volkskrieg zuerst aus den Dörfern, von den Bäuerinnenmassen kommen wird. Dabei muss es aber ein langandauernder, kontinuierlicher Volkskrieg sein, denn er muss in seinem Prozess auf eine immer weitergehende Stärkung der Partei und der Volksbewegung hinauslaufen. Unsere Überlegungen dazu schöpfen aus den historischen Erfahrungen und den Schlägen, die unsere Partei von Seiten des Staates einstecken musste. Beispielsweise hatten wir von unserer Gründung (1972) bis zum Militärputsch nur acht Jahre Zeit. Das war zu wenig um damals, in diesem frühen Stadium, genügend organisatorische Vorbereitungen zu treffen - und so ging es nicht nur uns. Die gesamte Bewegung wurde nach dem Militärputsch niedergeschlagen, weshalb dann in der Periode von 1980 - 1986 ein großer Niedergang stattfand und fast nichts mehr los war außer dem Widerstand in den Gefängnissen. Gegen Ende dieser Periode entwickelte sich jedoch dann wieder etwas. 1984 ging im kurdischen Widerstand der bewaffnete Kampf wieder los und 1986 kam es zu großen Studentenrevolten und Bewegungen der Bergarbeiter. Das alles schuf natürlich wieder ein besseres Klima für die revolutionäre Bewegung und auch andere Massenbewegungen gingen wieder los. Anfang der 90er die der Beamten und 1995 erneut eine der Studentinnen. Durch diese ganze Geschichte lernten wir vieles und organisierten uns besser. Trotz der Schläge und der insgesamt sehr schwierigen Lage hörte unsere Partei zwar nie auf, sich an den Bewegungen zu beteiligen, weshalb sie heute ein hohes Ansehen unter den Massen

genießt, dennoch haben wir auch heute noch Stabilitätsprobleme (...) die unter anderem in dieser Zeit wurzeln. Die Ursachen dieser Probleme müssen wir heute ganz entschieden bekämpfen und Lösungen dazu finden. Wichtig war dabei z.B. ein großer Zwei-Linien-Kampf über die Vorgehensweise der Guerillatruppen. Eine Linie vertrat, dass sofort losgeschlagen werden müsse und Erklärungen erst danach folgen. Die zweite Linie vertrat, dass man zuerst für unsere Anliegen und Ziele eine breit angelegte Propagandatätigkeit entfalten muss und erst dann den lange andauernden Volkskrieg beginnen kann. Oder ein anderes Beispiel wo wir unsere Fehler erkannten: Früher wurden die führenden Kräfte aus den Massenorganisationen der Partei sofort in die Partei übernommen bzw. in den Volkskrieg geschickt. Das machen wir heute anders, denn wir sahen ein, dass auch die Massenorganisationen führende Kräfte brauchen, wenn ihre Stabilität gewährleistet werden soll.

RM: Wie sieht es bei euch mit einer Jugendorganisation aus? Gibt es eine, und wenn ja, was sind ihre Arbeitsschwerpunkte?

Genosse: Hierzu gibt es die Neue Demokratische Jugend (NDJ), sie wurde gegründet, um Massenpolitik unter jungen Arbeiterinnen, Studentinnen und SchülerInnen machen zu können. Diesbezüglich versuchten wir einmal, eigene Student/innenunionen zu schaffen, diese gibt es jedoch seit Jahren nicht mehr. Falls es aber wieder gelingen sollte, solche Unionen aufzubauen, denken wir uns, dass diese für alle StudentInnen, nicht nur die kommunistischen, da sein müssen. In der Türkei werden die Studentinnen durch verschiedenste Verschlechterungen (z.B. Bologna-Prozess) ebenso angegriffen wie in anderen Ländern. Diese Angriffe sind für die NDJ in den Unis

derzeit das wichtigste Thema, aber auch die Privatisierung der Studentinnenheime (gegen was sich zwar Widerstand entwickelte, was aber nicht verhindert werden konnte). Eine absolut erstrangige Forderung in diesem Zusammenhang ist der kostenlose Bildungszugang, denn alleine dieses Jahr gab es schon einen Anstieg der Studiengebühren um 500%, was zunehmend zu einer neuen Widerstandsbewegung der Studentinnen führt, doch spezifische Bedingungen an den Unis und das Bestehen eines faschistischen Regimes erschweren natürlich den Beginn solcher Bewegungen. In den Schulen wo die 16 bis 18jährigen sind, gibt es Ansätze für Unionsgründungen, wobei dabei große Aufmerksamkeit auf jene Schultypen gelegt wird, deren Schülerinnen in den allgemeinen Bewegungen und beim Kampf für bestimmte politische Forderungen besonders aktiv sind. Zwar gibt es eine sogenannte Jugendgewerkschaft die auch an den Schulen ist, und die NDJ nimmt daran auch teil, doch diese beschäftigt sich in Wirklichkeit mit anderen Themen und ist somit keine Alternative. Weiters spielt die Jugend in der Frauenarbeit eine wichtige Rolle. Mit der spezifischen politischen Arbeit unter den Frauen begannen wir erst vor wenigen Jahren, stehen somit noch relativ am Anfang, doch wir versuchen auf den Unis, den Schulen usw. eigene Frauenkomitees zu errichten. Bezüglich junger Arbeiterinnen versucht die NDJ den Jugendlichen vor allem die Politik der Partei zu vermitteln und sie dafür zu gewinnen. Schwerpunkt unserer Arbeit sind dabei die polytechnischen Schulen (in der Türkei von 16 bis 18). Dort werden die Jugendlichen massiv ausgebeutet. Die Leitungen der Polys haben engen Kontakt mit den Unternehmern und geben dorthin Billigarbeitskräfte ab. Weiters ist es für einen Großteil der Jugendlichen höchst unsicher ob sie nach der polytech-

nischen Schule überhaupt einen Arbeitsplatz finden. Dass sie danach studieren gehen, ist ihnen quasi verunmöglicht, denn als Aufnahmekriterien müssen sie die gleichen Prüfungen erfüllen wie die normalen Mittelschüler, und das obwohl sie in den Polys natürlich ganz andere Fächer haben als in den Mittelschulen. Allgemein arbeiten wir aber besonders stark unter den Jugendlichen und in den Universitäten des kurdischen Teils der Türkei, da die Leute dort um einiges zugänglicher für unsere Politik sind (was daran liegt, dass die Unterdrückung durch den Staat dort besonders groß ist). Dort erzielten wir in jüngster Vergangenheit auch einige gute Erfolge. Stadt und Land werden hier in unserer Arbeit gleichwertig behandelt, wobei wir in allen größeren Städten Studentinnenorganisationen haben - das war nicht einfach und ist es auch heute nicht, denn vor allem in den Städten ist z.B. auch die extreme Rechte sehr stark.

RM: Gab es in den letzten Jahren selbstständige Kämpfe der Jugend, und wenn ja, wie habt ihr da eingegriffen?

Nein, es gibt nur kleinere Bewegungen wobei es dabei auch wieder stark auf den Ort und das jeweilige Problem ankommt. Es gibt jedoch den Versuch, mehrere Organisationen durch ein Bündnis zu Massenwiderstand gegen Studiengebühren und Zugangsbeschränkungen auf den Universitäten zu führen. In diesem Bereich gab es in den letzten Jahren mehrere spontane Bewegungen der Studentinnen. 1995 gab es auch eine Bewegung, die in der Besetzung der Istanbuler Universität gipfelte. Zukünftig werden diese Bewegungen aber immer weiter wachsen und sich ausdehnen, denn es sind große, ganz massive Widersprüche in der Gesellschaft vorhanden, die derzeit nur noch nicht zum Ausbruch gekommen sind. Für unsere Partei ist diesbezüglich das wichtigste Ziel, dass die Massenorganisation wirklich zu einer Massenorganisation wird, auch diesen Charakter bekommt. So können junge Menschen den Kampf ganz anders mitkriegen und sich im Sinne ihrer Probleme organisieren, wodurch wir an der Front der Kämpfe Kontakte mit vielen neuen Jugendlichen gewinnen können.

RM: Wie verhält sich die Neue Demokratische Jugend zum Volkskrieg und überhaupt zur Frage des bewaffneten Aufstandes?

Die NDJ ist eine revolutionäre Jugendorganisation, somit unterstützt sie die revolutionäre Bewegung im Land. Sie sieht

die spezifischen Kämpfe der Jugend und die großen Kämpfe gegen Feudalismus, Kapitalismus und Imperialismus nicht getrennt, sondern unterstützt all diese Kämpfe, die als Ziele wesentliche Verbesserungen haben. Somit unterstützt sie natürlich auch den bewaffneten Widerstand, wobei sie diese Form des Widerstandes selbstverständlich nicht anleiten, nicht führend daran teilnehmen kann.

RM: Ein Wort an die revolutionären türkischen Migrantinnen in Österreich?

Viele Jugendliche der 2. und 3. Generation mit türkischem Migrationshintergrund kennen die Türkei von Sommerurlauben und/oder bloß vom Hörensagen. Teilweise orientieren sie sich aber sehr stark darauf. Ein Revolutionär muss sich aber immer vorrangig mit jenen Problemen des Landes beschäftigen, in dem er lebt und arbeitet. Ist doch logisch, dass man, wenn man seine jeweiligen Probleme lösen will, immer gegen die Herrschenden jenes Landes kämpfen muss in dem man lebt, wo also die Probleme sind. Ein anderes Thema ist das Interesse an der Bewegung in den Ländern wo sich die eigenen familiären Wurzeln finden, und sich damit zu beschäftigen ist zwar sicherlich ein Teil des Internationalismus, aber dennoch absolut zweitrangig. Die Genossinnen und Genossen sollen in den revolutionären Organisationen kämpfen, die es in den Ländern gibt, in denen sie leben, sie müssen direkter Teil der Bewegung werden!

RM: Danke für das Gespräch.



Gelsin baba,
gelsin koca,
gelsin patron,
gelsin devlet,
gelsin cop!

Neokoloniale Unterwerfung Griechenlands

Was treibt den deutschen Imperialismus zur Hetze gegen Griechenland?

Griechenland, hört man überall, oft und laut, sei in einer fürchterlichen Krise. Die Staatsverschuldung vor allem, jenseits von gut und böse! Jahrelang hätten „die Griechen“ „über ihre Verhältnisse gelebt“. Jetzt „gefährden sie den Euro“ und „reißen vielleicht ganz Europa in die Krise“. In Deutschland vor allem (aber nicht nur dort) wurde eine regelrechte chauvinistische, teilweise direkt rassistische Hetzkampagne gegen „die Griechen“ angezettelt. Manchmal hört man ähnliches auch über Spanien, Portugal, manchmal auch über Italien, allerdings seltener und viel weniger prononciert. Dann wird von den PIGS gesprochen, Portugal, Italien, Griechenland und Spanien, aber das englische Wort „pigs“ heißt zugleich „Schweine“. Kurzum, diese ganzen faulen und korrupten „Südländer“ könnten uns gestohlen bleiben, sie sollten schleunigst raus aus dem Euro und vielleicht sogar aus der EU, jedenfalls „wollen wir nicht für sie zahlen“.

Warum zielt die europäische, vor allem aber die deutsche Bourgeoisie heute gerade und in dieser massiven Weise auf Griechenland? Was passt der Bourgeoisie nicht an Griechenland (außer dass dieses „Gesindel“, das jahrelang über die Verhältnisse gelebt hat, auch noch demonstriert und sich gegen die Regierung auflehnt)?

Die Staatsverschuldung, heißt es vor allem, sei ungeheuerlich. Die Staatsverschuldung Griechenlands pro Kopf lag 2008 bei 21.100 Euro. Vergleichen wir dies mit anderen europäischen Ländern: Österreich lag ... ebenfalls bei 21.100. Ebenso Holland. Belgien lag sogar bei 28.900, Italien bei 27.800. Deutschland, das ist wichtig, denn auf dieses Land werden wir noch mehrmals zurückkommen, lag bei 20.000, Frankreich bei 20.800. Wieso sind dann die Medien nicht voll mit Hetze gegen Belgien, Italien, aber auch Holland, Österreich, ja eventuell sogar auch Deutschland?

Vielleicht geht es nicht um die Staatsverschuldung pro Kopf, sondern um diejenige relativ zum Bruttoinlandsprodukt (BIP)? Hier liegt Griechenland in der Tat mit 112,6% des jährlichen BIP relativ hoch. Aber Italien liegt bei 114,6%, Belgien bei 97,2% und Deutschland immerhin bei 73,1%. Japan liegt bei 189,8%. Wieso sind die Medien nicht voll mit Hetze gegen Japan oder Italien?

Spanien ist übrigens derzeit - nach Griechenland - das zweitbeliebteste Ziel der chauvinistischen Hetze. Der berühmte Herr US-Nobelpreisträger Krugman schrieb sogar unlängst: „Vergesst Griechenland! Spanien ist die eigentliche Zeitbombe.“ Warum Spanien? Spaniens Pro-Kopf-

Verschuldung liegt bei 9.500, also deutlich weniger als die Hälfte von Österreich. Derselbe Herr Krugman hatte übrigens vor einem Jahr Österreich den „Staatsbankrott“ vorausgesagt - um sich später wegen eines „Rechenfehlers“ zu entschuldigen. Auch Ungarn wird von Zeit zu Zeit der „Staatsbankrott“ als Rute ins Fenster gestellt. Ungarns Staatsverschuldung liegt allerdings nur bei 7.200 Euro pro Kopf, also etwa ein Drittel von Österreich. Japan liegt übrigens bei 52.500. Sogar die „superstabile“ Schweiz liegt bei 19.700. Offensichtlich geht es hier nicht um irgendwelche „Analysen“, sondern nur darum, erstens eine chauvinistische Propaganda gegen bestimmte Länder zu entfalten, zweitens einen Beitrag zu leisten und Druck zu machen zur Unterdrückung von Arbeiter- und Volksbewegungen gegen das Abwälzen der Krisenlasten in diesen Ländern, drittens letzteres auch gleich allen anderen Arbeiterklassen und Völkern als „einzigen Ausweg aus der Krise“ anzudrohen sowie viertens Spekulationswellen des Finanzkapitals, einmal da, propagandistisch vorzubereiten und zu begleiten. Das ist alles. Jeder, der sich darum hergibt, macht sich objektiv zum Handlanger dieser imperialistischen Interessen.

¹ „Griechenland“ besteht natürlich ebenfalls, so wie Österreich oder Deutschland, aus antagonistischen Klassen. Es gibt die griechische Bourgeoisie auf der einen Seite und die griechische Arbeiterklasse sowie das griechische Volk auf der anderen Seite. Die griechische Bourgeoisie beutet die griechische Arbeiterklasse aus, unterdrückt sie politisch und hält sie nieder, lebt von Ausplünderung der Volksmassen. Auf dieser Basis entwickeln sich Korruption, Misswirtschaft etc. (übrigens ebenfalls grundsätzlich nicht anders als in Österreich - siehe z.B., als jüngstes Beispiel, das „Krankenhaus Wien Nord“ (Gemeinde Wien, Siemens, Porr, VAMED), dessen Bau soeben, vor lauter Korruption, jedenfalls bis zu den Gemeinderatswahlen gestoppt wurde). Die internationale Bourgeoisie bekämpft frontal die griechische Arbeiterklasse, zumal diese der europäischen Arbeiterklasse ein Beispiel gibt und in Zukunft vielleicht noch viel mehr geben kann. Ihr Widerspruch zur griechischen Bourgeoisie besteht ebenfalls, aber er ist relativ, er ist nur ein Widerspruch zwischen stärkeren und schwächeren Imperialisten, innerkapitalistische Konkurrenz, er bezieht sich nur darauf, dass man sich diese griechische Bourgeoisie gerne unterwerfen würde. Im Kampf gegen die griechische Arbeiterklasse sind sich alle einig.

Griechenland ist jedenfalls derzeit in Europa ein Hauptziel imperialistischer Propaganda. Warum? Auffällig ist, dass das Zentrum der Hetze Deutschland ist. In der französischen Zeitung „Le Monde“, „liberales“ Organ des französischen Imperialismus, wird mit Aufmerksamkeit vermerkt, dass die Hetze gegen die „PIGS“, insbesondere gegen Griechenland, vor allem von Deutschland ausgeht. Wieso gerade von Deutschland?

Deutschland ist der Exporteur Nr.1 nach Griechenland. 11,9% der griechischen Importe kamen 2008 aus Deutschland (Nr.2 ist Italien mit 11,4%). Deutschland war auch der zweitwichtigste Exportmarkt Griechenlands, nämlich Nr.2 mit 10,2% nach Italien (11,5%). In absoluten Zahlen exportierte Deutschland nach Griechenland 8,3 Mrd. Euro, importierte aber von Griechenland nur 1,9 Mrd. Ähnlich bezüglich Italien. Insgesamt hatte Griechenland ein Handelsbilanzdefizit von 44 Mrd. Euro, davon allein 15% gegenüber Deutschland. Wir wissen aber nun, dass vermittelt des Außenhandels Mehrwert umverteilt wird von den unproduktiveren zu den produktiveren Kapitalen, also von Griechenland Z.B. nach Deutschland².

Zum Warenexport kommt der Kapitalexport, vor allem die sogenannten Direktinvestitionen. Die ausländischen Direktinvestitionen nach Griechenland betragen 2008 (laut UNCTAD) 3,1 Mrd. Euro. Wieviel davon aus Deutschland?

2,9 Mrd. Euro! Das war nicht immer so. 2006 z.B. war Frankreich mit 2,3 Mrd. Euro bei weitem die Nr.1. Deutschland hat offenkundig jetzt zum Sprung angesetzt, nämlich zum Sprung auf die Neokolonialisierung Griechenlands unter deutscher Vorherrschaft. Dass Frankreich das nicht gerne sieht, ist klar, deshalb gibt es ja auch die „Debatten“ in der EU, wie man Griechenland am besten „retten“ könnte.

Zu den Direktinvestitionen, deren Gesamtstand Ende des 3.Quartals 2009 etwa 36,9 Mrd. Euro war, kommen die Bankkredite und die „Investitionen“ in griechische Anleihen, wodurch Griechenland ebenfalls zum Schuldner und daher abhängig wird. Ende des 3.Quartals 2009 machte letzteres 247 Mrd. Euro aus, davon die - in imperialistischer Hinsicht gefährlicheren - Bankkredite alleine 149 Mrd. Euro. Das Land, vor allem die Regierung, ist also hoch ins Ausland verschuldet. Bei wem? Alleine die Bankkredite aus Deutschland betragen 32 Mrd. Euro, d.h. ein Fünftel aller griechischen Schulden. Dabei lag an erster Stelle die inzwischen fast bankrotte und nur durch über 107 Mrd. Euro deutsche Staatshilfe am Leben erhaltene Hypo Real Estate. Jetzt weiß man endlich, was mit „Systemrelevanz“ gemeint war. Hätte man die HRE krachen lassen, hätten sich die griechischen Schuldner mit der Konkursmasse sicher leichter getan als so mit dem deutschen Staat. An zweiter Stelle mit 3,1 Mrd. Euro die Commerzbank. (Für die vier „PIGS“-Länder ist

es so, dass 60% aller aufgenommenen Kredite bei deutschen und französischen Banken aufgenommen wurden („Le Monde“ vom 6.3.2010).) Griechenland ist heute bereits ein von den großen europäischen Imperialisten abhängiges Land. Diese möchten aber Griechenland in eine noch stärkere, neokoloniale Abhängigkeit bringen. Anwärter Nr.1 ist dabei Deutschland. Frankreich hat in Griechenland nicht so gute Karten, möchte aber natürlich ebenfalls mitmischen. Die deutsche Sicht kommt gut in der Position des Herrn Hans Werner Sinn (Präsident des Wirtschaftsforschungsinstituts IFO in München) zum Ausdruck, ein etwas exzentrischer, aber auch besonders pointierter Vertreter des jeweils reaktionärsten Flügels des deutschen Monopolkapitals. Zuletzt machte er viel Radau mit seiner Forderung, Griechenland solle oder müsse „aus dem Euro austreten“ etc. Aber noch am 16.2. gab der Bursche ein Interview mit dem „Deutschlandfunk“ und dort hört sich das alles noch ein bisschen anders an. Es geht um die Frage „Deutschland als Retter für Griechenland“. Das Bourgeois- und Regierungsradio fragt: „Hätten wir denn überhaupt die Kraft, Griechenland alleine (!) zu retten?“ und Sinn antwortet: „Ja das schon, denn so groß ist Griechenland ja nun nicht.“ Er fugte gleich noch hinzu: „Wir müssen ihnen dann einen Finanzkommissar zur Seite stellen, der ein Vetorecht bei der Ausgabenplanung hat.“ Anfang März hatte

² Die Umverteilung läuft erstens über die Herstellung eines einheitlichen Marktes und zweitens über den Ausgleich der Profitraten des Kapitals. Ersteres hat mit der unterschiedlichen Produktivität der Arbeit zu tun: Wenn Kapital A etwas in 4 Stunden produziert, aber Kapital B in 6, dann ist der Marktwert das Äquivalent von 5 Stunden. Das führt dazu, dass alle zu 5 verkaufen und sich daher das Kapital A einen Mehrwert von 1 zusätzlich aneignet, zulasten von B. Dazu kommt dann der Ausgleich der Profitraten, der die Verteilung des Gesamtprofits proportional zum eingesetzten Gesamtkapital bewirkt. Auch das führt - ohne das hier näher ausführen zu können - dazu, dass Mehrwert umverteilt wird von Kapitalien mit niedriger „organischer Zusammensetzung“ des Kapitals (also viel menschliche Arbeit und daher Wertschöpfung und relativ weniger Maschinerie etc.) zu solchen mit hoher. Beides bedeutet Umverteilung z.B. von Griechenland nach Deutschland.

man aber offenbar die Taktik geändert. Vielleicht war die zwar durch und durch reaktionäre und verfaulte griechische Regierung, die sich aber dennoch ein Minimum an Selbstständigkeit erhalten möchte, nicht ganz glücklich über die ins Auge gefasste europäische und besonders deutsche „Hilfe“. Deshalb brachte sie ja auch den „Gedanken“ ins Spiel, man könne ja statt zur EU auch zum Internationalen Währungsfonds gehen. Was natürlich in Deutschland und überhaupt in der EU gar nicht gut ankam. Heute denkt sich ein Hr. Sinn etwas anderes: Würde man Griechenland kaputt machen, wäre dessen Wirtschaft³ noch billiger zu haben. Nur dürfte es kein Staatsbankrott werden, aber an der „Wirtschaft“ wäre man interessiert. Herr Sinn richtet sich also plötzlich energisch gegen „Hilfen“ und trommelt für einen Austritt Griechenlands aus dem Euro, die anschließende massive Abwertung der wieder eingeruhrten Drachme - und in weiterer Folge den billigen Aufkauf der griechischen Industrie etc. durch das deutsche Kapital. Natürlich gäbe das eine kleine Krise des Euro und vielleicht Probleme nur Portugal und Spanien, aber was soll's. Die Eroberung Griechenlands durch Deutschland ist wichtiger. Die griechischen Reminiszenzen an den Hitlerfaschismus sind, so betrachtet, gar nicht so aus der Luft gegriffen wie immer und überall getan wird, und

vielleicht überhaupt keine Reminiszenzen, sondern aktuelle Befürchtungen. Kein Wunder, dass der sozialdemokratische Ministerpräsident Griechenlands als „Berlin's Gauleiter“ bezeichnet wird. Ob das alles so geht, wie sich Berlin das vorstellt, ist freilich angesichts der Interessenswidersprüche unter den europäischen Kapitalisten, eine andere Frage.

Die Hetze in Deutschland (und ähnlich, aber weniger akzentuiert, weil weniger unmittelbar und materiell interessiert, in Österreich) gegen Griechenland hat also zwei Ziele: Es soll erstens die volle neokoloniale Unterordnung unter Deutschland vorbereitet und betrieben werden. Der deutsche Imperialismus hat Lunte gerochen. Dies ist allerdings nicht in Einklang mit den allgemeinen Interessen des EU-Imperialismus, insbesondere nicht denen des französischen Imperialismus. Deshalb ist auch die Hetze in Frankreich bei weitem nicht so stark und vor allem nicht so breitläufig.

Zweitens aber, und das ist absolut in Einklang mit allem Imperialismus und aller Reaktion, soll die Arbeiter- und Volksbewegung in Griechenland niedergeschlagen werden. Nirgends in Europa gibt es nämlich heute eine so starke und breite Massenbewegung gegen den Kapitalismus wie in Griechenland. Nicht einmal in Frankreich, wo zwar kein Tag ohne Streiks, Betriebsbesetzungen etc, vergeht, aber

trotzdem keine so breite, einheitliche und geschlossene und auch keine so militante Gesamtbewegung zustande kommt. Diese griechische Bewegung muss der Bourgeoisie, und keinesfalls nur der griechischen, ein gewaltiger Dom im Auge sein. Sie könnte jederzeit zu einem Funken werden, der auf ganz Europa überspringt. Sie muss daher mit allen Mitteln unterdrückt werden. Deshalb bilden alle europäischen Regierungen, die EU, der IWF usw. eine geschlossene Front, die darauf zielt, das „notwendige Sanierungsprogramm“ in Griechenland notfalls mit Gewalt durchzusetzen und vor allem - das ist das Wichtigste! - diese antikapitalistische Bewegung niederzuschlagen. Das ist der Sinn und Inhalt der „Hilfe“ für Griechenland.

Die schon vorgenommenen und noch viel mehr die jetzt ins Auge gefassten „Maßnahmen“ laufen auf einen ungeheuerlichen Lohn- und Sozialabbau hinaus. In der französischen Zeitung „Le Monde“ wurde ein blog griechischer Werktätiger über ihre konkrete Lage publiziert. Ohnehin schon arm im Vergleich zum europäischen Durchschnitt, mussten sie oder müssen sie teilweise Lohnneubüßen von 30% und mehr erleiden. Dazu kommt brutaler Sozialabbau. Die Jugend betrachtet sich selbst als perspektivlose „700 Euro Generation“. Eine Welle der Verarmung und Verelendung ist seit einigen Jahren über das Land herein-

³ Die griechische Wirtschaft ist übrigens nicht das, was sich Frau Neckermann und Herr Biertisch darunter vorstellen. Natürlich ist die Produktivität niedriger als etwa in Österreich, aber andererseits - und das bei einer unterschiedlichen Wirtschaftsstruktur (Anteil von Landwirtschaft und Tourismus) nur um 20% niedriger als der EU27-Durchschnitt. Natürlich ist das BIP/Kopf niedriger, aber nur um etwa 10%, in Kaufkraftparitäten gerechnet sogar nur um 1%. „Die Griechen“ leben keineswegs nur von Sirtaki und Ouzo. Was die Zahlungsbilanz nach außen betrifft, betrogen 2008 die Warenexporte immerhin 19,8 Mrd. Euro verglichen mit Dienstleistungs“exporten“ von 34,1 und letztere beziehen sich nur zu 60% auf den Tourismus, zu 40% auf andere Bereiche, vorrangig Seefracht, aber auch z.B. IT-Jobs für Siemens oder Nokia. Es gibt also in Griechenland durchaus einiges zu holen. Nicht um „Hilfe“ geht es, sondern um Eroberung. Sonst wäre ja auch das Interesse der deutschen und anderer großer Imperialisten an der vollständigen Neokolonialisierung des Landes unerklärlich, jedenfalls soweit es um ökonomische Interessen geht.

gebrochen und wird von der EU etc. jetzt noch mehr angeheizt⁴. Griechenland, d.h. die griechische Regierung und Bourgeoisie, sollen ihre „Hausaufgaben“ machen, um das Land noch attraktiver nur die Neokolonialisierung, vor allem die durch Deutschland, zu machen.

Aber vielleicht macht ihnen die griechische Arbeiter- und Volksbewegung einen Strich durch die Rechnung. Das wäre von allergrößter Bedeutung für ganz Europa und darüber hinaus. Umgekehrt ist geboten, dass wir in Europa und auch in Österreich alles zur

Unterstützung des Klassenkampfes in Griechenland tun und auch die Entlarvung der imperialistischen Hetze gegen Griechenland nur das Vortreiben des Klassenkampfes hier nutzen.

(16.3.2010)

⁴ Näheres zum „Sanierungsprogramm“ findet man auf der home page der „Kommunistischen Organisation Griechenlands“ KOE, einer der beiden revolutionär-kommunistischen Organisationen in Griechenland. Wichtige Punkte sind eine 8-10%ige Senkung der Löhne und Gehälter im öffentlichen Sektor, in manchen Fällen bis 30%, eine 30%ige Senkung der Sonderzahlungen (vergleichbar mit unserem 13. und 14.Lohn), Einfrieren und oft sogar Senkung der Pensionen (im öffentlichen Sektor 7-10%), Erhöhung der Mehrwertsteuer von 19 auf 21%, der Mineralölsteuer um 15%, der Strompreise um 8%, Reduzierung der öffentlichen Ausgaben z.B. für das Erziehungswesen um 600 Mio. etc. Und das ist nur der erste Schub der „Sanierung“, wie er jetzt ins Auge gefasst und der EU, vor allem dem Hauptinteressen, dem deutschen Imperialismus, „vorgeschlagen“ wurde. Allerdings, was immer sie untereinander diskutieren und ob das dem deutschen Monopolkapital „ausreichend“ erscheint oder nicht: Sie werden damit, wenn man die Arbeiter- und Volkskämpfe anschaut, nicht durchkommen.

NACHTRAG (20.3.)

Der aktuelle Schlagabtausch zwischen Deutschland und Frankreich bestätigt unsere Einschätzung der deutschen Ambitionen. Die deutsche Regierung scheint sich der „Position des Hr. Sinn“ angeschlossen zu haben (oder Sinn war wieder einmal ihr „Vordenker“). Obwohl man sich am 15.3. in der EU „im Prinzip“ auf eine „Hilfe“ in Höhe von 20-25 Mrd. Euro „geeignet“ hatte (Endabsegnung war für den 24.3. geplant), ging der Clinch sofort los. Zuerst erklärte die französische Wirtschaftsministerin Lagarde in der Financial Times, dass die deutsche Politik (Senkung der Produktionskosten um jeden Preis (oho!), damit aber zugleich Senkung des Inlandskonsums, dafür Hochtreiben der Exporte zu Lasten anderer Länder..) unsolidarisch sei und das europäische

Gleichgewicht störe. Daraufhin provokatorisch formuliertes Interview von Schäuble in der Financial Times Deutschland: Wenn sich ein Land nicht an die „Stabilitätspolitik“ halte, könnte man ihm „mindestens für ein Jahr“ das Stimmrecht in der EU entziehen (das ist schon ziemlich unverfrorenes Kolonialgehabe!) bzw., im äußersten Fall, es ausschließen. Darauf der EZB-Chef Trichet: Eine solche Vorstellung sei „absurd“. Am 17.3. schließlich Merkel im Bundestag: Eine „schnelle Solidaritätsbezeugung für Griechenland kann keine gute Antwort sein“, man müsse das Übel an der Wurzel packen, „keine voreilige Hilfe“, Deutschland werde Griechenland nicht helfen, „außer im äußersten Notfall“. Daraufhin erklärte Papandreou, Griechenland werde jedenfalls nicht „aus

der Euro-Zone austreten“, und brachte die „Alternative IMF“ wieder ins Spiel: obgleich man eine „europäische Lösung“ bevorzuge, seien „alle Optionen offen“. Die „Monde“ vom 18.3. schreibt, der deutsche Handlungsspielraum sei gering, denn man könne Griechenland zwar drangsalieren und schwächen, aber es wegen der Stabilität und des Gleichgewichts der Eurozone nicht krachen lassen.

Es knirscht also in der griechischen Frage und die Widersprüche zwischen Deutschland und Frankreich haben sich verstärkt. Und der offen neokoloniale Charakter der EU auch in ihrem Inneren, in diesem Falle repräsentiert durch Deutschland, während Frankreich „auf Seite der schwächeren Partner“ zu stehen vorgibt, tritt deutlich hervor.

Grußbotschaft der IA*RKP und des RKJV an die 7. Konferenz der Kommunistischen Partei Griechenlands (marxistisch/leninistisch)

Liebe GenossInnen der Kommunistischen Partei Griechenlands (marxistisch-leninistisch)!

Wie wir gehört haben, richtet ihr in den kommenden Tagen eure 7. Konferenz aus. Diese findet nicht nur unter dem Eindruck der weltweiten Krise, sondern auch inmitten weitgehender Massenkämpfe in Griechenland selbst statt. Wir wissen nicht viel über die aktuelle Situation der Kämpfe in eurem Land und wie ihr darin agiert, doch wir sind zuversichtlich, dass ihr best mögliches gebt, um als revolutionierende Kraft zu wirken und die fortschrittlichsten Kräfte zu sammeln. Wir meinen, dass der revolutionäre kommunistische Parteaufbau nur innerhalb der sozialen und wirtschaftlichen Kämpfe erfolgen kann, nur dadurch vorankommen kann, dass die KommunistInnen in ihnen unbeirrt an den komplizierten Aufgaben, die sich ihnen als Avantgarde der Kämpfe stellen, festhalten. Auch unsere Organisationen wurden in den letzten Monaten, wenn auch natürlich auf einem viel niedrigeren politischen Niveau als in den derzeitigen Kämpfen in Griechenland, durch die Massenbewegung der österreichischen StudentInnen vor solche Aufgaben gestellt. Das war nicht einfach, vor allem in Österreich, wo solche Bewegungen eine große Seltenheit sind, doch verstanden wir es unsere beschränkten Möglichkeiten auszunutzen und konnten durchaus auch Erfolge erzielen. Dass die KommunistInnen weltweit zunehmend mit Mas-

senkämpfen konfrontiert sind, hat seine Ursachen sicherlich nicht zuletzt in der weltweiten Wirtschaftskrise. Diese Situation hält aber nicht nur große Möglichkeiten für die KommunistInnen bereit, sondern stellt auch die Inhalte unserer jeweiligen politischen Linie auf den Prüfstand. Dabei müssen wir innerhalb der Kämpfe Seite an Seite mit den Massen stehen. Unter ihnen müssen wir vorherrschende Illusionen in Krise und Kapitalismus bekämpfen, den sozialdemokratischen, reformistischen und euro-revisionistischen Ideen den revolutionären Kommunismus entgegensetzen. Gleichzeitig müssen wir uns aber auch entschieden gegen jegliche Form mechanischer Zusammenbruchstheorien wenden und eine wissenschaftliche Herangehensweise verteidigen und weiterentwickeln.

Die derzeitige Weltlage macht einmal mehr deutlich, wie wichtig die Verbindungen und Kontakte sind, welche die revolutionären kommunistischen Parteien und Organisationen unter einander pflegen und aufbauen. Diese sind wichtig, um sich gegenseitig auszutauschen, voneinander zu lernen und um zu versuchen in vielen Fragen eine gemeinsame Linie zu entwickeln, eine gemeinsame Praxis zu entfalten. Das ist notwendig, weil einerseits der Kommunismus internationalistisch oder nicht ist, andererseits weil internationale Aufgabenstellungen natürlich auch von den KommunistInnen eine internatio-

nale Antwort verlangen. Vollständig möglich wird das aber nur dann, wenn die einzelnen kommunistischen Parteien und Organisationen zuvor in ihrem eigenen Land den revolutionären Aufbau dementsprechend voranbringen, sich so weit wie möglich schon in ihrem Aufbau Verankerung in den wichtigsten Bereichen des jeweiligen Klassenkampfes schaffen. Wir denken, dass eure Partei und unsere Organisation in den Belangen der internationalen Zusammenarbeit letzten Sommer gemäß unseren gegenseitigen Möglichkeiten einen wichtigen Schritt taten. Wir beabsichtigen den Kontakt auf jeden Fall aufrechtzuerhalten und wenn möglich zu vertiefen, denken dabei aber natürlich nicht an so etwas wie eine „neue Internationale“, welche es gegenwärtig (auch in embryonaler Form) nicht gibt und wohl auch noch längere Zeit nicht geben wird. Wir meinen aber, dass es uns beiderseitig helfen könnte die Diskussionen weiter anzustrengen und zu intensivieren, dass es wichtig ist das ins Auge zu fassen und daran zu arbeiten.

Wir wünschen euch viel Erfolg bei eurer Konferenz und hoffen, dass ihr jene Dinge erreichen werdet, die ihr euch vorgenommen habt. In diesem Sinne schicken wir revolutionäre rote Grüße von Österreich nach Griechenland, an die 7. Konferenz der Kommunistischen Partei Griechenlands (m-l)!

Voran mit der KKE(m-l)!
Es lebe die Weltrevolution!

„Vater Staat soll's richten“!?

Aus: Gegen die Strömung, Organ für den Aufbau der RKP Deutschland (4-5/2009), www.gegendiestromung.org

Vorbemerkung: Wir haben das Flugblatt der deutschen Organisation GdS „Kampf den Ideologen des staatsmonopolistischen Kapitalismus!“ um einige speziell auf die Situation in Deutschland zugeschnittene Passagen gekürzt, „Deutschland“ durch „Österreich“ und die Namen deutscher Organisationen durch österreichische ersetzt.

In der gegenwärtigen Situation, in der der kapitalistische Staat dem Monopolkapital mit Milliarden und Verstaatlichungsmaßnahmen unter die Arme greift, propagieren die staatstragenden ÖGB-Fürsten, die pseudolinken Parteien und Organisationen und die pseudokommunistische „K“PÖ in allen Varianten: „Vater Staat soll's richten!“: Da „der entfesselte Markt“ versagt habe, müsse der Staat nun endlich und „richtig“ regulierend eingreifen, Betriebe verstaatlichen, um mit „zukunftsorientierter Politik“ Arbeitsplätze zu erhalten usw. Ja, der Staat müsse sogar der Hebel sein, für eine angeblich mögliche „sozialverträgliche Umorientierung“ des Kapitalismus. Wenn der Staat den Banken eine Milliarde nach der anderen zuschießt, dann ist vielen klar, dass diese Aktionen im Interesse der Kapitalisten sind. Warum setzen Arbeiterinnen und Arbeiter, die gegen die verschärfte Ausbeutung kämpfen wollen, dennoch auf Ideologen des „starken Staats“, auf die Hilfe dieses Staats? Das liegt vor allem auch daran, dass der Glaube an das Märchen vom „Sozialstaat“ noch bei großen Teilen der Arbeiterinnen und Arbeiter in Österreich fest verankert ist. Um Illusionen in diesen Staat wirklich bekämpfen, um die wirkliche Funktion des bürgerlichen Staats im Kapitalismus, im Imperialismus klarmachen zu können, ist es unbedingt notwendig die Funktion dieses Märchens und den Mechanismus zu durchschauen, der dazu dient dieses Märchen plausibel erscheinen zu lassen.

Wie die Lüge vom „Sozialstaat“ verkauft wird

Die heutige Lage in Österreich ist davon gekennzeichnet, dass

bestimmte staatlich verankerte Errungenschaften der Kämpfe der Arbeiterklasse, ohne auf Gegenwehr durch eine kämpfende Arbeiterbewegung zu stoßen, Stück für Stück abgebaut werden: die Verlängerung des Arbeitstags wird immer weiter vorangetrieben ebenso die Aufhebung des Kündigungsschutzes etc. Das zeigt, dass es dort, wo es keinen massiven Kampf gibt, Pläne zur verschärften Ausbeutung auch realisiert werden. Mit dem Argument der „Krise“ werden diese Angriffe noch verschärft.

Die Tatsache, dass das Märchen, ja die Lüge vom Sozialstaat einen so großen Einfluss auch auf die Masse der Ausgebeuteten in diesem Land hat, hat im wesentlichen drei Gründe: 1. Es gibt die millionenfache Propaganda des Staates und seiner Medien. 2. Von ganz besonderem Gewicht ist, dass über viele Jahre und Jahrzehnte die Kämpfe der Arbeiterklasse keine wirklichen Erfolge erzielt haben, so dass die eigene Erfahrung fehlt, dass diese oder jene positiven staatlichen Regelungen das Ergebnis des eigenen Kampfes sind und nicht der Vernunft, den besseren Argumenten oder der Barmherzigkeit der Mächtigen des Staates zu verdanken sind. 3. Hinzu kommt, dass Organisationen und Gruppen, die vorgeben die Kämpfe der Ausgebeuteten und Unterdrückten zu unterstützen, sich selbst aktiv an der Lüge über den „Sozialstaat“, an der Lüge von der Notwendigkeit eines „starken Staates“ beteiligen.

Und wie ist angesichts dieser Lage die „Argumentation“ der staatstragenden Propagandisten? Sie fordern vehement die „Wiederherstellung des Sozialstaats“, der angeblich durch „neoliberale Politik“ weitge-

hend zerstört worden sei. Sie fordern die Wiederherstellung und Erweiterung der angeblich vom „Sozialstaat“ in den letzten Jahrzehnten eingeführten „sozialen Absicherung“ mit Hilfe dieses Staats. Die von der Arbeiterbewegung erkämpften Erfolge, die staatlich verankerten Schutz- und Sozialbestimmungen, werden somit umgefälscht zu Erfolgen dieses Staats, die er angeblich den Kapitalisten abgetrotzt hätte, weil er eben Verständnis für die Nöte der arbeitenden Klasse habe etc. Das Märchen vom „Sozialstaat“ dient also dazu, innerhalb der Arbeiterbewegung vor allem die angeblich „gute Moral“ der herrschenden Klasse besser verkaufen zu können und den Kampf der Arbeiterklasse vom Kampf gegen das Lohnsystem abzulenken, zu Appellen und frommen Wünschen an diesen Staat.

Dass diese Demagogie der Propagandisten des „Sozialstaats“ heute noch so eine große Wirkung hat, hat mit der Lage in Österreich zu tun. Kämpfe der Arbeiterinnen und Arbeiter gegen verschärfte Ausbeutung, durch die gesetzlich verankerte Schutz- und Sozialbestimmungen durchgesetzt werden konnten, hat es in den letzten Jahren so gut wie nicht gegeben. Eigene Erfahrungen der Arbeiterinnen und Arbeiter, die es ihnen erleichtern zu verstehen, dass ihre Kämpfe diese Erfolge durchsetzen und nicht dieser Staat, fehlen deshalb heute fast vollständig. Um so wichtiger ist es, jeden aktuellen erfolgreichen Kampf auszuwerten und herauszustellen, wie z. B. den Kampf gegen die Studiengebühren. Anhand der Erfahrungen dieses Kampfs wird klar, dass der Erfolg nicht der SPÖ oder den „Grünen“ zuzuschreiben ist, sondern

dem monatelangen massiven Protest und Kampf Tausender Studentinnen und Studenten.

Die lange Geschichte der Legende vom „Sozialstaat“

Das Märchen vom „Sozialstaat“ ist aber keine Erfindung der heutigen pseudolinken Ideologen, sondern hat eine lange Geschichte und Tradition, insbesondere auch in Österreich. Es wurde jahrzehntelang immer und immer wieder durch die reformistischen Kräfte in die Arbeiterbewegung getragen, anhand jedes erfolgreichen Kampfs der Arbeiterbewegung neu aufgewärmt und verbreitet. Die heutigen staatstragenden Propagandisten arbeiten gerade auch mit geschichtlichen Lügen, um plausibel zu machen, wie toll es doch damals war als es eben noch den „starken Sozialstaat“ gab, den man ja jetzt so vehement zurückfordert. Ein Blick in die Geschichte ist also unerlässlich.

Es war der Kampf der Arbeiterklasse, der, ohne zunächst das kapitalistische System als Ganzes in Frage zu stellen, in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts den Staat der Kapitalisten zwang, gesetzlich einige besonders extreme Formen der Ausbeutung einzuschränken (wie z. B. Einführung eines gesetzlich begrenzten Arbeitstags, das Verbot der Prügelstrafe, das Verbot der Kinderarbeit). Nehmen wir den Kampf um die Begrenzung des Arbeitstags. Marx hat im „Kapital“ eindrucksvoll geschildert, dass und wie den Kapitalisten „die gesetzliche Schranke und Regel des Arbeitstags durch halbhundertjährigen Bürgerkrieg Schritt für Schritt abgetrotzt“ wurde. (Marx, „Das Kapital“, Erster Band, Marx-Engels Werke, Band 23, S. 312/313). Der Staat der Kapitalisten musste in diesem international und auch in Österreich geführten Kampf der Arbeiterinnen und Arbeiter teilweise zurückweichen. Seine Ideologen erwiesen sich

in dieser geschichtlichen Situation als Meister des Betrugs: Ihrem guten Herzen, ihrer Liebe zur Menschheit sei es zu verdanken, dass diese oder jene Verbesserung nun vom Staat offiziell eingeführt wurde. Das war eine gigantische Lüge, die Geburtsstunde des Märchens vom „Sozialstaat“.

(...)

Dass in Österreich 1918 der Achtstundentag durchgesetzt und gesetzlich festgeschrieben wurde, war das Ergebnis des jahrzehntelangen Kampfs der Arbeiterinnen und Arbeiter und insbesondere ein Ergebnis der Kämpfe der revolutionären Teile der Arbeiterklasse in der Novemberrevolution 1918. Verkündet wurde dieser Erfolg jedoch von der konterrevolutionären SPÖ-Regierung, die sich damit schmückte und als ihren Erfolg ausgab. In Wirklichkeit ließ sie aber die Novemberrevolution niederschlagen und kämpfte gegen die Errichtung einer sozialistischen Räterepublik.

Nach 1945 ist der gegen den Willen der ÖGB-Führung zwei Wochen lang andauernde Streik von bis zu 400.000 Arbeiterinnen und -arbeitern gegen das Sparpaket im September/Oktober 1950 zu nennen. Der Erfolg dieses Kampfes war, dass der kapitalistische Staat danach jahrzehntelang keine bundesweit koordinierten Sparpakete und Reallohnsenkungen durch sogenannte „Lohn-Preis-Abkommen“ mehr durchführte.

Und wiederum wurde dieser Erfolg als Errungenschaft des „Sozialstaats“ in Österreich verkauft. Ja, was in Wirklichkeit Ergebnis eines langen Kampfes war und ist, erscheint unter dem Einfluss der bürgerlichen „Sozialstaats“-Propaganda bis heute ein Merkmal dieses Staates selbst zu sein.

Die pseudo-linke Propaganda für „einen starken Staat“

Die pseudo-linken Ideologen propagieren und fordern als „Ausweg“ aus der jetzigen

Krisensituation des Kapitalismus den „starken Staat“ und Verstaatlichung auf breiter Basis. (...)

Die Milliardenbeträge, welche die Regierung dem Monopolkapital jetzt zukommen lässt, ebenso wie die eingeleiteten Verstaatlichungsmaßnahmen (wie z. B. der Hypo-Alpe-Adria), dienen einzig und allein der Stärkung dieses kapitalistischen Systems, der Stärkung des Monopolkapitals. Dies geschieht gerade auch, indem die Konzentration und Zentralisation des Monopolkapitals mit staatlicher Hilfe vorangetrieben wird. So wurden Milliarden Euro Staatsgelder zur Verfügung gestellt, damit Banken saniert werden. Der mit staatlicher Unterstützung vorangetriebene Konzentrations- und Zentralisationsprozess ist kapitalistische Rationalisierung und bedeutet die massenhafte Vernichtung von Arbeitsplätzen, die weitere Steigerung der Massenarbeitslosigkeit.

„Starker Staat“ bedeutet Unterstützung des Militarismus

Ein weiterer Aspekt wird oft übersehen oder unterschätzt: Die Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus steht in engem Zusammenhang mit der Vorbereitung und Durchführung imperialistischer Kriege. Denn eins ist klar: Imperialistische Kriege werden im Interesse der jeweils in einem Land herrschenden Monopoulbourgeoisie von ihren Staaten mit ihren Armeen geführt. Zur Vorbereitung von Kriegen fasst das Monopolkapital mit Hilfe seines ihm untergeordneten Staates verstärkt das gesamte für den Krieg notwendige „Potential“ des jeweiligen Landes zusammen: Arbeitskräfte, Rohstoffe, Transportmittel usw. Wie die Erfahrungen bereits des Ersten Weltkriegs und des Zweiten Weltkriegs gezeigt haben, geht die staatliche „Regulierung“ bis hin zu Zwangskartellen, zwangsweisen Betriebsschließungen, Aufbau großer staatlicher Rüs-

tungsbetriebe, staatliche „Versorgung“ der kapitalistischen Betriebe mit Zwangsarbeiterinnen und -arbeitern usw. Die Monopole brauchen den Staat gerade auch im Krieg als Instrument zur Unterdrückung des Kampfs der Arbeiterinnen und Arbeiter, um Ruhe im „Hinterland“ durchzusetzen gegen jeglichen antimilitaristischen Protest und Widerstand. Das ist eine zentrale Voraussetzung zur Führung imperialistischer Kriege.

Heute ist die Situation in Österreich noch nicht wie im Ersten Weltkrieg. Aber besonders der Einsatz des Bundesheers im Tschad und am Balkan wird von den österreichischen Imperialisten benutzt, um die Mechanismen und Strukturen des imperialistischen Kapitalismus weiter auf- und auszubauen und zu erproben. Dass es um weit mehr geht, nämlich um die Vorbereitung auch eines groß angelegten imperialistischen Krieges, zeigt die immer weiter gesteigerte Militarisierung des ganzen gesellschaftlichen Lebens deutlich (verstärkte militaristische Propaganda der bürgerlichen Medien, öffentliche Gelöbnisse, Werbe- und Rekrutierungsfeldzüge des Bundesheers, etc.).

Damit wird klar, was es bedeutet, wenn die ÖGB-Fürsten, die pseudokommunistische KPÖ, die pseudolinken Parteien und Organisationen heute einen „starken Staat“ fordern: Jede Unterstützung der imperialistischen Maßnahmen, jede Befürwortung einer Stärkung des österreichischen Staates stärkt die Kriegsvorbereitungen des österreichischen Imperialismus - und zu dem auch die Faschisierung des Staates im Inneren.

Die Lüge vom „friedlichen Hineinwachsen“ des Kapitalismus in den Sozialismus

Aktuell wird die kapitalistische Krisensituation von den pseu-

dolinken Staatspropagandisten für ihre Dreckspropaganda vom angeblich möglichen „friedlichen Weg zum Sozialismus“ benutzt: Wenn der Markt „versagt“, wenn das System ohne massive Staatseingriffe nicht weiter kann, wenn der Staat sowieso schon das tut, was die „Sozialisten“ angeblich auch wollen, nämlich verstaatlichen, dann ist damit ein Anfang gemacht. Dann muss es nur noch gelingen, den Staat zu „demokratisieren“, ihn durch eine Änderung der Mehrheitsverhältnisse zum Hebel der Entmachtung des Monopolkapitals, zum Hebel der „antimonopolistischen Demokratie“ zu machen, wie es z. B. die pseudokommunistische KI propagiert. Das Ganze ist ein einziger großer Betrug. Ganz im Gegensatz dazu ist nötig:

Die Verteidigung sozialer Rechte, auch wenn sie staatlich festgeschrieben sind, muss als Kampf gegen die Verschärfung der Ausbeutung vorangetrieben werden. Vergangene und auch gegenwärtige Erfolge in solchen Kämpfen sind Erfolge des Kampfs der Arbeiterinnen und Arbeiter und keineswegs Siege der „Vernunft“ der herrschenden Klasse oder ihres Staats. Diese Erfolge ändern nicht an der entscheidenden Funktion dieses Staats, das kapitalistische System zu sichern. Schon Marx hat daraus aufgrund der Erfahrungen der Revolutionen und der Konterrevolutionen von 1848 richtig geschlossen, dass die Arbeiterinnen und Arbeiter diesen kapitalistischen Staatsapparat nicht übernehmen oder „umwandeln“ können, sondern zerschlagen und ihren eigenen revolutionären Staat errichten müssen (Marx bezeichnete diesen Staat als „Diktatur des Proletariats“), um wirklich in der Lage zu sein, den Kapitalismus zu vernichten. Daran hat sich durch die Entwicklung des Imperialismus, des monopolistischen Kapitalismus und auch

durch Merkmale des staatsmonopolistischen Kapitalismus nichts geändert. Ganz im Gegenteil: Den Imperialismus, den monopolistischen Kapitalismus zeichnet ja eine enorme Stärkung der kapitalistischen Staatsmaschinerie aus.

Auf die konterrevolutionäre Propaganda des „friedlichen Wegs“ der pseudokommunistischen KPÖ und KI antworten wir mit Lenin, den diese Pseudokommunisten hofieren, indem sie Lenin-Buttons verbreiten, ihn aber nur lesen, um ihn dann zu verfälschen. Lenin erklärte vor der Kommunistischen Internationale, dass in der Epoche des Imperialismus *„die Bourgeoisie, sei sie noch so aufgeklärt und demokratisch, heute nicht mehr zurückschreckt vor Betrug und Verbrechen, vor der Hinschlachtung von Millionen Arbeitern und Bauern, um das Privateigentum an den Produktionsmitteln zu retten. Nur der gewaltsame Sturz der Bourgeoisie, die Konfiskation ihres Eigentums, die Zerstörung des gesamten bürgerlichen Staatsapparats von unten bis oben, des parlamentarischen, gerichtlichen, militärischen, bürokratischen, administrativen, kommunalen Apparats usw., bis zur völligen Vertreibung oder Internierung der gefährlichsten und hartnäckigsten Ausbeuter, ihre strenge Überwachung zwecks Bekämpfung der unausbleiblichen Versuche, Widerstand zu leisten und die kapitalistische Sklaverei wiedereinzuführen nur solche Maßnahmen sind geeignet, die tatsächliche Unterwerfung der ganzen Ausbeuterklasse zu gewährleisten.“*

(Lenin, „Thesen über die Hauptaufgaben des Zweiten Kongresses der Kommunistischen Internationale“, 1920, Lenin Werke, Band 31, S. 174-175, Hervorhebungen von uns.)

Afghanistan im Schengenraum

EUROGENDFOR Die EU hat eine Gendarmerie. Diese soll mit sämtlichen Kompetenzen ausgestattet sein und bei sozialen Unruhen im Innern der EU zum Einsatz kommen.

(...)
«Aufstand und Aufruhr darf man niederschliessen, laut dem Vertrag ist das legales Blutvergiessen. Wenn irgendwas im Weg des Wirtschaftsinteresses liegt, stehen ihr alle Wege offen für den Angriffskrieg.»

(...) Die EU steht für noch unternehmerfreundlichere Gesetzgebung und Gerichte als sie in Europa ohnehin schon gang und gäbe sind. Besonders aber steht sie für Aufrüstung. Das Kriegsbudget der EU wird jährlich erhöht. In einigen Jahren soll die EU eine ernstzunehmende Streitkraft sein, später mit den USA mithalten können: Die wirtschaftliche Kraft, die sie jetzt bereits ist, soll besseren militärischen Rückhalt bekommen. Krieg ist in der EU Programm. Zum Eurocorps, der von europäischen Ländern bestückten Militärtruppe, die in fernen Ländern die Interessen der imperialistischen Bourgeoisie durchsetzen soll, kommt nun die Eurogendfor hinzu. Der Auftrag der Militärpolizei lautet: «Krisenmanagement». Damit zukünftig nicht der französische Soldat oder Polizist auf einen französischen Arbeiter schiessen muss, übernimmt dies ein Kollege aus dem Nachbarland. Den lokalen Polizeieinheiten wird in einem solchen Szenario die Kommandogewalt entzogen.

Flexible Kampftruppen für Ruhe und Ordnung

Im Kontext der Weltwirtschaftskrise und der drohenden Opel-Schliessung waren es vor allem die beiden gescheiterten SPD-Wahlkämpferinnen

Gesine Schwan und Frank-Walter Steinmeier, welche mit der Bedrohungslage sozialer Unruhen und Arbeitskämpfe hausieren gingen und dadurch - eher unfreiwillig - die gegenwärtige Medienaufmerksamkeit auf eine der radikalsten «Errungenschaften» des Lissabonner Vertrags gelenkt haben. Seit Ende September 2009 häufen sich in den deutschen Medien nun die Berichte, welche die Eurogendfor aus dem Umfeld der illustren Geheimorganisationen hervorholt und sie als das hinstellt, für das sie konzipiert wurde: eine flexible Kampftruppe für die Aufstandsbekämpfung. Frankreich schlug 2003 ein derartiges Militärpolizeicorps vor, nur ein Jahr später wurde der erste Vertrag unterschrieben. Mit dabei waren Frankreich, Italien, Spanien, Portugal und Holland. Inzwischen ist auch Rumänien hinzugekommen, Tschechien ist ein Partner und die Türkei hat den Status eines beobachtenden Landes. Sie ist ansonsten in der EU nicht eingeschränkt willkommen, von dieser Abteilung wurde sie aber äusserst wohlwollend empfangen. Schliesslich hat sie gerade in diesen Fragen sehr viel Erfahrung und Know How, wovon die EU gerne profitiert. Nicht mit dabei ist hingegen Deutschland, denn das Grundgesetz verbietet einen Einsatz des Militärs im Innern. Wolfgang Schäuble hat in seiner Zeit als Innenminister alle Hebel in Bewegung gesetzt, um diesen Missstand zu beheben, erfolglos. Eurogendfor könnte trotzdem eingesetzt werden. Die EU entscheidet,

wo diese Polizeitruppe zum Einsatz kommt, das könnte im Extremfall sogar gegen den Willen einer einzelnen Regierung geschehen. Das ist im Falle Deutschlands eher unwahrscheinlich. Hingegen kann es im Falle eines unwillkommenen Regierungswechsels wertvoll sein. Die Eurogendfor ist in Italien stationiert, ihre Kommandanten lösen sich im zweijährigen Turnus ab, jetzt ist ein General der spanischen Guardia Civil im Amt. «Die bisher gemachten Erfahrungen haben die Notwendigkeit einer Kommandostruktur auf operativer Ebene sichtbar gemacht, damit in Krisengebieten politische/strategische Führung in Polizeifragen implementiert wird. Die fünf Teilnehmerstaaten haben sich deshalb entschieden, eine dauerhafte Kommandozentrale einzurichten, die aus einer multinationalen Belegschaft von ungefähr 30 Personen besteht und in Vicenza liegt.» (Übersetzung aus dem Englischen)

800 Militärpolizisten können innerhalb von 30 Tagen zusammengezogen und eingesetzt werden, weitere 2.300 sind im Bedarfsfall in Reserve. Sofern sie kommen, haben sie das Kommando und sind angehalten, nicht zimperlich zu verfahren. Neben ihrer Hauptaufgabe, der «Wahrung der inneren Sicherheit», sind ihre weiteren möglichen Aufgaben: Monitoring und Beratung lokaler Polizeieinheiten, auch der Kripo. Überwachung, Grenzpolizei und Geheimdienst, Verfolgung und Verhaftung, Ausbildung von Polizeioffizieren und Ausbildnern. (Nachzulesen auf: www.eurogendfor.eu)

Kampf den völkermordenden Plänen des indischen Regimes!

Flugblatt von RKJV und IA-RKP für die Kundgebung
vor der indischen Botschaft in Wien, März 2010

Vor einigen Monaten gestand der indische Premierminister Manmohan Singh ein, dass die KämpferInnen der Kommunistischen Partei Indiens (Maoistisch) – Naxaliten genannt – „die größte Bedrohung für die innere Sicherheit“ des Landes seien. Naxalbari werden die Mitglieder der CPI(M) und deren bewaffneter Formation, der Volksbefreiungsarmee (PLA), deswegen genannt, weil ihre organisatorischen Wurzeln im Aufstand des national unterdrückten Volkes der Naxaliten 1967 liegen. Nachdem sich aus diesem Aufstand verschiedene Parteien und Organisationen entwickelten die allesamt unterschiedliche Konzepte des Wegs zum Sozialismus verfolgten, gelang es zwei einflussreicheren Organisationen – der KPIIndiens(ML)-Peoples War und dem Maoistischen Zentrum (MCC) – sich nach langen Diskussionen 2004 zu einer gemeinsamen Partei, der KP Indiens (Maoistisch), CPI(Maoist), zusammenzuschließen.

Seit ihrer Gründung führt die CPI(Maoist) einen Volkskrieg gegen den reaktionären indischen Staat, der die Massen unterdrückt und in Not und Elend hält. Die CPI(Maoist) ist in 13 der 35 Bundesstaaten Indiens fest verankert, führt aber beinahe überall politische und militärische Aktionen durch. Verschiedene Schätzungen von staatlicher Seite gehen davon aus, dass bis zu 50.000 KämpferInnen in den Reihen der PLA stehen. In Gebieten wo die CPI(M) besonders stark ist, zB im Distrikt Lalgarh, hat der Staat weitestgehend seinen Einfluss verloren, dagegen gibt es dort nun demokratisch gewählte Volksgerichte und Räte, welche die neuen Machtorgane darstellen und unmittelbar in Hand der Massen liegen. Da der Staat dort aber die Interessen des indischen Kapitals, der internatio-

nen Konzerne sowie von IWF und Weltbank durchsetzen möchte, ging er massiv gegen die befreiten Roten Gebiete vor. Paramilitärische Einheiten wurden ausgehoben, private Söldnerarmeen (ähnlich der im Irak operierenden berüchtigten BlackWater) angeheuert. Da die Massen in den befreiten Gebieten erkannten, dass die CPI(M) ihre Interessen wahrnimmt, unterstützen sie diese. Der Staat reagierte darauf, indem er tausende Menschen aus ihren Dörfern deportieren ließ und sie in von Armee und Polizei bewachte „Sicherheitslager“ einsperrte. So wollte er dem Volkskrieg das Wasser abgraben. Resultat war aber, dass die Bevölkerung noch viel entschlossener Widerstand leistete und sogar viele Leute, die zuvor unter dem Einfluss der im Distrikt Westbengalen regierenden KP (Marxisten) – CPM - standen sich von der vollständig korrumpierten und sozialfaschistischen CPM lossagten und den Naxalbari zuwandten. Für die indischen und internationalen Kapitalisten, war dieses Vorgehen also alles andere als ein Erfolg, im Gegenteil, denn die CPI(M) ging aus dieser Welle der Repression auch noch gestärkt hervor, festigte Rote Gebiete und konnte den Volkskrieg in andere Provinzen ausweiten. Nun holt der Staat abermals zum Schlag gegen die Bewegung der Naxalbari aus. Mit der sogenannten „Operation Green Hunt“ (Operation grüne Jagd) möchte er einen entscheidenden Schlag gegen die CPI(Maoist), die PLA und alle fortschrittlichen, die revolutionären Kräfte in ihrem gerechten Kampf unterstützenden, Organisationen ausführen. Da er weiß, dass die Naxalbari fest in den widerständigen Völkern verankert sind, schlägt er gegen diese mit voller Wucht los. Indische Menschenrechtler wie Sudha Bharadwaj sprechen

von der Operation Green Hunt als von einem „kalkulierten Genozid an den Adivasi (Ureinwohner – Anm.), einem umfassenden Krieg gegen Hunderttausende Menschen“.

Der indische Staat rüstet also zum blutigsten Völkermord, um die revolutionären Errungenschaften des legitimen Volkswiderstandes niederzuschlagen! Damit darf er nicht durchkommen! Auch wenn wir in Österreich weit weg sind von Indien, so kämpfen auch wir hier gegen die Kapitalisten und ihren Staat – ebenso wie die Naxalbari in Indien. Wir haben längerfristig das gleiche Ziel, die klassenlose Gesellschaft, weshalb wir in gemeinsamer Front gegen den Imperialismus stehen. Gegen den Völkermord, den der indische Staat gerade vorbereitet, müssen wir Widerstand leisten, denn ein schwerer Schlag gegen die Bewegung in Indien, die international zu den praktisch und theoretisch führenden revolutionären Kräften gehört, wäre auch Rückschlag für die revolutionären und fortschrittlichen Kräfte hierzulande und weltweit. Wir müssen Widerstand organisieren und dürfen die mörderischen Pläne des indischen Regimes nicht unwidersprochen lassen. Nachdem die indische Regierung schon jetzt einzelne Gegenden massiv militarisiert, ist schon in den nächsten Wochen mit Militäraktionen gegen die Massen zu rechnen. Die Gebiete in denen das Volk die Macht in Händen hält, sollen mit Genozid für das Kapital zurückgeholt und für Konzerne aller Art erschlossen werden. Das geplante Freihandelsabkommen zwischen Indien und der EU spielt diesbezüglich eine nicht unwesentliche Rolle, was bedeutet, dass unmittelbare Nutznießer eines militärisch akribisch genau geplanten Völkermordes, wie der Ope-

ration Green Hunt, unmittelbar die EU-Kapitalisten wären, also auch die Herrschenden Österreichs. Als InternationalistInnen unterstützen wir die Bewegung in Indien am effektivsten, nicht nur durch demonstrative Aktionen der Solidarität, sondern vor allem auch indem wir direkt gegen die Herrschenden hierzulande kämpfen - denn das sind auch jene Kräfte, welche u.a.

das unmittelbare Interesse an der Umsetzung der Operation Green Hunt haben! Wenn die Operation Green Hunt nicht gestoppt wird, so „werden zwei unterschiedliche Arten von Krieg konvergieren, die seit Jahrzehnten in Indien geführt werden: der ‚Antiterrorkrieg‘ der indischen Armee gegen die Völker von Kashmir, Nagaland und Manipur und der Krieg um Rohstoffe und

natürliche Ressourcen, ein Prozeß, der gern als ‚Fortschritt‘ bezeichnet wird“, wie die indische Aktivistin und Autorin Arundhati Roy betont.

Nieder mit dem reaktionären indischen Staat und dem EU-Imperialismus!

Lang lebe die CPI(Maoist) und der gerechte Volksbefreiungskrieg!

Indien: Operation Green Hunt

Interview mit dem Generalsekretär der Revolutionär-Demokratischen Front Indiens

Im folgenden Interview, das in London mit G.N. Saibaba, dem Generalsekretär der Revolutionär-Demokratischen Front Indiens geführt wurde, erläutert er seine Sicht der Operation Green Hunt, einer Offensive der indischen Regierung gegen die maoistischen Revolutionär/innen in den Bergen und Wäldern in Zentral- und Ostindien. Der Text wurde (von AWTWNS) gekürzt und etwas gestrafft.

Frage: Warum hat die indische Regierung entschieden, ihre Offensive gegen die Revolutionär/innen in Indien gerade jetzt in so großem Maß zu verstärken?

Antwort: Der besondere Zusammenhang zeigt tatsächlich den geheimen Plan der indischen Regierung. Während der vergangenen fünf Jahre war sie sehr eifrig, Abkommen unter dem Namen „Absichtserklärungen“ (memorandums of understanding, MOUs) mit vielen ausländischen und einheimischen Firmen abzuschließen, insbesondere für ausländische Investitionen. Diese Abkommen sind vor allem große Bergbau- und Industrie-Projekte in wirtschaftlichen Sonderzonen. Riesige Gebiete Indiens, sowohl fruchtbare Agrargebiete als auch Gebiete, die reich an Bodenschätzen sind, wie Jharkand, Orissa, Andhra Pradesh, Maharashtra und Westbengalen sind davon betroffen. Aber in den vergangenen fünf Jahren konnte man breiten Widerstand gegen die Landnahme für diese Projekte erleben, mit und ohne Führung

durch die Naxaliten (Maoist/innen), sowohl in Gebieten, wo diese Bodenschätze gefunden werden als auch anderswo. Als Ergebnis davon sind die meisten der in diesen Gebieten arbeitenden revolutionären Kräfte stärker und stärker geworden, und die indische Regierung erkennt, dass die Kommunistische Partei Indiens (Maoistisch) den meisten Nutzen aus der Widerstandsbewegung gegen den Landaneignungsprozess gezogen hat. Das wird in den Berichten des Innenministerium klar gesagt.

Jetzt nach fünf Jahren des Widerstands, wo die Regierung bemerkt, dass wegen des Widerstands der Volksbewegung keines dieser Abkommen weiter gekommen ist, wollen sie sich nun im Namen der Vertreibung der Naxaliten oder Maoist/innen dieses Land wirklich aneignen. Sie wollen einen Krieg gegen das Volk führen, und im Namen des Kampfs gegen die Naxaliten, die sie auch Terroristen nennen, wurde die CPI(Maoist) mit einem speziellen Gesetz verboten, das „Gesetz zur Ver-

hinderung ungesetzlicher Aktivitäten“ (Unlawful Activities Prevention Act, UAPA) heißt und ein novelliertes Kolonialgesetz ist. Mit der Verwendung so einer Terror-Taktik und den Kolonialgesetzen haben sie schon eine Atmosphäre geschaffen, mit der sie diese Völker dämonisieren. Nun haben sie den Krieg erklärt, aber ihre wirkliche Absicht ist es, die riesigen Gebiete zu übernehmen, die weitgehend unter der Kontrolle der revolutionären Bewegung stehen, und in anderen Regionen, wo es Widerstand mit der ohne Naxaliten gibt. Die Behörden haben auch schon vorher Repressionsorgane eingesetzt, die die Leute foltern, das Volk terrorisieren, und die Salwa Judum, eine Art Privatarmee geschaffen. Aber keine dieser von den USA geförderten niedrigschwelligen Kriegstechniken funktionierte. Daher wollen sie jetzt einen echten Krieg beginnen. Ihr geheimer Plan besteht darin, diese natürlichen Rohstoffe, das Land und die Wälder, den multinationalen Konzernen zu übergeben. Das ist ihr wirklicher Plan.

F: Könnten Sie uns ein bisschen mehr über die Stammesvölker (tribal people) in diesen Gebieten sagen?

A: Die Stammesvölker oder Adivasis leben in diesen Gebieten und Bergregionen von Zentral- und Ostindien und einigen anderen Gebieten. Sie haben ihre eigene Wirtschaft, ihre eigene Kultur und Tradition und Religion. Sie stehen außerhalb des hinduistischen Kastensystems. Traditionell sind sie nie Teil dessen geworden, was als indischer Durchschnitt (oder Mainstream) bezeichnet wird. Ihre Wirtschaft beruhte weiterhin auf dem Sammeln von Nahrung, Viehzucht und einfachen Ackerbaumethoden. Sie revoltierten gegen die Briten und gestatteten es ihnen nie, ihr Land zu übernehmen. Nach der Unabhängigkeit im Jahr 1947 erließ die indische Regierung eine Verfassung, die besondere Gesetze und Schutzbestimmungen zur Anerkennung ihrer unterschiedlichen Kultur anordnete. Es gibt Hunderte Stämme. Jeder Stamm hat seine eigene Identität und Organisation mit einer Stammeswirtschaft, die auf Waldprodukten beruht. Die Verfassung erlaubt es der indischen Regierung nicht, dort dieselben Gesetze anzuwenden wie im Rest des Landes, und die besonderen Bedingungen müssen berücksichtigt werden,

obwohl die indische Regierung diese Bestimmungen immer verletzt hat.

Es sind die Ärmsten der Armen, und in den letzten Jahren wurden mindestens 20 Millionen von ihnen wegen verschiedener Projekte vertrieben. Ihre Erfahrung zeigt, dass ihre Brüder und Schwestern, die aus ihren Gebieten vertrieben wurden, nie mehr zurückkehren konnten – es ist ziemlich ähnlich wie das, was mit den Indianer/innen in den USA passierte, oder was mit den Aborigines in Australien und Neuseeland geschah. Es sind fast 100 Millionen Menschen und die meisten von ihnen sind jetzt mit Elend und Dezimierung konfrontiert.

Traditionell haben die Stammesvölker immer zu den Waffen gegriffen. Sie haben eine großartige Geschichte bewaffneter Kämpfe gegen die Briten. Der Naxalbari-Aufstand (die Bäuer/innen-Erhebung in der die indische maoistische Bewegung entstanden ist, benannt nach dem Dorf in Westbengalen, wo sie begann) war eine Stammeserhebung. Später wählten marxistisch-leninistische Gruppen dieses Gebiet aus und begaben sich dorthin, um die Adivasis zu organisieren, nachdem sie die Geschichte der bewaffneten Aufstände studiert hatten und weil das die rückständigsten Regionen sind, wo der indische Staat nicht eindringen konnte.

Natürlich beschränkten sich die Marxist/innen-Leninist/innen und die maoistischen Bewegungen nicht auf diese Gebiete Indiens, obwohl sie in erster Linie dort sind. Es ist ein Teil der Geschichten über die indischen Revolutionär/innen, wo behauptet wird, dass sie nur die Adivasis vertreten – sie vertreten sie, aber sie beschränken sich nicht darauf.

Die Lalgarh-Bewegung auf der heutigen Entwicklungsstufe begann als spontane Bewegung gegen Polizeiunterdrückung und die westbengalische Regierung (in Kalkutta) und die CPI-Marxist. (In Widerspruch zu ihrem Namen ist die so genannte Kommunistische Partei Indiens

– Marxistisch eine reaktionäre Partei. Sie verwaltet den Staat Westbengalen und ist Teil der Zentralregierung. Sie ist berüchtigt für ihre Versuche, das Volk gewaltsam zu unterdrücken und Revolutionär/innen einzukerkern und zu töten.) Die CPI-Marxist ist seit 12 Jahren dort und organisiert sich im Lalgarh-Volk. Ein größeres Entwicklungsprojekt war dort geplant, und der Ministerpräsident von Westbengalen kam mit den Projektverantwortlichen hin, um das Projekt einzuweihen. Als sie zurückkehrten, versuchten die Maoist/innen sein Auto in die Luft zu sprengen, aber er konnte entkommen. Die Regierung verwendete das als Vorwand dafür, im Namen der Jagd auf die für den Anschlag verantwortlichen Maoist/innen, eine riesige Zahl von Soldaten dorthin zu entsenden. Aber die Truppen begingen große Gräueltaten gegen die Stammesangehörigen, und das rief Massenwiderstand hervor. Und weil die Maoist/innen schon dort waren, dehnte sich der Widerstand von Dorf zu Dorf aus.

Die Bewegung, die sich entwickelte, ist sehr interessant – es ist eine Massenbewegung, die alle, jeden Alters, vom Kind bis zur Greis/in, Männer und Frauen umfasst. Jedes Dorf bildete ein Volkskomitee gegen Polizei-gräuelt. Jedes Komitee setzt sich aus fünf Frauen und fünf Männern zusammen. Ursprünglich geschah das in 1100 Dörfern, und dann breitete es sich auf 2000 oder heute noch mehr Dörfer aus. Ein Zusammenschluss von Dörfern hat wieder ein Komitee, wobei je eine Frau und ein Mann von jedem kleineren Komitee entsendet wird. Daher hat dieses andere Komitee wieder eine gleichmäßige Vertretung von Männern und Frauen, und jede Entscheidung, eine Kundgebung oder einen Protest zu machen, die Waffen zu ergreifen, alles wird von den Komitees entschieden. Und die Komitees sind verantwortlich für die allgemeine Wohlfahrt des Dorfes. Alle Komitees sitzen zusammen und entscheiden, an welchem Tag eine Kundgebung abgehalten wird, wann oder ob zu den Waffen gegriffen wer-



den muss, und die Stammesältesten sitzen dabei, und die allgemeine Dorfvertretung.

Die Maoist/innen waren schon lange dort und waren Teil des Dorfes. Diese Massenorganisation ist immer an vorderster Front. Die Maoist/innen haben die Leute still geschult, was immer auch benötigt wurde – obwohl die lokalen Stammesangehörigen, die selber Maoist/innen sind, den führenden Teil bilden.

Lalgarh umfasst nur einen kleinen Teil einer Region so groß wie Großbritannien – und die Bewegung breitet sich über diese ganze Region aus. Die anfänglichen Forderungen der Stammesangehörigen waren, dass diese Polizeibeamten, die für die Gräueltaten verantwortlich waren, bestraft werden sollten. Und sie entschieden über die Art der Bestrafung: Die Beamten sollten ins Dorf kommen und sich entschuldigen, insbesondere gegenüber den Opfern, und solche Sachen. Dann, als die gesamte bestehende Verwaltungsstruktur aus der Region rausgeworfen war, begannen sie mit dem Aufbau einer neuen Gesellschaft, bauten Straßen, gruben Brunnen, verteilten das Land, schufen kollektive Ackerbauorganisationen – das alles geschah innerhalb von einem Jahr. Sie haben Schulen, Krankenhäuser eröffnet, sie haben Ärzt/innen und Krankenpfleger/innen von außen eingeladen. Sie versuchen selbstständig alles zu organisieren, die Ernte, den Gemüseanbau, Schulen, Krankenhäuser, Kooperativen, und den Ackerbau kollektiv zu entwickeln. Die Frauenbewegung kam ins Spiel, als sie dabei keine gleichberechtigten Möglichkeiten erhielten. Das ist eine neue gesellschaftliche Bewegung und sie nimmt diese Formen an. Im Hintergrund sind die Maoist/innen, und sie sind niemand anderer als sie selbst, ganz anders als die indische Regierung behauptet, dass sie von außen das Gebiet infiltrieren, was völlig unwahr ist. Es gibt höchstens ein paar Menschen von draußen, der Rest der Führer/innen stammt aus der Gemeinschaft selbst.

F: Wenn Sie sagen, dass diese Bewegung und die maoistische Führung dabei sind, die Welt zu ändern, die Keimform einer neuen revolutionären Gesellschaft aufzubauen – ist es nicht eines der Ziele der indischen Regierung, einzudringen und diese Art von revolutionärem Traum zu zerschlagen?

A: Wenn ich über die neue Gesellschaft sprach, die in Lalgarh Formen annimmt, muss man ergänzen, dass auch in anderen Teilen des Landes andere große Experimente stattfinden, besonders im letzten Jahrzehnt. In Chhattisgarh, Orissa, Teilen von Jharkand – das sind alles Stammesgebiete, und sie haben seit mehr als zwei Jahrzehnten eine dauerhafte Bewegung. Die Maoist/innen gingen vor etwa 30 Jahren in diese Gebiete und sie haben in den letzten zwanzig Jahren in riesigen Gebieten Bewegungen aufgebaut. Das Gebiet um Lalgarh ist in Wirklichkeit klein im Vergleich zu all den anderen. In allen oben genannten Gebieten haben sie schon neue Gesellschaften aufgebaut. Und die Regierung will unbedingt die revolutionäre Alternative in diesen Gebieten zerschlagen. Die CPI(Maoist) hat deutlich erklärt, dass sie sie sich auf andere Gebiete ausdehnen wollen, nachdem sie ein Modell einer neuen Gesellschaft in diesen speziellen Gebieten vorgezeigt haben. Und sie haben verkündet, dass sie eine riesige Mehrheit der indischen Massen beeinflussen können, wenn sie zeigen, wie eine neue Gesellschaft dort schon funktioniert.

Die ersten Versuche wurden in Chhattisgarh begonnen, wo Tausende Dörfer von den Ausbeuterklassen befreit wurden, von den feudalen Klassen und ihren herrschenden Elementen, der Polizei, Armee, dem Staat, und die Leute haben in einem Dorf nach dem anderen Regierungen gewählt, die revolutionäre Volksräte genannt werden – in Tausenden Dörfern in Chhattisgarh und Jharkand, Hunderten Dörfern in Orissa, Tausenden in Andhra Pradesh, und sie haben noch immer ihre eigenen Regierungen, die direkt von der Mehrheit der Bevölke-

rung gewählt sind. Die wenigen paar, fünf oder sechs Elemente der herrschenden Klasse, die beschlossen haben, dort zu bleiben haben kein Wahlrecht; sie müssen die Volksregierung akzeptieren. Diese Regierung hat verschiedene Abteilungen, für Gesundheit und Erziehung. Sie haben angefangen Nahrungsgetreide anzubauen, Landwirtschaftsgenossenschaften zu bilden. Die Leute entscheiden selbst, alle Entscheidungen gehen zurück auf die Volkskomitees, und alle diese Komitees, einschließlich der Milizen und Streitkräfte und so weiter, arbeiten unter Kontrolle der Volksregierung.

Nach einigen Jahren des Experimentierens konnte man sehen, dass in riesiger Zahl Bewässerungsprojekte durchgeführt wurden, während die indische Regierung in den sechs Jahrzehnten dort Bewässerungsprojekten nie eine Aufmerksamkeit gewidmet hatte. Trinkwasserprojekte wurden durchgeführt, Hunderte Schulen wurden eröffnet, die Gesundheitsvorsorge wurde auf Dorfebene und höherer Ebene organisiert, die leseunkundigen Adivasis wurden von erfahrenen Ärzt/innen von außen und aus der Gegend ausgebildet, für jedes Dorf gibt es einen Barfußarzt / eine Barfußärztin für einen Dorfverband, und es gibt kontinuierlich arbeitende Kliniken für Gesundheitsvorsorge. Das Ausbildungssystem verfügt über allgemeine Schulen, provisorische Schulen – die von Zeit zu Zeit weiterziehen, wenn die Kinder in anderen Gebieten arbeiten müssen – und Schulen für Erwachsene. Sie haben ihren eigenen Lehrplan. Der Rahmenlehrplan wird nach wissenschaftlichen Modellen von externen und internen Bildungsexperten ausgearbeitet, und es wird ein Stufenlehrplan entwickelt. Alle weltberühmten wissenschaftlichen Arten von Studienmaterial, einschließlich audiovisueller Materialien wurden in die Stammessprachen übersetzt und werden jetzt in der Bildung benützt.

Außerdem haben sie zum ersten Mal in der Geschichte der Regionen Überschussgetreide

– nicht nur für die revolutionäre Armee, die Volksbefreiungs-Guerillaarmee (PLGA) heißt, sondern auch für das Volk. Sogar dann, wenn das indische Militär diese Gebiete mehrere Jahre lang blockiert, werden sie wegen dem Überschussgetreide kein Problem haben; und dazu haben sie Fischteiche und andere Tätigkeiten, die zum Einkommen beitragen. Diese Dörfer und ihre Regierungen haben mit dem Export auf andere Märkte begonnen und behalten den Mehrwert für ihren eigenen Verbrauch und verwenden den von ihnen angehäuften Mehrwert um andere Entwicklungsprojekte zu bauen. Das ist die Art, wie sich ihre selbstständige Wirtschaft entwickelt, die nicht vom Imperialismus abhängig ist oder von anderen außen liegenden Gebieten. Das ist die Art, wie sie zeigen wollten, dass der Sozialismus, eine neue Gesellschaft, aus dieser Art von Gebieten entstehen kann, sodass das ganze Land davon Denkanstöße für den Sozialismus erhalten kann.

F: Was ist mit diesen Beschuldigungen, dass diese Bewegung die wirtschaftliche und allgemeine Entwicklung des indischen Volkes blockieren?

A: Die Maoist/innen meinen, dass alle diese sogenannten Entwicklungsprojekte nicht dem Volk dienen. Sie sehen diese besondere Art von Entwicklung im Sinn der Extraprofite der Multinationalen Konzerne durch die Überausbeutung der Arbeit des Volkes. Sie werden das Land ruinieren und dazu führen, dass die Leute vom Land vertrieben werden. Das ist eine pro-imperialistische Entwicklung, die einem Teil der herrschenden Klassen in Indien und den Imperialisten, dem Monopolkapital, dient. Die indische Regierung hat verkündet, dass die Bewegung diese Projekte blockiert und dem Volk in diese Region und dem ganzen Land schaden wird. Aber es ist eine Entwicklung für den Unternehmensbereich, und das Volk bietet eine andere Vision von Entwicklung an, und sie machen es praktisch, vor Ort. Es gibt keinen Fall von wirklichen Entwicklungsprogrammen der

Regierung, die von den Maoist/innen blockiert werden. Zum Beispiel, wenn die Regierung versucht, eine Schule zu bauen, oder ein Krankenhaus, dann werden die Naxaliten das nie blockieren. Oder wenn sie etwas für die Wirtschaft des Volkes aufbauen wollen – aber natürlich hat die Regierung keine Absicht, Entwicklungsprojekte im Dienst des Volkes durchzuführen. Abgesehen von diesen Projekten im Dienst der Multinationalen Konzerne sind die einzigen anderen Pläne für Regierungsprojekte riesige Projekte für Straßen in den inneren Gebieten, um die Armee und die Sicherheitskräfte hinzubringen, und diese verhindert und blockiert das Volk wirklich.

Die Frage ist, welches Entwicklungsmodell die indische Regierung in den letzten 60 Jahren verfolgt hat? Es ist ein pro-imperialistisches Entwicklungsmodell, das den Imperialisten dient, weil es ihnen Bodenschätze und Rohstoffe verschafft.

Es ist aus zwei Gründen besser für das Volk von Indien und die ganze Welt, wenn die Mineralien in diesen Bergen und Wäldern unter der Erde bleiben. Erstens, wenn du diese Minerale abbauen willst, musst du die Adivasis umsiedeln und du wirst kein System finden, wo sie voll rehabilitiert werden. Und die herrschende Klasse hat kein Recht, sie umzusiedeln – es ist ihre natürliche Umwelt. Zweitens ist ein anderer wichtiger Grund, warum die Mineralien nicht abgebaut werden sollten, dass das nicht nur zur Umsiedlung der Bevölkerung führt, sondern dies äußerst leicht verletzliche Wald- und Berggebiete sind, und wenn du sie ausbeutest, wird das zu einem irreparablen Schaden an der Landschaft führen. Es wird zu bedeutenden Veränderungen für Klimawandel und Erwärmung führen und der indische Subkontinent würde sich nie mehr erholen. Es hätte große Auswirkungen auf den gesamten Subkontinent. Deshalb sollten sie aus Umweltgründen und wegen dem Leben der Leute nicht ausgebeutet werden. Aber es gibt Möglichkeiten, wie diese Minerale in geringem Maß

abgebaut werden könnten, auf Arten, die die Situation nicht verschärfen und die Menschen nicht vertreiben würden. Sie könnten in geringem Umfang im Dienst des Volkes eingesetzt werden, aber das müsste vom Volk in der Region selbst entschieden werden, und nicht von Außenstehenden.

F: Wie beantworten Sie die Anklage des Terrorismus, die die indische Regierung den Maoist/innen entgegenschleudert?

A: Die indische Regierung kommt mit einem Gesetz daher und behauptet, dass die CPI(Maoist) Terroristen sind. Aber es gibt die weitverbreitete Auffassung, dass die maoistische Bewegung eine Volksbewegung ist und im Volk gibt es nicht die Auffassung, sie als Terroristen zu bezeichnen. Es ist eine Anklage, die ganz falsch ist, denn es gibt von ihnen keine Aktivitäten, die terroristisch genannt werden könnten. Sie arbeiten für das Volk und für seine Befreiung. Sie wollen nicht, dass das Land in einzelne Teile aufgesplittet wird, ausgenommen Kaschmir und einigen Staaten, wo die nationalen Befreiungsbewegungen sehr stark sind. Das ist eine gesellschaftliche und politische Bewegung, sie gründet sich auf eine politische Ideologie, den Marxismus, der auf seiner heutigen Stufe Maoismus genannt wird, und sie wollen eine gesellschaftliche Umwandlung herbeiführen, indem sie die herrschende Klasse, die Kompradorenbourgeoisie und die bürokratische Bourgeoisie und Feudalklasse, die dieses Land regieren, besiegen und eine gleichberechtigte Gesellschaft errichten. Daher sind sie äußerst humanistische Menschen mit einer besonderen Klassenideologie, der Ideologie der Arbeiter/innenklasse, und sie sind eine politische Kraft. Das ist die wirkliche Opposition zur herrschenden Klasse in Indien, die ein alternatives Entwicklungsmodell aufbaut, und daher können sie nicht Terroristen genannt werden. Die indische Regierung möchte die Mittelklassen und breiten Schichten dadurch beeinflussen, dass sie die Maoist/innen Terroristen nennt.

Erst kürzlich hat der Premierminister von Indien, als er diesen Krieg erklärte, zugegeben, dass die Maoist/innen riesige Massenunterstützung haben, auch in städtischen Gebieten; aber gleichzeitig erklärt er den Krieg. So besteht da ein großer Widerspruch, der dem Volk aufgezeigt werden kann, und die Regierung wurde vom Volk gezwungen zuzugeben, dass die Maoist/innen diese Unterstützung im Volk und in der Intelligenz haben. Der Innenminister, der jeden Tag eine Erklärung gegen die CPI(Maoist) und die Naxaliten herausgibt, hat anerkannt, dass die Regierung die Maoist/innen nicht auf die gleiche Weise behandeln kann, wie sie es mit bestimmten anderen Organisationen macht, die sie als Terroristen bezeichnet. Es gibt einen großen Widerspruch in den Regierungserklärungen, wo sie einerseits zustimmen, dass es eine Massenunterstützung gibt und sie eine Unterscheidung zu anderen Gruppen machen, die sie Terroristen nennen, und sie andererseits zugleich von den Maoist/innen als Terroristen reden.

Tausende prominente Personen aus aller Welt haben eine Petition gegen die Offensive der indischen Regierung unterzeichnet. Sie wurde dem Premierminister übergeben und der Presse weitergeleitet. Es gibt eine riesige Protestbewegung, die sich in jeder Großstadt und Stadt von Indien entwickelt, Hunderte Konferenzen wurden gegen die Militäroffensive abgehalten, Demonstrationen werden im ganzen Land durchgeführt.

Die Maoist/innen appellieren an das Volk und sagen, wenn es Differenzen gibt, dann sollten sie im Volk ausgetragen werden, aber jetzt ist es Zeit, sich gemeinsam gegen die Staatsoffensive zusammenzuschließen. So gibt es eine Debatte.

F: Könnten Sie etwas über die Rolle der USA und des Westens in Bezug auf die Offensive sagen?

A: Der Innenminister, der für die innere Sicherheit verantwortli-

che Minister, ist in die USA gefahren und eine ganze Woche dort geblieben. Er hielt sich in einem Büro des FBI auf, und nach Berichten in den us-amerikanischen und indischen Medien verbrachte er dort vier Tage. Und nach seiner Rückkehr aus den USA sagte er, dass diese Militäroffensive sehr notwendig sei, um die Regionen zu erobern, zu halten und zu entwickeln. Das sind die selben Worte, wie sie von den Militärgenerälen der USA in Afghanistan verwendet werden, und jetzt werden sie in Bezug auf diesen Krieg benutzt, der gegen das Volk von Indien vorbereitet wird.

Vor vier Jahren, als die Einverständniserklärung unterschrieben wurde, fuhren zwei Mitglieder der US-Militärhierarchie in diesen Gebieten, das heißt in den maoistischen Stützpunktgebieten, herum, um eine Untersuchung durchzuführen. Vorher kamen sie nach Mumbai, wo sie sich mit us-amerikanischen Konsulatsbeamten und zugleich mit indischen Industriellen trafen, die Partner in diesen Projekten waren. Es fand dort ein größeres Treffen statt. Dann fuhren sie nach Chhattisgarh. Als in den Zeitungen herauskam, dass diese Militärstrategen in diesem Gebiet herumfuhren, brach ein großes Geheul und Gezeter aus und sie mussten ihre Rundfahrt nach zwei Tagen abkürzen und dann abreisen.

Bald danach verkündete die indische Regierung, dass die Salwa Judum Miliz die Maoist/innen bekämpfen würden. Sie entfesselten den Terror und erreichten, dass 700 Dörfer verlassen wurden. Interessanterweise waren das Dörfer, die in Plänen für größere Projekte ausgewählt waren. Sie wollten noch weitere entvölkern. Sie vertrieben 300.000 Stammesangehörige und brannten viele Dörfer nieder, Tausende wurden getötet und der Rest wurde in Lagern und ähnlichem zusammengetrieben. Sehr interessant daran ist, dass die großen Unternehmen, die große Anteile an den us-amerikanischen Investitionen hatten, in diesen Gebieten

nichts wirklich anfangen konnten, weil die Kontrolle über diese Gebiete innerhalb weniger Monate wieder zurück an die Maoist/innen fielen.

Der neueste Beweis für die Verwicklung der USA ist, dass die indische Regierung zugegeben hat, dass die USA für diesen Krieg logistische Unterstützung bereitstellen. Was heißt das? Sie verwenden das Globale Positionssystem der USA, um ihre Truppen zu mobilisieren und die Maoist/innen in den Wäldern zu lokalisieren. Die USA helfen dabei, den Einsatz von Bodentruppen zu planen und nach Erklärungen der indischen Regierung unterstützen dabei die USA zeitweilig die Truppenbewegungen der indischen Streitkräfte. Ich glaube nicht, dass sich die Unterstützung darauf beschränkt, Einsätze zu planen und sowas, es ist viel mehr als das.

Kürzlich fuhr Premierminister Mahmohan Singh in die USA und traf sich mit Obama. Das führte zu einem neuen Vertrag über den Ankauf von riesigen Mengen von Munition und andere militärische Hilfsgüter aus den USA in einem Ausmaß von 18 Milliarden Dollar.

Israel liefert Drohnen. Es hat auch eine riesige Zahl von indischen Streitkräften geschult und macht das weiterhin. Letzten Monat hielten die us-amerikanische und die indische Armee gemeinsame Militärübungen im Herz von Indien, im Zentrum des Landes, ab, die mehr als ein Monat dauerten. Die Presse berichtete, dass die indische Armee eine Schulung in den Erfahrungen der Militärfeldzüge der USA in verschiedenen Teilen der Welt erhalten hat. So ist die Unterstützung der USA mehr als nur logistisch – die gemeinsamen Übungen, der Waffenhandel, die Verwicklung der Israeli in die Ausbildung der Streitkräfte und die Lieferung der neuesten Technologie, die üblicherweise von den Israeli, in letzter Zeit aber auch von den USA zur Verfügung gestellt wird.

Afghanistan-Krieg und Obamas neue Strategie

Nach monatelangen Debatten unter den führenden Militär- und Politikstrategen und nach Beratungen mit anderen westlichen imperialistischen Regierungen kündete US-Präsident Barack Obama schließlich Pläne für eine neue Strategie in Afghanistan an. Der wichtigste Aspekt war seine Entscheidung innerhalb der nächsten sechs Monate genügend weitere Truppen zu entsenden, und damit die Zahl der Besatzer gegenüber der Zeit, als er nach George W. Bush im Weißen Haus einzog, fast zu verdreifachen.

Anfang des Jahres (2009) begann Obama damit, das Kontingent, das sein Vorgänger George W. Bush geschickt hatte um 21.000 zu erhöhen. Aber im August warnte der neu ernannte US-amerikanische NATO-Kommandant in Afghanistan General Stanley McChrystal vor einem „Fehlschlag der Mission“, wenn er nicht noch mehr Soldaten bekäme. Das führte zu einer mehr oder weniger offenen Debatte innerhalb der herrschenden Klasse der USA: Einige Leute, wie der Vizepräsident Joe Biden stellten sich gegen eine große Verstärkung der Streitkräfte, andere wie der US-Botschafter in Afghanistan, der vorher dort als General gedient hatte, unterstützten die weitere Verstärkung. Der Verteidigungsminister Robert Gates, früher beim CIA, drängte ebenfalls auf mehr Streitkräfte. Beide Seiten argumentierten aus der Sicht der US-Interessen in Afghanistan und der Region.

Am Ende der Debatte erreichten diese militärischen und politischen Personen eine Vereinbarung, die dem Verlangen von McChrystal entsprach. Die NATO-Verbündeten kündigten später an, dass sie weitere 7.000 Soldaten nach Afghanistan bringen würden, und

damit die Gesamtzahl der Besatzertruppen auf mindestens 140.000 erhöhen. (Die genaue Gesamtzahl ist unbekannt. Einige Länder, darunter die USA, weigern sich, genaue Zahlen zu melden, da ein Teil ihrer Truppen geheime Spezialeinheiten sind. Andere Länder zählen ihre Bewaffneten als Ausbilder, nicht als Soldaten.) Weiters verkündeten Obama und andere Regierungschefs imperialistischer Länder, dass sie eine afghanische „nationale“ Armee und Polizei in der Stärke von 240.000 Personen ausbilden wollten. Das ist ein Vielfaches der Zahl des ursprünglichen Ziels von 70.000, das auf der Bonner Konferenz im Dezember 2001 festgelegt wurde, wo die NATO-Länder die Okkupation planten.

Die Zahl der us-amerikanischen Truppen allein übertrifft schon die der Sowjets am Höhepunkt ihrer Besetzung.

Nach all diesen Vorgängen erklärte Obama in seiner Rede vom 1. Dezember (2009) an das afghanische Volk schamlos: „Wir haben kein Interesse, euer Land zu besetzen.“ Und das nach acht Jahren Besetzung und verbrecherischem Krieg gegen das Volk!

Der Fehlschlag der bisherigen Strategie

Der wichtigste Teil von Obamas Rede war die offene Erklärung, dass die bisherige Strategie der USA in Afghanistan fehlgeschlagen sei. Diese neue Ehrlichkeit kam von der Realität, die die USA anerkennen mussten, einem Faktor, der weit wichtiger war für die Herstellung einer Einheit innerhalb der herrschenden Kreise der USA als der sanfte, konsenssuchende Stil des Präsidenten. „Der gegenwärtige Stand ist nicht aufrecht zu erhalten“, stellte er fest. Seine Rede be-

inhaltete weniger einen Plan für einen garantierten Sieg als mehr ein Argument dafür, dass die USA es sich nicht leisten können in Afghanistan zu verlieren, aber genau das gerade passierte.

Einige von Obamas Beratern verstanden, warum: Die Besetzung selbst hatte den Wiederaufschwung der Taliban gefördert. Ein Grund dafür, warum die Debatte sich so in die Länge zog, lag in dem Versuch, einen Ausweg aus diesem Widerspruch zu finden. Keine „Flut“ neuer Truppen oder Wechsel in der Strategie kann die Tatsache ändern, dass es sich um einen ungerechten Krieg handelt, um eine Besetzung, einen Versuch, ein Land und sein Volk zu beherrschen, von der nationalen Demütigung auf höchster Ebene bis zu den Besetzungstruppen, die Männer und Frauen auf den Straßen und entlang der Landstraßen durchsuchen oder mitten in der Nacht ihre Behausungen überfallen.

Die US-geführten Besatzer haben das berüchtigte Bagram-Gefängnis im Norden Kabuls wieder eröffnet, das von den sowjetischen Besatzern genutzt wurde und heute ebenso heftig vom Volk gehasst wird wie je zuvor. Obama hat versprochen, eines Tages Guantanamo zu schließen, aber die US-Truppen haben keineswegs vor, ihr „schwarzes Gefängnis“ in Bagram zu schließen, wo Gefangene immer noch für Monate oder für immer verschwinden, und sie bauen nebenan ein neues und größeres Gefängnis.

Die USA- und die NATO-Soldaten werfen viele Tausend Menschen ins Gefängnis, foltern sie und zerstören ihre Häuser. Sie feuern ihre Raketen auf Ansammlungen von Zivilist/innen und ihre Häuser ab. Das neues-

te der wiederholten Massaker war der Mord an mindestens 140 Menschen bei einem Raketenangriff in Kunduz letzten September. Zugleich leiden die Menschen hart unter den schlimmer werdenden ökonomischen Bedingungen und anderen Schwierigkeiten in Folge der Zerstörung und dem Chaos der Besetzung und der Korruption, die unter ihr aufblüht. Wie könnte es auch anders sein, wo doch das Karzai-Regime aus Warlords ("Bürgerkriegsgenerälen"), Drogenbaronen und anderen Gestalten, die das Land verkaufen und selbstsüchtigen Opportunisten zusammengestellt ist. Wen sonst könnten die USA als ihre lokalen Besatzungsverwalter anheuern?

Diese Situation hat den Taliban zu einer starken Position verholfen, um Nutzen aus der Unzufriedenheit der Massen zu ziehen. Die Grausamkeiten der Besatzer und die Fehlschläge des von ihnen installierten Regimes haben eine Atmosphäre geschaffen, in der ein Großteil der Massen im Süden und Westen des Landes die Taliban unterstützt, während die Leute im Norden und Westen sich gegenüber der Präsenz der Taliban immer neutraler verhalten. Das trotz der Tatsache, dass sehr viele Menschen die Taliban-Herrschaft hassten.

Deshalb sind die Anstrengungen des Westens bisher fehlgeschlagen, die Führung der Taliban zu spalten und einge von ihnen in Verhandlungen mit dem Ziel, am Regime teilzunehmen, hineinzuziehen. Die Taliban glauben, dass sie es nicht notwendig haben, darauf einzusteigen und nichts dabei gewinnen können, wenn sie sich mit einem diskreditierten Regime und den verhassten Besatzern verbünden. Das hat die USA daran gehindert, die Taliban von Al-Qaida zu trennen, um Al-Qaida zu isolieren und niederzuwerfen. In Wirklichkeit machten die us-amerikanischen Anstrengungen in diese Richtung die Situation sogar noch unkontrollierbarer. Im Ergebnis wurde Pakistan noch tiefer in diesen Regionalkrieg

hineingezogen und es gibt keine Anzeichen für sein Ende.

Obamas neue Strategie

Obamas neue Strategie basiert auf einer bestimmten Einschätzung der Situation und der politischen Ziele. Weil die Gesellschaft und die Zukunft, die die Taliban anstreben, so reaktionär sind und weil die Afghan/innen schon so bittere Erfahrungen mit ihrer Herrschaft gemacht haben, haben die USA Grund zur Hoffnung, dass die Taliban es nicht schaffen werden, das Volk insgesamt zu mobilisieren und sich darauf zu stützen, und dass ihr politischer und ideologischer Einfluss und militärischer Erfolg gesellschaftlich und geografisch begrenzt sein werden. Unter dieser Voraussetzung besteht Obamas Plan für die USA darin, genügend militärischen Druck auszuüben, um die einfachen Afghan/innen davon zu überzeugen, dass es unmöglich ist, die Besatzer zu besiegen. Das bedeutet, die Anzahl der "Stiefel" und brutalen Macht der USA in Afghanistan zu vervielfachen, nicht unbedingt die Taliban im engeren militärischen Sinn zu besiegen und ihre Streitkräfte auszulöschen - was die USA und ihre Verbündeten ja erfolglos versucht haben, sondern genügend militärische Stärke einzusetzen, damit die einfachen Afghan/innen die Taliban nicht als mögliche Alternative sehen können.

Die von Obama geforderte Änderung der Militärstrategie dient, soweit es eine Änderung gab, diesen Zielen. Der neue Plan legt umso mehr Nachdruck auf die Kampftruppen und verringert die früheren Pläne zur "Gewinnung der Herzen und Hirne", die bisher für die USA keine Ergebnisse zeigten. Obama schwebt vor, die Versuche zur Ausrottung der Taliban durch den Einsatz von weit vordringenden Besatzungstruppen zur Zerstörung ihrer Rückzugsgebiete zu beenden, und stattdessen sich auf das "Räumen und Halten" von Städten und anderer strategischer Gebiete zu konzentrieren. Es geht darum, klarzustellen, dass sogar

wenn die USA die Taliban nicht wirklich auslöschen können, die USA ihnen jede Perspektive nehmen, im ganzen Land die Macht zu übernehmen. Diese Perspektive ist der Hauptgrund für die wachsende Stärke der Taliban und für die Fehlschläge des Westens, einige Taliban-Führer in Verhandlungen auf ihre Seite zu ziehen.

Worüber Obama wenig geredet hat, was aber hohe Beamte seiner Regierung offen mit den us-amerikanischen Medien diskutieren, ist die Frage, wie die USA mit der Tatsache umgehen wollen, dass der Krieg in Afghanistan nach Pakistan übergeschwappt ist - und der Krieg auch dort ausgedehnt und verstärkt wird. Eine von Obamas ersten Maßnahmen im Jänner (2009) war es, die Drohnen-Angriffe in Pakistan unter offener und unverhüllter Verletzung internationalen Rechts und pakistanischer Souveränität auszuweiten, was klar macht, in welchem Ausmaß das pakistanische Regime - eines der vom eigenen Volk weltweit am meisten verhassten Regimes - von den USA abhängig ist. Jetzt werden nicht nur Drohnen-Angriffe, sondern auch Angriffe geheimer Kommandos verstärkt. "Der Präsident hat eine Verstärkung der Kampagne gegen Al-Qaida und ihre gewalttätigen Verbündeten in Pakistan bewilligt", erklärte der "New York Times" ein Beamter am 3. Dezember. Das bedeutet "mehr Menschen, mehr Orte und mehr Operationen" - mehr us-amerikanische Streitkräfte und Operationen in weiteren Gebieten Pakistans.

Noch schlimmer, die Obama-Regierung hat die pakistanischen Streitkräfte gezwungen, zwei massive Kriegszüge gegen die pakistanischen Taliban im Swat-Tal und in Süd-Waziristan durchzuführen, bei denen viele Zivilist/innen getötet und verletzt und ungefähr eine Million Menschen bei eisiger Kälte aus ihren Häusern vertrieben wurden. Viele von ihnen leben bei immer schlechterem Wetter in Lagern oder im Freien. Obamas Plan verspricht noch viel mehr

solche Sachen, einschließlich einer möglichen Ausdehnung der pakistanischen Offensive nach Belutschistan.

Seit Pakistan zuerst unter britischer und dann unter us-amerikanischer Fuchtel als islamischer Staat geschaffen und zusammengebastelt wurde, ist das Zögern der herrschenden Klasse in Pakistan durchaus verständlich, sich in einen Bürgerkrieg gegen islamische Fundamentalisten einzulassen, weil die Furcht, damit den Zerfall des Landes zu riskieren, durchaus berechtigt ist.

Doch, wenn sie die drohenden Schwierigkeiten und Gefahren für die USA überlegen, argumentiert Obama auch in dieser Frage: "Der jetzige Zustand ist unhaltbar", sowohl in Pakistan als auch in Afghanistan, und die USA stürzen sich kopfüber in ein waghalsiges Spiel. Die Zukunft der Region mag für die USA mit Obamas Plan vielleicht unsicher sein, aber in seinen Augen ist eine Niederlage nur allzu sicher, wenn die USA ihren militärischen Druck nicht vervielfachen, um eine Änderung des Gleichgewichts und der politischen Situation zu erreichen.

Diese Situation bietet aber einige sehr günstige Möglichkeiten für die USA: Sie können sich in diesem ungerechten Krieg nichts besseres vorstellen als dass die Afghan/innen sich gezwungen sehen, sich zwischen Obama und Bin Laden zu entscheiden – auf der einen Seite der Führer eines Weltreichs, das alle Aussichten auf eine angenehme Zukunft für so viele Menschen in so vielen Ländern verbaut hat, und auf der anderen Seite das führende Symbol des islamischen fundamentalistischen Dihad. Hier gibt es einen grundlegenden Unterschied zwischen dem Krieg in Afghanistan, wie er sich aktuell entwickelt, und dem Vietnam-Krieg. Dort kämpften die Vietnames/innen auf revolutionärer Grundlage. Das gab dem Widerstand seine Stärke. Die religiösen Fundamentalisten, die die traditionellen und neue Formen der Ausbeutung und Unterdrückung vertreten, kön-

nen vielleicht Unterstützung gewinnen, aber sie können nie den Kampfgeist und Opfermut, die Initiative und Kreativität des Volkes mobilisieren und sich darauf stützen. Bei allen ungeschickten Versuchen Obamas zu erklären, warum sein Krieg nicht wie der in Vietnam ist, konnte er genau das nicht sagen. Und er konnte auch einen anderen Unterschied nicht hervorstreichen: Die Völker der ganzen Welt erhoben sich, um den vietnamesischen Volkskrieg zu unterstützen, identifizierten sich mit diesem und betrachteten die Vietnames/innen als ihre Brüder und Schwestern in einem gemeinsamen Kampf gegen die imperialistische Weltordnung.

Es ist beachtlich, dass Obama in seiner Rede am 1. Dezember viel weniger Betonung als sein Vorgänger im Weißen Haus auf Floskeln wie Befreiung der Frauen und Errichtung der Demokratie legte, alles Behauptungen, die durch die Besetzung gründlich diskreditiert wurden und nur als Beweis dagegen angeführt werden könnten. Stattdessen richtete er seinen Appell mit vermeintlich pragmatischen Worten direkt an das Volk der USA: "Wenn ich nicht glauben würde, dass die Sicherheit der USA und die Sicherheit des amerikanischen Volks in Afghanistan auf dem Spiel stehen, würde ich gerne den Auftrag erteilen, jeden einzelnen unserer Soldaten morgen nach Hause zu bringen."

Die Lüge – die ungeheuerliche Lüge – besteht darin, dass zu verhüllen versucht wird, was die USA selbst gemacht haben, um die islamischen Fundamentalisten, insbesondere in Afghanistan, aufzupäppeln. Das geht zurück auf die Zeit, als Obamas Verteidigungsminister Gates die Nummer zwei im CIA war, als er mithilfe eines islamischen heiligen Krieg gegen den Rivalen der USA zu finanzieren und organisieren, gegen die Sowjetunion, die das gleiche in Afghanistan machte, was die USA jetzt dort machen. Sogar der Aufstieg der Taliban zur Macht wurde von den USA gefördert, und zwar über Intervention des

pakistanischen Geheimdienstes, der eng mit dem CIA zusammenarbeitet. Paradoxerweise schaffen jetzt die Besetzung durch die USA und all die üblen Sachen, die damit zusammenhängen, günstige Bedingungen für das Aufblühen des islamischen Fundamentalismus. Die Auswirkungen reichen weit über Afghanistan hinaus.

Obama erwähnte auch den Beginn des Abzugs der USA-Streitkräfte mit Juli 2011, also in den letzten 6 Monaten seiner Amtszeit. Das war sowohl eine Reaktion auf die Furcht der herrschenden Klasse vor einem "weiteren Vietnam", einem Krieg, der lange nachdem er sich als nicht gewinnbar erwiesen hat, weitergeführt wird, als auch ein Versuch die Opposition im us-amerikanischen Volk zum Schweigen zu bringen. Aber innerhalb weniger Tage verkündeten zwei hohe Beamte seines Kabinetts, Außenministerin Hillary Clinton und Verteidigungsminister Gates, dass sie das nicht als klare "Frist" sehen. Gates sagte, er plane nur "eine Handvoll oder kleine Zahl" zu diesem Termin abzuziehen und eine neuerliche Einschätzung abzuwarten. Beide bestätigten, dass sie schon jetzt voraussehen, dass der gegenwärtige Krieg noch viele Jahre weitergehen werde.

Obamas neue Strategie bedeutet eine unverblümete Verstärkung der Besetzung und eine erhöhte Bedeutung der militärischen Kräfte. Egal ob das funktioniert oder nicht, wird das voraussichtlich zu weiteren Tausenden Toten und noch mehr Elend für das afghanische Volk führen. Die wahre Natur der reaktionären Besetzung ist eine Quelle von Krieg und Instabilität in der Region und wird dazu führen, dass das Volk weiter leidet und kämpft. Es ist einer der Hauptfaktoren für eine Änderung der Situation, ob es revolutionären Kräften gelingt, das Volk mit dem Ziel der Vertreibung der Imperialisten als Teil des Kampfes für eine neue Welt zu organisieren, die frei von jeder Ausbeutung und Unterdrückung sein wird.

Im Jahr 2009 führte die Neue Volksarmee der Philippinen (NPA) 92 taktische Offensiven durch

Bericht von Genosse Oris, Sprecher der National-Demokratischen Front in Süd-Mindanao
Dieser Artikel wurde in der „Ang Bayan“-Ausgabe vom 21.12.2009 veröffentlicht.
www.philippinerevolution.net

Schon während dem ersten Halbjahr 2009 wurde klar, dass der grandiose Feldzug im Rahmen des Organisationsplans Bantay Laya des Arroyo-Regimes ein Fehlschlag war. Der oberste General der Philippinischen Streitkräfte (AFP) Victor Lbrado selbst gab zu, dass sie es nicht schafften, Gloria Arroyos Ziel der Vernichtung der revolutionären Bewegung vor dem Ende ihrer Amtsperiode zu erreichen. Er wusste, dass es nicht so leicht sein würde, die seit vier Jahrzehnten bewaffnete revolutionäre Bewegung unter Führung der Partei (CPP) zu besiegen. Er wusste auch, dass – während das Militär und die Polizei für eine bestimmte Zeit ihre Kräfte auf ein paar festgelegte begrenzte Gebiete konzentrierte – die NPA die volle Initiative in anderen Gebieten ergreifen kann, um taktische Offensiven wie Überfälle, Hinterhalte, Sabotageakte, Scharfschützenangriffe, und Verhaftungsoperationen durchzuführen.

Aufgrund von Teilberichten, hat die NPA von Dezember 2008 bis November 2009 mindestens 92 taktische Offensiven im ganzen Land durchgeführt, wovon die Mehrheit Hinterhalte (49) und Überfälle (20) waren. Diese Zahl wäre viel höher, wenn Verhaftungsoperationen, Strafaktionen und Sabotageoperationen eingeschlossen wären.

Andererseits konnte die NPA bei Gefechten und Abwehrkämpfen die Initiative übernehmen und vom Feind Waffen beschlagnahmen. Die NPA konnte mindestens 213 Feuerwaffen, einschließlich Maschinengewehren wie das FM Minimi und das Leichte Maschinengewehr M60, Granatwerfer M203, Patronengurten

und andere Militärausrüstung wie Funkgeräte und GPS (Globales Positionsbestimmungssystem) beschlagnahmen.

Der Feind hatte Verluste von mindestens 231 Toten und 176 Verwundeten, und neun wurden als Kriegsgefangene festgehalten. Auf der anderen Seite opferten vier Rote Kämpfer/innen heldenhaft ihr Leben in diesen Schlachten.

Im folgenden eine Aufzählung der wichtigsten taktischen Offensiven der NPA von Dezember 2008 bis November 2009:

22. Dezember 2008. Rote Kämpfer/innen der 21. Front in der Region **Nordost Mindanao** (NEMR) eroberten 18 Feuerwaffen in gleichzeitigen Angriffen auf das Polizeihauptquartier in der Stadt Tubay, Angus Sur und die San Roque Metal Inc. (SRMI). Die beschlagnahmten Waffen bestanden aus zehn M16 Gewehren, drei Schrotflinten, drei Revolver vom Kaliber .38, zwei 9mm Pistolen, eine Kaliber .45 Pistole und ein Kaliber .22 Revolver. Die Guerillas erbeuteten auch zwei Funkgeräte. Ein Polizist wurde getötet und ein anderer verwundet, als sie Widerstand leisteten.

Dabei wurden auch sechs schwere Maschinen der SRMI im Wert von Millionen Pesos als Strafe für die Zerstörung der Umwelt und die Lebensgrundlage der Lumads, Arbeiter/innen und Bevölkerung durch die Bergbautätigkeit des Konzerns abgefackelt.

3. Jänner 2009. In **Süd-Tagalog** wurde der Feind überrascht, als Guerillas des Narciso Antazo Aramil Kommandos der NPA-Rizal den Truppen der 418. Mobilgruppe der Provinzpolizei (PPMG) nahe der Landeshaupt-

stadt einen Hinterhalt legten. Ein Polizist wurde getötet und ein weiterer verwundet, als das Patrouillenfahrzeug in Sitio Calumpit, Barangay Macabud, Rodriguez, Rizal mit CDEX-Sprengstoff angegriffen wurde. Die Guerillas gaben einem verletzten Polizisten erste Hilfe bevor er in ein Krankenhaus gebracht wurde. Die Roten Kämpfer/innen beschlagnahmten 12 Feuerwaffen von der Polizei, sechs M16 drei 9mm Pistolen und drei cal.45 Pistolen. Drei Polizisten wurden gefangen genommen und nach 83 Tagen vom Volkserichtshof wieder frei gelassen und von einer Bewachungseinheit der NPA am 27. März Vertretern des Internationalen Roten Kreuzes, Senator Jamby Madrigal und Bischof Gabriel Reyes aus der Diözese Rizal übergeben.



22. Jänner. In **Bicol** erlitt der Feind 16 Verluste (acht Tote und acht Verwundete) bei einem Überfall von Kämpfer/innen des Nerissa San Juan Kommando auf die Philippinische Armee und eine CAFGU-Abteilung (= sog. Regionale Einheit der Zivilen Bewaffneten Kräfte) in Bartangay Poot, Pandan Town, Catundauan.

31. Jänner. Zwanzig Soldaten des 53. Infanteriebataillons (53.IB) wurden bei einem Hinterhalt in Sitio Laknapan, Barangay Gibo, Siason, **Zamboanga del Norte** von der Front Feliciano der NPA in der West-Mindanao Region getötet.

15. Februar. Ein Zug der Scout Rangers, die von vier us-amerikanischen Soldaten begleitet wurden führten gerade "Säuberungsaktionen" durch, als sie von Roten Kämpfer/innen des Celso Minguez Kommandos in Barangay Batang, Irosin town, Sorsogon aus dem Hinterhalt angegriffen wurde. Die Scout Rangers hatten 12 Tote und acht Verwundete, als CDEX zur Explosion gebracht wurde. Die AFP und die us-amerikanischen Truppen waren gerade dabei, sich auf die us-amerikanisch philippinischen Freundschaftstruppenübungen in Bicol vorzubereiten.

1. März. In der **North Central Mindanao Region** (NCOMR), wurden bei einem Hinterhalt der NPA in Sitio Tinopongan, Barangay Sta.Cruz, Quezon town, Bukidnon sechs Soldaten getötet und drei weitere verwundet. Unter den Toten war auch Oberstleutnant Ricardo Naguiat, Kommandant des 29th IB. Die NPA erbeutete vier M16s

19. Mai. Wieder in **Bicol** wurden elf Feuerwaffen (...) von den Roten Kämpfer/innen angeeignet, als sie die in Barangay Lubigan, Jr., Sipocot town, Camarines Sur stationierte Abteilung der 22. IB angriffen. Am Höhepunkt der Schlacht mit Angehörigen der Philippi-

nischen Armee und der CAFGU überrannten sie das Lager.

29. Mai. In **Eastern Visayas** kamen acht weitere Hochleistungs-Feuerwaffen zum Arsenal der NPA in Nord-Samar, als sechs M16, ein M14, ein M203-Grantwerfer und Patronengurten von den Roten Kämpfer/innen des Rodante Urtal Kommando in Barangay Polangi, Catarman town, Nord-Samar von einer Abteilung der AFP erbeutet wurden.

9. August. In der **Süd-Mindanao Region** (SMR), beschlagnahmten Mitglieder der Armando Dumandan Kommando der BHB bei einem fünf Minuten dauernden Überfall auf die Abteilung des 72nd IB in Barangay Napungas, Asuncion, Davao del Norte 15 Gewehre ohne einen einzigen Schuss abzufeuern. Sechs M14, acht Garands, ein M16 und die Funkausrüstung des Patrouillenstützpunkts wurden mitgenommen. Es war leicht, die Abteilung zu übernehmen, als ein Hauptmann der Philippinischen Armee, der auch Kommandant der Abteilung in einem Nachbardorf ist, bei einem Kontrollpunkt der Roten Kämpfer/innen gefangen genommen wurde. Kein Soldat oder Paramilitär wurde verletzt, weil sie keinen Widerstand leisteten. Der Hauptmann wurde nach wenigen Wochen wieder freigelassen.

30. August. In **Eastern Visayas** wurden zehn automatische Gewehre – vier M14, vier M16 und zwei Karabiner – von Roten Kämpfer/innen des Arnulfo Ortiz Kommando übernommen, als sie eine Abteilung der CAFGU in Sitio Cambabang, Barangay Cogon, Basey town, Samar angriffen.

2. November. Ebenfalls in der **Süd-Mindanao Region** (SMR) konnten Rote Kämpfer/innen trotz spöttischer Bemerkungen des Feindes mit einer List in den Patrouillenstützpunkt des 72. IB in Sitio New Ka-

patagan, Barangay Casoon, Monkayo, Compostela Valley eindringen. Die NPA Guerrillas konnten in die Nähe der Abteilung gelangen, weil sie Uniformen der Special Forces trugen. Als der Feind bemerkte, dass er von der 4. Pulang Bagani Kompanie des Merardo Arce Kommando der NPA ausgetrickst wurde, war es zu spät. Der Kommandant der Abteilung Korporal Dominador Alegre wurde rasch festgenommen und die CAFGU-Soldaten entwaffnet. Die NPA übernahm 18 Feuerwaffen, d.h.10 Garands, fünf Karabiner, zwei M16 und ein M14. Auch ein Funkgerät, Munition und Uniformen wurden beschlagnahmt. Korporal Alegre wurde gefangen genommen und nach wenigen Wochen wieder frei gelassen.

11. November. Volksarmee-Guerillas in der **Nordost-Mindanao Region** (NEMR) erbeuteten bei einem Überfall auf das Gelände der Surigao Development Corporation (SUDECOR) 18 Feuerwaffen und entwaffneten die Mitglieder der Special Civilian Armed Auxiliary (SCAA), die das große Holzfäller-Unternehmen bewachten. Militär, Polizei und Paramilitär-Einheiten eilten zu Hilfe, wurden aber von der NPA auf dem Weg zu SUDECOR aus einem Hinterhalt angegriffen. Insgesamt wurden bei diesem Feuergefecht 20 Feinde getötet und fünf verwundet.

Taktische Offensiven im Dezember 2009

Bei einem Feuergefecht im Dezember wurden 14 Soldaten, darunter auch ein Offizier, getötet und mindestens 15 verletzt. Die Neue Volksarmee (NPA) erbeutete auch 17 Waffen und andere Militärausrüstung.

Dreizehn Feuerwaffen, darunter vier starke Gewehre wurden von den Roten Kämpfer/innen ohne einen einzigen Schuss abzufeuern bei einem Überfall auf die Station der Philippinischen Nationalpolizei

in San Narciso, **Quezon** am 20. Dezember erbeutet. Die Polizei fiel darauf rein, als sich NPA Guerrillas als Soldaten der Philippinischen Armee verkleideten. Die AFP hatte San Narciso gerade für "NPA-frei" erklärt.

In **Davao Oriental**, wurden zwei Mitglieder der Citizen Armed Force Geographical Unit (CAFGU) getötet und drei andere verwundet, als sie am 18. Dezember von Roten Kämpfer/innen der 15. Front in Barangay Sibajay, Boston angegriffen wurden. Die Militärkräfte waren gerade beim Mittagessen, als sie von Guerillas, die in zwei Müllabfuhrfahrzeugen daherkamen, angegriffen wurden.

In **Bicol** wurden am 14. Dezember der Vizeleutnant Michael Angelo Quibuyen, Kommandant der Abteilung in Casay der 49th IB der Philippinischen Armee und ein weiterer Soldat

bei einem Zusammenstoß mit dem Celso Minguez Kommando in Barangay Tigkiw, Gubat, Sorsogon getötet. Die NPA-Einheit führte gerade ein Umgehungsmanöver durch, um einer großen Militäroperation zu entgehen, als sie mit den Faschistentruppen zusammenstieß. Weil es den Militärs so peinlich war, bedeckten sie ihre Gefallenen mit Planen und verbreiteten, es wären Rote Kämpfer/innen. Trotzdem kamen die Leute aus dem Dorf drauf, wer die Getöteten waren.

In **Samar** wurden zwei Angehörige der Philippinischen Armee getötet, als sie am 10. Dezember auf Rote Kämpfer/innen der NPA in Barangay Binangaran, Calbiga stießen.

Am selben Tag wurde ein Funker des 82. IB Alpha Coy getötet, als seine Militäreinheit versuchte, einen NPA-Zug des Napole-

on Tumagtang Kommando der NPA in Sitio Bayong, Barangay Manampunay, Leon, **Iloilo** anzugreifen.

Nach den neuesten Meldungen vom Kampffeld wurden nicht drei, sondern sieben Soldaten getötet, als Rote Kämpfer/innen des Conrado Heredia Kommando der NPA am 3. Dezember Angehörigen des 25. IB Alpha Coy in Sitio Paraiso, Diwalwal, Monkayo, Compostela Valley einen Hinterhalt legten. In einer Stellungnahme berichtete der Sprecher des Kommando Genosse Roel Agustin II noch einmal von der Erbeutung eines Leichten Maschinengewehrs FM Minimi und zweier M16, einer Pistole Kaliber .45 und weiterer Militärausrüstung. Mindestens 12 Soldaten wurden verwundet. Ang Bayan hatte zuvor berichtet, dass vier Militäranghörige verletzt worden seien.

Der Schrecken in Haiti und was er mit dem Imperialismus zu tun hat

Einige Wahrheiten, über die selten gesprochen wird¹

Menschen in aller Welt schauen gebannt und voller Entsetzen auf Haiti, nachdem wichtige Teile dieses karibischen Inselstaates durch ein verheerendes Erdbeben verwüstet worden sind. Im Fernsehen sind Bilder zu sehen, die kaum erträglich sind. Das Leben von Millionen von Menschen, das schon vor dem Erdbeben von andauerndem Schrecken und täglichen Katastrophen, von bitterster Armut, Leid und Unterdrückung geprägt gewesen ist, hat sich in einen schieren Alb-

traum verwandelt. Offizielle Berichte sprechen schon jetzt von rund 150.000 Toten, während noch Hunderttausende unter den Trümmern vermutet werden und es schon absehbar ist, dass in der kommenden Zeit noch unzählige weitere Menschen an Hunger, an Krankheiten und Verletzungen, die eigentlich relativ leicht auszukurieren wären, usw. sterben werden. Viele weitere werden noch lange unter dem Verlust von Angehörigen, körperlichen Gebrechen und Trauma-

tisierungen zu leiden haben. Die Menschen in Haiti werden unter den bitteren Folgen des Erbebens noch viele Jahre lang leiden müssen.

Bei dem Erdbeben in Haiti hat es sich um eine Naturkatastrophe gehandelt. Doch war die Situation, die zu derart großen Opfern geführt hat, alles andere als naturgegeben. Tausende und aber Tausende von Menschen, die hätten gerettet werden können, sind unnötigerweise gestorben, weil die reichen und mächtigen Länder,

¹ Dieser Artikel basiert großteils auf den Artikeln des Informationsdienstes „A World to Win News Service“ vom 18. Januar (www.aworldtowin.org) sowie auf denen aus der Zeitung „Revolution“, Organ der Revolutionären Kommunistischen Partei, USA (www.revcom.us) zum Thema

die in der Tat über die Ressourcen verfügen, um Leute zu retten, in den ersten Tagen nach dem Erdbeben diese erforderliche Hilfe nicht zur Verfügung gestellt haben. Dass so viele Menschen in Haiti, die nicht hätten sterben müssen, doch gestorben sind, hat sehr viel mit der Armut des Landes zu tun. In den etablierten Medien wird wohl über die Armut Haitis berichtet. Doch erfährt man kaum etwas darüber, warum das Land so arm ist...

Warum ist Haiti so arm?

Um zu verstehen, warum Haiti so arm ist, wie es ist, ist es notwendig, etwas von der Geschichte dieses Landes und auch seiner heutigen Rolle innerhalb des herrschenden kapitalistischen-imperialistischen Weltsystems zu verstehen. Lange bevor „Mutter Natur“ beim jüngsten Erdbeben in Haiti Gebäude eingerissen und zahlreiche Menschenleben vernichtet hat, hatten der kapitalistische Weltmarkt und die imperialistischen Mächte, die von diesem System profitieren, das Land schon ökonomisch und sozial zerstört.

Im 18. Jahrhundert hatte Frankreich die einheimische Bevölkerung des heutigen Haitis ausgerottet und ein grausames Sklaverei-System errichtet, bei dem die aus Afrika verschleppten Sklaven so schufteten mussten, dass nicht wenige von ihnen an Überarbeitung starben. Das Blut der Sklaven floss buchstäblich in den weltweiten Kaffee- und Zuckermarkt und machte Haiti zur profitabelsten Kolonie der Welt. Wenige Menschen hierzulande wissen, dass Haiti das

Land war, in dem die erste und einzig erfolgreiche Sklavenrebellion der Neuzeit stattfand. Sie begann 1791 unter Führung von Toussaint d'Ouverture, und in den folgenden 13 Jahren wurden nacheinander Haitis Sklavenhalter, die Armeen Spaniens und Großbritanniens (die Haiti ihrerseits erbeuten wollten) und dann die Armee Napoleons besiegt.² Doch kann die von ehemaligen Sklaven 1804 errichtete haitianische Republik kaum jemals als ein von den Kolonialmächten unabhängiges Land bezeichnet werden. Frankreich verhängte umgehend ein Embargo gegen die Inselrepublik - mit verheerenden Folgen. Das Embargo wurde 1825 aufgehoben, doch die Haitianer mussten dafür das Zugeständnis machen, die ehemaligen französischen Plantagenbesitzer für deren verlorenes „Eigentum“ (sprich: für ihre Sklaven!) zu „entschädigen“. Diese „Schuldzahlungen“ betrugen rund 150 Millionen französische Francs - was in etwa dem damaligen jährlichen Staatshaushalt von Frankreich entsprach. Haiti war in einem Netz von Schulden und tiefer Armut gefangen. Ende des 19. Jahrhunderts fraßen die Schuldzahlungen 80% des haitianischen Staatshaushaltes auf!

Im 20. Jahrhundert übernahmen die USA die Rolle als vorherrschende Macht in ihrem „Hinterhof“. 1915 marschieren sie in Haiti ein und besetzten das Land. US-Marines liefen geradewegs in die Nationalbank von Haiti und brachten die dortigen Goldreserven in die Citibank nach New York. Haitis Verfassung wurde umgeschrieben, um ausländisches

Eigentum an haitianischem Vermögen zu ermöglichen; Kleinbauern wurde ihr Land weggenommen, um große Plantagen zu errichten.³ Die haitianische Ökonomie wurde so umstrukturiert, dass fortan 40% vom Bruttoinlandsprodukt des Landes US-amerikanischen Banken zufließen.⁴ Die US-Besatzung dauerte bis 1934 an. In dieser Zeit schufen die USA die haitianische Nationalarmee, die zur wichtigsten Säule im ökonomischen, politischen und sozialen Leben des Landes und zur Hauptstütze der US-amerikanischen Vorherrschaft werden sollte. Das haitianische Volk leistete entschlossenen Widerstand gegen die Besatzung, gegen die Plantagenbesitzer und ein feudales System, das die Nachfahren der Sklaven abermals unterjochte. Doch das US-Militär unterdrückte den Kampf der Massen rücksichtslos, ermordete ihre Führer, brannte Dörfer nieder und tötete 15.000 - 30.000 Haitianer.⁵

1957 kam durch manipulierte Wahlen Francois Duvalier („Papa Doc“) an die Macht, der mit seinen Tontons Macoutes genannten Banden die Massen grausam unterdrückte. Duvaliers Terror fielen rund 50.000 Menschen zum Opfer. Nach seinem Tod 1971 übernahm sein Sohn Jean-Claude („Baby Doc“) das Steuer. Seine Herrschaft ist eng mit dem „Amerikanischen Plan“ verbunden, der explizit darauf zielte, die bäuerliche Landwirtschaft durch billigere US-Importe zu untergraben, wodurch Hunderttausende Bauern in die Städte und Elendsviertel getrieben wurden, wo viele von ihnen in US-amerikani-

² Ein inspirierendes Beispiel für Internationalismus stellt die Tatsache dar, dass damals viele europäische Soldaten - darunter ein ganzes Bataillon aus Polen - desertierten und auf die Seite der haitianischen Revolution überliefen, als ihnen klar geworden war, dass sie für die Wiederherstellung der Sklaverei kämpfen sollten! (Vgl. Peter Hallward, *Damning the Flood: Haiti, Aristide, and the Politics of Containment*, London: Verso 2007, S. 350, Fn. 45)

³ Vgl. ebenda, S. 14.

⁴ Vgl. „The U.S. in Haiti: A Century of Domination and Misery“, in: *Revolution*, Nr. 189, 17. January 2010 (zugänglich über www.revcom.us).

⁵ Alex Dupuy, *Prophet and Power*, S. 39 (zit. In: Hallward, a.a.O., S. 15)

schen Betrieben Beschäftigung fanden, um für 11 Cent in der Stunde Schlafanzüge und T-Shirts herzustellen.⁶

In einer machtvollen Erhebung in den Jahren 1985-86 (dehousing) wurde Duvalier gestürzt und ins französische Exil getrieben. Es folgten Jahre extremer politischer Instabilität. Die haitianischen Kapitalisten und ihre imperialistischen Förderer hofften, durch eine parlamentarische Herrschaftsform die Volksmassen befrieden und die politische Situation beruhigen zu können. Dadurch sollte der schon vorher begonnene Prozess der direkteren Integration Haitis in den Weltmarkt erheblich forciert werden.

Der IWF und die Weltbank entwarfen ein Liberalisierungsprogramm für Haiti, bei dem staatliche Unternehmen privatisiert und die einheimischen Märkte noch weiter für ausländische Investitionen geöffnet werden sollten. Große internationale Agrarunternehmen verdrängten die einheimische, kleinbäuerlich geprägte Landwirtschaft. Die USA exportierten große Mengen Reis nach Haiti - mit ruinösen Folgen für die dortigen Reisbauern. Alle Elemente der haitianischen Wirtschaft, die eine Basis für eine eigenständige Entwicklung hätten sein können, wurden - wie in anderen Ländern auch - zerstört und das Land noch abhängiger von den Bedürfnissen und Handlungen des imperialistischen Wirtschaftssystems gemacht. Selbst in den letzten paar Jahren, als Haitis Ökonomie ein beachtliches Wachstum zu verzeichnen hatte, haben sich die Lebensbedingungen der breiten Massen noch weiter verschlechtert.

1991 hatte ein populärer Priester namens Jean-Bertrand Aristide, der selber während des Aufstandes in den 80er Jahren hervorgetreten war, die Regierung übernommen. Obwohl er über keinen Plan verfügte, um das Land aus der imperi-

alistischen Vorherrschaft herauszulösen, unterwarf er sich dennoch der US-amerikanischen Vorherrschaft und den einheimischen herrschenden Klassen nicht vollständig und wurde noch im September des gleichen Jahres von Kräften des Militärs in Kooperation mit der CIA gestürzt. Tausende Unterstützer Aristides wurden ermordet, zahllose weitere tauchten unter oder flohen aus dem Land.

Doch führte das nicht dazu, den Widerstand der Massen zu brechen und eine „stabile Umgebung“ für die USA herzustellen. Also setzten die USA 1994 Aristide wieder ins Amt ein - unter der Voraussetzung, dass er von jeglichem Widerstand gegen die Pläne der USA und gegen die einheimischen Eliten Abstand nimmt.⁷ Aristide hielt sich im Großen und Ganzen an den Deal, doch versuchte er gleichzeitig, Zugeständnisse durchzusetzen, wo immer ihm das möglich erschien. Also fand nach monatelanger politischer und militärischer Vorbereitung unter direkter Beteiligung der USA am 29. Februar 2004 ein weiterer Putsch statt, bei dem Aristide vom US-Militär buchstäblich entführt und in die Zentralafrikanische Republik verbracht worden ist. Im Juni wurden die US-Truppen dann durch UN-Einheiten ersetzt, die auch von Menschenrechtsorganisationen für schwere Verbrechen verantwortlich gemacht werden. Aristides politische Partei ist bis zum heutigen Tage in Haiti verboten.

Warum mussten schließlich so viele Menschen bei dem Erdbeben sterben?

Diese Entwicklungen haben das haitianische Volk bitter verarmen lassen. Mehr als die Hälfte der Bevölkerung lebt von weniger als 1 US-\$ pro Tag. Mehr als 80% der Bevölkerung erhält nicht die von der Welt-

ernährungsorganisation definierte tägliche Mindestmenge an Nahrung. Weniger als 45% verfügen über Zugang zu sauberem Trinkwasser. Die durchschnittliche Lebenserwartung beträgt nur 53 Jahre.

Im Jahre 1950 lebten nur 50.000 Menschen in Port-au-Prince. Doch als das Erdbeben die Hauptstadt verwüstete, waren es mehr als 2 Millionen. Zehntausende, deren Eltern und Großeltern vom Land in die Stadt getrieben worden waren, starben in Slums, wo schlecht und billig gebaute Wohnhäuser, Schulen und andere Gebäude wie Kartenhäuser zusammenbrachen.

Bill Quigley vom Center for Constitutional Rights hat gesagt: „Wir [die USA] haben das Land [Haiti] in Abhängigkeit gehalten. Wir haben das Land militarisiert gehalten. Und wir haben das Land in Armut gehalten. Wir haben da unseren überschüssigen Reis hineingepumpt, unseren landwirtschaftlichen Überschuss und ähnliches, und dadurch haben wir die Existenz der Kleinbauern unterhöhlt, die das Rückgrat gebildet hatten... Wir haben nicht das Erdbeben erzeugt, aber wir haben zu den Umständen beigetragen, die das Erdbeben so zerstörerisch haben werden lassen.“ (Democracy Now!, 14. Januar 2010)

Es sind die extrem verarmten Verhältnisse in Haiti, darunter auch die fehlende Infrastruktur, die die Folgen des Erdbebens so schlimm haben werden lassen. Und diese Verhältnisse sind ihrerseits ein Ergebnis der langen (neo-)kolonialen Abhängigkeit des Landes.

Menschen zu retten ist nicht die oberste Priorität der Imperialisten

Als das Erdbeben am 12. Januar Haiti heimgesucht hat, war es nicht die oberste Priorität der Imperialisten, so schnell wie

⁶ Vgl. Hallward, a.a.O., S. 5

⁷ Vgl. ebenda, S. 48-49. Hallward schreibt: „Die Vereinbarung billigte Cedras [dem General, der den Putsch angeführt hatte] beinahe alles zu, wenn er versprach, die demokratische Regierung wiederherzustellen.“ (Unsere Übersetzung, MLMK)

möglich so viele Menschen wie möglich zu retten. Gewiss, diverse Politiker erschienen an den Fernsehbildschirmen und brachten mit gedrückter Stimme ihr „Entsetzen“ über das zum Ausdruck, was sich in Haiti ereignete. Doch praktisch gesehen geschah tagelang erstmal ziemlich wenig von Seiten der imperialistischen Regierungen. Die US-Regierung schickte zuerst einmal nicht Sanitätsmannschaften, Baubrigaden oder Einheiten der Nationalgarde, die für Katastropheneinsätze speziell ausgebildet und ausgerüstet sind, sondern die US-Marines und die 82. Luftlanddivision.⁸ US-Verteidigungsminister Gates sprach offen davon, dass der „Sicherheit“ in Port-au-Prince und anderswo die oberste Sorge der USA gelte. Das amerikanische Militär war in der Lage, täglich 200 Flüge zu organisieren, doch die meisten von ihnen transportierten Soldaten und militärische Ausrüstung - zur großen Enttäuschung zahlreicher Hilfsmannschaften. Professionelle Rettungsmannschaften mussten tagelang wertvolle Zeit mit Kartenspielen in der benachbarten Dominikanischen Republik totschlagen. Das Welternährungsprogramm der UNO (WFP) berichtete, dass ihre Lufttransporte mit Nahrung, Medizin und Wasser drei Tage lang nicht landen konnten, weil die USA die Priorität auf den Transport der eigenen Truppen ins Land und die Evakuierung von US-Bürgern und anderen Ausländern setzte. Ein Mitarbeiter des WFP vor Ort sagte: „Ihre Priorität liegt auf der Sicherung des Landes. Unsere ist es, Menschen zu ernähren. Diese Prioritäten müssen wir in Übereinstimmung miteinander bringen.“ (New York Times, 18. Januar) Doch diese Prioritäten können nicht miteinander „in Überein-

stimmung“ gebracht werden. Entweder hat das eine Priorität oder das andere. Selbst jetzt, wo mehr Hilfstransporte in Haiti ankommen, findet sich immer noch die paradoxe Situation vor, dass örtlich palettenweise Wasser gelagert wird, während wenige Kilometer entfernt Menschen verdursten. Wie immer, wenn eine etablierte Ordnung im Zusammenbruch begriffen ist, treten diejenigen hervor, die das „Recht des Stärkeren“ durchsetzen wollen. Frauen sind oft die ersten Opfer eines solchen Vorgehens. Solchen Taten ist entschlossen entgegenzutreten! Doch gibt es verschiedene Berichte, wonach die Massen selbst derzeit in Haiti sich zusammenschließen, um solches Verhalten zu unterbinden. Was die Frage des „Plünderungen“ angeht, so ist zu fragen: Was ist so schlimm daran, wenn junge Menschen aus eingestürzten Geschäften und Warenhäusern Getränkeflaschen holen, wenn doch draußen die Menschen buchstäblich verdursten? Wenn die Imperialisten von „Sicherheit“ für Haiti reden, dann geht es dabei nicht in erster Linie um die Sicherheit der Massen dort. Es geht auch nicht in erster Linie um die Sicherheit von Mitarbeitern von Hilfsorganisationen. In Interviews sagen solche Helfer, dass wenn es ihnen zunächst um die eigene Sicherheit ginge, sie gar nicht erst in Haiti wären. Uns sind auch keinerlei Berichte über Angriffe auf solche Leute bekannt. CNN zufolge wurden US-Truppen instruiert, dass ihr Selbstschutz ganz oben steht. Anders ausgedrückt bedeutet das - wie in Afghanistan oder im Irak - dass auch das Töten von Zivilisten demnach legitim sein kann, wenn man nur meint, von ihnen ginge eine Gefahr aus!

Der Imperialismus hält keine Lösung für die Volksmassen Haitis bereit

Es sieht so aus, dass Organisationen aus dem Ausland nunmehr in der Lage sind, den betroffenen Menschen in Haiti endlich einiges von der Hilfe zukommen zu lassen, auf die sie schon zu lange gewartet haben. Doch ist auch klar, dass diese Hilfe aus Sicht der Imperialisten ihrem unmittelbaren politischen Ziel untergeordnet ist - nämlich nicht nur „Ordnung“ und „Stabilität“ im Abstrakten wiederherzustellen, sondern vor allem die Kontrolle der Imperialisten (allen voran der USA) über ihre Neokolonie Haiti zu bewahren. Vermehrt sind auch Stimmen imperialistischer Politiker zu vernehmen, die davon reden, Haiti brauche „langfristig“ eine „Perspektive“, das Land brauche „Stabilität“ und „Entwicklung“. Doch geht es ihnen dabei in Wirklichkeit nie um eine wirklich eigenständige Entwicklung, sondern vielmehr um die Fortsetzung einer Politik, die Nationen wie Haiti nur noch abhängiger von den Interessen eines globalen kapitalistischen Systems gemacht hat. Es geht ihnen darum, die brutale und schreckliche Verarmung des haitianischen Volkes auszunutzen, um aus ihm noch höhere Profite herauszuschlagen. Die einzig wirkliche Perspektive für eine soziale Befreiung der Volksmassen Haitis und ein Herausbrechen aus dem Griff des imperialistischen Weltsystems liegt in einer neudemokratischen Revolution, als erstem Schritt hin zum Sozialismus und schließlich einer klassenlosen, kommunistischen Gesellschaft auf der ganzen Welt. Gewiss ist der Weg dahin noch sehr weit, doch ist er unendlich viel realistischer als alle Illusionen einer vom Imperialismus geförderte „Stabilität“ und „Entwicklung“.

⁸ Hierbei handelt es sich um eine Einheit, die schon in Vietnam, 1965 in der Dominikanischen Republik, 1984 in Grenada, 1994 in Haiti und später in Afghanistan einmarschiert ist. Außerdem wurde sie eingesetzt, um 1967 die schwarze Rebellion in Detroit zu unterdrücken und nach dem Hurrikan „Katrina“ 2005 die „Ordnung“ in New Orleans wiederherzustellen.

Staatsreformismus und seine grüne Verwandlung im Iran

Vorwort

Aufbruch, Massenerhebungen und soziale Bewegungen in Ländern, die sich unter der Herrschaft des Imperialismus befinden, haben (einmal abgesehen von ihrem konkreten Inhalt) die Fähigkeit, in die Massen am Boden von Despotie und Repression die Saat der Leidenschaft und des Kampfeswillenseinzupflanzen, sodass sie zu Knospen, Blüten und Früchten des Widerstands und der Standhaftigkeit gegen Unterdrückung und Ausbeutung werden können. Wir sehen zugleich, wie alles überflutende Wellen des Protestes, die unter dem Druck der objektiven Widersprüche ausbrechen, nach einer gewissen Zeit der Auseinandersetzung mit dem Unterdrückungsapparat der Herrschenden flacher und flacher werden, ihre Energie verlieren, abflauen und am Strand versanden. Möglicherweise werden die Bewegungen auch innerhalb der Fraktionskämpfe der Herrschenden gefangen und darin zermahlen, oder aber es gelingt den Mächtigen, ihnen eine neokoloniale Alternative aufzuzwingen, sodass sie durch das System aufgesaugt werden. Obwohl diese Bewegungen historisch notwendig und jedenfalls gerecht sind, bleiben sie wegen des Mangels an revolutionärer Führung fast immer an der Oberfläche kleben und sind nicht imstande, mit den hauptsächlichen Kräften, die an der Produktion beteiligt und

die eigentlichen Antriebskräfte des Klassenkampfes sind, in Verbindung zu treten und so die gesamte Gesellschaft in Bewegung zu bringen.

Bei den Ereignissen, die vor und nach den sogenannten Wahlen zur Präsidentschaft am 12. Juni 2009 im Iran stattgefunden haben, und die die politische Geburt der sogenannten Grünen Bewegung waren, hat sich diese Grüne Bewegung den wirklichen Kampf für Freiheit und Gerechtigkeit einverleibt, sich ihm aufgezwungen. Diese Entwicklung ist ein klares Beispiel für oben genannte Prozesse.

Nach unserer Meinung steht die Grüne Bewegung auf ganzer Linie im Widerspruch zu den Interessen der werktätigen Massen und schützt die Interessen der kapitalistischen Klassen und deren Statthalter. Sie ist eine Art Komödie des sogenannten Staatsreformismus, dessen Tragödie wir während der achtjährigen Regierung von Khatami erlebten, auch wenn sie Teile der Bevölkerung mit der Illusion in die Möglichkeit der Reformierbarkeit des islamischen Regimes hinter sich sammeln konnte. Das Programm und die Führung der Grünen Bewegung entbehrt - angesichts ihrer Klassenherkunft und ihres Daseins - jeglicher demokratischer Befreiungselemente im Sinne des Kampfes gegen Ausbeutung und Unterdrückung. Die Planer und Organisatoren dieser Bewegung sind selbst ein

organischer Teil des islamischen Regimes. Die Führung der Islamischen Republik Iran hat sich, um den Wahlen Glanz zu verleihen, alle in ihrer Macht stehenden Möglichkeiten, sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene, zunutze gemacht. Das Ziel war, das kämpferische Potenzial der Massen für die Stabilisierung des Regimes insgesamt und dessen Legitimierung, auf nationaler und internationaler Ebene, zu kanalisieren. Die Grüne Bewegung, die rund um die Wahl zur Präsidentschaft als Teil der herrschenden Klasse entstanden ist, stützt sich im Grunde genommen auf die großen Finanz- und Sicherheitszentren und die Bürokratie und hat feste internationale Verbindungen mit imperialistischen Kräften und Institutionen.

Um aus diesem Teufelskreis herauszukommen, muss man die Antriebskräfte der Grünen Bewegung selbst erkennen und die Widersprüche zu den Interessen der unterdrückten Klassen klarstellen.

Man muss diese neue Demagogie des Imperialismus und seiner Lakaien entlarven und dabei den Klassenkampf vorantreiben. Die Hauptaufgaben dieses Kampfes sind die Zerschlagung des Regimes der islamischen Republik als Ganzes und die völlige Demokratisierung der Gesellschaft, um die Herrschaft der Werktätigen zu verwirklichen.

Der staatliche Reformismus und seine Ursachen

Die Geschichte des islamischen Regimes im Iran war immer mit harten innerfraktionellen Kämpfen verbunden, die in manchen Fällen auch blutig ausgetragen wurden. Dieses

Regime ist nicht, wie es selbst oder seine imperialistischen Helfershelfer behaupten, ein Produkt der Massenkämpfe, sondern die „islamische Revolution“ war das Re-

sultat der imperialistischen Konterrevolution mit der Aufgabe, die demokratischen und antiimperialistischen Bewegungen der iranischen Volksmassen niederzuschlagen.

Der vollständige Text ist als Broschüre erschienen und kann über uns bzw. über Linke iranische Aktivist/innen in Wien - Österreich (iran.linksakt@gmail.com ; <http://iranlinksakt.blogspot.com>) bestellt werden.

(...)

Aus diesem Grund hat dieses Regime von Anfang an die Aufrechterhaltung und Legitimierung der Interessen des Monopolkapitals und den Schutz des abhängigen kapitalistischen Regimes im Iran an die Spitze seiner politischen Plattform gestellt.

(...)

Diese neuen Diener konnten nur aus der bürgerlich-imperialistischen Konterrevolution entstehen und wurden mithilfe großer Medienspektakel um Khomeini und seine Clique während der revolutionären Jahre 1978/79 an die Macht gehievt.

Die neuen Machthaber konnten angesichts ihrer materiellen Basis, das heißt des abhängigen Kapitalismus, sowie ihrer historischen Begrenztheit und Rolle für die Organisierung einer unabhängigen Alternative nur eine Synthese aus den verschiedenen Kräften und Schichten innerhalb der Kompradorenbourgeoisie sein.

Es war in der Folge dieser konterrevolutionären Entwicklung, dass sich einerseits charismatische Figuren und Parteien der islamischen Republik wie die Partei Gottes und die Partei der islamischen Republik mit ihren Repräsentanten Khomeini, Beheshti, Montaseri, Rafsanjani und Khameni usw. sowie andererseits die National-Islamisten² (sog. Liberale) um Basargan und Baniadr formiert haben und an die Macht gelangt sind.

Diese beiden Strömungen wandten aufgrund ihrer politischen Identität sowohl in der Vergangenheit als auch heute unterschiedliche Mittel und Wege zur Erhaltung und Entwicklung der bestehenden wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse an. Vor allem und in erster Linie aber waren sie sich einig beim Wiederaufbau der staatlichen Unterdrückungsorgane wie Armee und Polizei nach der Volkserhebung und bei der Gründung neuer Organe

wie der Pasdaran-Armee³ und verschiedener Komitees. Anders gesagt: Einigkeit bestand bei der Befestigung der Diktatur des Kapitals gegen die Volkserhebung und die Garantie für Wiederaufnahme der Produktion und Reproduktion und Akkumulation des Kapitals zur Ausbeutung der Arbeitskraft und die Ausplünderung der natürlichen Ressourcen. Aus diesem Grund begannen sie gleich nach dem Regimewechsel mit Säuberungen und Entlassung der fortschrittlichen Kräfte und Elemente aus Verwaltung und Produktionsstätten, und jeglicher Arbeiter- und Volkswiderstand wurde hart unterdrückt.

Die Arbeiter- und Bauernräte und andere unter dem Druck des Bahman-Aufstandes entstandene Volksorgane wurden angegriffen und durch vom Regime abhängige Polizeisicherheitsorgane, die reaktionären islamischen Räte in den Betrieben, ersetzt.

Der Beginn des reaktionären Krieges Iran-Irak und in Folge die Entstehung der Kriegssituation hat dem Regime einen willkommenen Vorwand geliefert, seine innere Opposition niederzuknüppeln und „ungewollte“ Elemente innerhalb des Regimes selbst und anderer staatlicher Institutionen zu entfernen. Es wurde ein blutiger Feldzug gegen Kommunisten, Revolutionäre und demokratische Kräfte eingeleitet. In den 1980er-Jahren wurden tausende Menschen verhaftet und ein großer Teil in Schnellverfahren hingerichtet. Der Gipfel dieser Barbarei war die Ermordung tausender politischer Gefangener im Sommer 1987.

Die Frauen, die am 8. März 1980 aus Protest gegen das Dekret von Khomeini über die Zwangsverschleierung ihren Widerstand organisierten und auf die Straße gingen, wurden durch regimetreue und vom Regime organisierte Lumpen und Gesindel mit Steinen beworfen und später angegriffen. (Diese Frauen

haben beim Bahman-Aufstand mit ihrem Kampf für Freiheit und Gleichberechtigung eine wesentliche Rolle gespielt.) Damit hat das Regime den Weg zur Legitimierung der patriarchalischen Strukturen durch islamische Gesetze auch in ihrer reaktionären Verfassung geebnet und dadurch die Entrechtung, Erniedrigung und sexuelle Apartheid in die Gesellschaft einzementiert. Deswegen ist der Kampf der Frauen für Freiheit und Emanzipation eines der wichtigsten Kettenglieder der Befreiungskämpfe der iranischen Revolution.

Dem Widerstand der nationalen Minderheiten im Iran, vor allem in Turkemansahra und Kurdistan, gegen nationale Unterdrückung und für gleiche politische und soziale Rechte wurde mit Militär und Pasdaran-Armee geantwortet. All diese Verbrechen, die im ersten Jahrzehnt des islamischen Regimes begangen wurden, wurden durch die direkten Befehle Khomeinis und seiner engen Mitarbeiter Ayatollah Montaseri, Rafsanjani, Khameni und Mussawi geplant und ausgeführt – ein großes Verbrechen, das heute noch von Herrn Mussawi, damals Premierminister und heute Hauptfigur der Grünen Bewegung, geleugnet wird.

Dieser „fundamentalistische Reformist“ (so nennt sich die Clique um Mussawi) entgegnete auf die Frage eines Studenten der Universität von Babol (eine Stadt im Nord-Iran) im Zuge eines Wahlmeetings, welche Rolle er bei der Ermordung der Revolutionäre, Kommunisten und politischen Gefangenen in den Jahren 1980 bis 1988 gehabt habe, Folgendes: „Diese Frage sollten Sie dem Gefängniswärter stellen“ und er sagt weiter, er wäre „... niemals ein Kerkermeister gewesen“ (!). Diese ungeheure Verleugnung gibt auch Herr Makhmalbaf wider, ein regimetreuer Filmemacher und geistiger Folterer der Gefangenen im Gefängnis von Adelabad Shiraz und heutiger Vertreter der Grünen

Bewegung im Ausland in einem Interview mit der Zeitung Guardian: „Herr Mussawi war während der Herrschaft des islamischen Regimes nie an einem Mord oder Verbrechen beteiligt.“

Das heißt, nach der Logik dieser Lakaien, hat sich keiner der Machthaber des islamischen Regimes, von Khomeini bis Khameni, Rafsanjani, Khatami, Mussawi und Ahmadinedjad, und wie sie alle heißen, bis jetzt eines Mordes oder Verbrechens schuldig gemacht!!

(...)

Man muss wissen, dass die Fraktionskämpfe innerhalb des Regimes nichts Statisches sind, sondern angesichts der Fülle von Widersprüchen immer einen dynamischen Charakter annehmen, sodass sie während der letzten drei Jahrzehnte angesichts der schärfer werdenden antagonistischen Widersprüche und deren Einfluss auf den politischen Überbau immer wieder in anderen Formen erscheinen. Zum Beispiel, wenn die Gruppierungen um Basarghan und Bani Sadr von der politischen Macht entfernt werden, reproduziert die bürgerlich-imperialistische Konterrevolution aufgrund ihrer inneren Widersprüche immer neue Gruppierungen innerhalb des politischen Machtapparates oder die alten Protagonisten wechseln bloß ihre Positionen. Die anschaulichsten Beispiele dafür sind die Hauptfiguren der Grünen Bewegung, wie Mussawi, Hadjarian, Sasgara, Gandji, Kadiwar, Mohadjerani, Karbastschi und Saha Rahnaward. Ebenso zu nennen sind auch ihre Kunst- und kulturellen Mitläufer, wie Sorousch, Makhmalbaf, Nabawi, Schadjarian usw. Die große Mehrheit dieser Leute ist entweder aus der Partei der islamischen Republik oder aus diversen Zirkeln der Partei Gottes oder Anhänger der Imam-Linie sowie der Modjaheddin-Organisation der islamischen Revolution hervorgegangen. Es sind das jene Kräfte, die

bei der Besetzung der US-amerikanischen Botschaft und der Unterdrückung und Ermordung der Studenten unter dem Vorwand der sogenannten Islamischen Kulturrevolution beteiligt waren oder diese mitorganisiert haben, sowie die Planer und Begründer der Polizei- und militärischen Organisationen des Regimes, wie Informationsministerium, Pasdaran-Armee und verschiedene Komitees.

(...)

Zu den Fraktionen des Regimes und dazu, wie sie sich präsentieren, sowie zu den Koalitionen, die sie eingehen, muss man sagen, dass sie fließend ineinander übergehen und veränderlich sind. In den 1980er-Jahren waren die Hauptkräfte der Partei Gottes in Organisationen wie Verteidigung der islamischen Werte und Anhänger der Gottes-Partei organisiert. Die sogenannte Fraktionsmitte, bekannt als Pragmatiker oder Moderate, hat sich in den 1980er-Jahren formiert. Sie ist nach dem Fall der progressiven Fraktion und nach Beendigung des Krieges mit Rafsanjani an der Spitze an die Macht gelangt. Schließlich ist die linke Fraktion, die Modjaheddin-Organisation der Islamischen Revolution zu nennen, welche im Jahre 1989 nach mehrmaligen Verwandlungen nun als Konstituanten-Liberale mit den Pragmatikern von Rafsanjani gemeinsame Sache macht. Das ist eine Organisation, die zu den festen Säulen des Khatami-Reformismus zählte und heute eine der Hauptträgerinnen der Grünen Bewegung ist.

(...)

Während der achtjährigen Präsidentschaft von Rafsanjani, 1980 bis 1988, wurden die sozialen Probleme nicht gelöst, im Gegenteil vergrößerte sich die Armut und Massenarbeitslosigkeit unter den breiten Massen der Bevölkerung, indem die Kapitalisten einen astronomischen Reichtum akkumuliert haben.

In dieser Zeit machten die sozialen Bewegungen, vor allem die Proteste und Streiks der Arbeiter und Arbeiterinnen, einen qualitativen Sprung und nahmen relativ neue Dimensionen im Kampf gegen den Staat an. Gleichzeitig nahmen auch in den Schulen und Universitäten Student/inn/en und parallel dazu die Lehrerinnen und Krankenschwestern Protestmaßnahmen auf. Diese sozialen Bewegungen wurden immer mehr vertieft. Neben Sitzstreiks usw. nahmen Arbeiter/innen Manager und Direktoren oder Fabriksbesitzer als Geiseln, wobei diese Proteste in vielen Fällen auf die Straße getragen wurden und in der Folge auch massenhaft Unterstützung durch die Bevölkerung erfahren. In vielen Fällen kam es zu gewaltsamen Auseinandersetzungen mit den Organen des Unterdrückungsregimes.

Um diese Situation unter Kontrolle zu bekommen, haben Teile der herrschenden Klasse und deren Randgruppen die Reformbewegung von Khatami auf die politische Bühne gebracht. Khatami war einer der Pioniere des islamischen Regimes und an all seinen Verbrechen und Taten beteiligt. Er wurde als Mann der „Toleranz und Nachsicht“ und als Bannerträger des „Dialogs der Kulturen“ präsentiert; dies in einem Land, wo es unter sämtlichen Machthabern und politischen Statthaltern keine andere Sprache gab als die Sprache der Gewalt und keine andere Kultur als die der Unterdrückung Andersdenkender.

Während der achtjährigen Herrschaft der sogenannten Reformisten unter Führung von Khatami, 1999 bis 2005, wurde dasselbe wirtschaftliche Regime – wie unter Rafsanjani – fortgesetzt, und es gab keinerlei Reformen zugunsten der Bevölkerung. Im Gegenteil, die wirtschaftliche und soziale Krise wurde weiter verschärft und damit neue politische Spannungen erzeugt. Die Organisierung der Kettenmorde durch das Ministerium für Information

und Sicherheit im Winter 1998 und die Ermordung mehrerer Oppositioneller und politisch Andersdenkender war unter anderem eines der größten Verbrechen, das unter der Herrschaft der sogenannten Reformisten geschah. Es war auch in dieser Zeit, dass die streikenden Minenarbeiter/innen der Khatun Abad Kerman durch die Pasdaran aus der Luft von Helikoptern aus beschossen wurden, weil sie gegen ihre miserable und unerträgliche Arbeits- und Lebenssituation in Streik getreten waren. Es war auch unter den „Reformisten“, dass die Busfahrer/innen der Teheraner Busgesellschaft Wahed, die nach langjähriger mühsamer Arbeit ihre Busfahrergewerkschaft gegründet haben, durch die Söldner des Regimes angegriffen wurden, der gesamte Vorstand wurde von Sicherheitsbeamten verhaftet und ins Gefängnis gesteckt, die Leute wurden geschlagen und ihre Familien permanent schikaniert. Die Proteste der Student/inn/enbewegung vom Sommer 1999, denen sich in der Folge die Bevölkerung angeschlossen hat und die über eine Woche dauerten – in vielen großen Städten des Landes –, wurden auch unter diesen „Reformisten“ mit dem Einverständnis der gesamten Führung der islamischen Republik – von Khameni als oberstem geistigem Führer (Gelehrter) über Khatami (Staatspräsident) bis zum Vorsitzenden des Expertenrates, Rafsandjani – in brutalster Weise blutig niedergeschlagen. Diese Tatsachen haben wieder einmal die gemeinsame Herangehensweise der herrschenden Klasse dem Volkswiderstand gegenüber deutlich gemacht, und wieder einmal wurde die Illusion der Reformierbarkeit des Regimes widerlegt. Mit dem Ende von acht Jahren des Betrugs und der Täuschung unter der Führung Khatamis kam im Jahr 2005 Ahmadinedjad, der aus der Pasdaran-Armee

und den paramilitärischen Basidschi-Truppen stammt und die Unterstützung eines Großteils des Militär- und Sicherheitsapparates hinter sich hat, an die Macht, um der krisenhaften Situation mit eiserner Hand zu begegnen und die nötige Ruhe und Ordnung wiederherzustellen.

(...)

Die Regierung von Ahmadinedjad, die 1. die volle Unterstützung der Obersten Rechtsgelehrten (Welayate Faghih) und 2. die völlige Unterstützung der Pasdaran-Armee und vieler anderer großer Finanz- und Militärfundationen und -institutionen genießt, versucht nun, sich durch soziale Demagogie und Versprechungen sowie rassistische und antisemitische Sprüche als Retter der Nation und des Landes gegen die Bedrohung und Angriffe von fremden Mächten aufzuspielen und damit Teile der Gesellschaft irreführen und für ihre Politik zu mobilisieren. Zum Beispiel versprach Ahmadinedjad soziale Gerechtigkeit und Wohlstand für alle, es wurde angekündigt, dass die Erlöse aus den Ölexporten den armen Menschen zugute kommen sollen, dass gegen Korruption und Ämterschacher der Kampf aufgenommen werde und dass das Atomprogramm als nationale Angelegenheit aufgehoben werden soll... Aber im Grunde war sein Wirtschaftsprogramm die Fortsetzung des Programms Khatamis – die „Umstrukturierung der Wirtschaft und der politischen Entwicklung“, die nun als „die wirtschaftliche Entwicklung und kulturelle Öffnung“ propagiert wird. Es dauerte nicht lange, da wurden diese demagogischen Versprechungen unter dem Druck der objektiven Tatsachen zerstreut. Neue Widersprüche kamen dazu, welche den Überbau des Systems beeinflussten und neue Spannungen innerhalb des

herrschenden Flügels und gleichzeitig große Proteste der Arbeiter/innen und Werktätigen hervorriefen.

(...)

Der Austritt der Mussawi-Strömung aus der fundamentalistischen Fraktion im islamischen Parlament und ihr anschließender Beitritt zu den sogenannten Reformisten vor den Präsidentschaftswahlen 2009 führte zur Entstehung der Achse Mussawi–Khatami–Karrubi.

Parallel zu diesen Ereignissen wurde Obama zum Präsidenten der USA gewählt. Angesichts der weltweiten wirtschaftlichen Krise des kapitalistischen Systems und der ins Stocken geratenen imperialistischen Kriege der USA im Irak und Afghanistan wurde das Druckmittel des geforderten „Regimewechsels“ von der Tagesordnung des Weißen Hauses gestrichen, und es wurden öffentlich Gespräche mit Vertretern von Khameni und Ahmadinedjad in Kairo und auf anderer diplomatischer Ebene aufgenommen. Die Neujahrsbotschaft von Obama an „die Bevölkerung und die islamische Führung des Iran“ war ein klares und eindeutiges Signal für den Beginn einer neuen amerikanischen Politik im Mittleren und Nahen Osten sowie ein Zeichen für die offene Unterstützung der islamischen Republik Iran unter Führung von Khameni und Ahmadinedjad.

Diese Veränderungen der US-Politik boten dem Regime die Gelegenheit, die Krise mit dem Ausland zu entschärfen und mit voller Kraft die Herstellung von Ruhe und Ordnung im Inneren voranzutreiben und den Wahlvorbereitungen gelassen entgegenzusehen. Die geänderte imperialistische Politik gegenüber dem Regime der Islamischen Republik Iran zwang wiederum die sogenannten Reformisten, sich für die zehnte Periode der Präsidentschaft ein anderes Spielfeld zu suchen.

Der Reformismus und seine grüne Verwandlung

Die regimetreuen Reformisten, die sich jetzt Grüne Bewegung nennen, ließen um diese Wahl herum einen Ballon steigen, der auf drei großen Lügen aufgebaut war.

Zuerst kam die Protagonisten der Bourgeoisie, die sich aus einem weiten Spektrum von Grünen, Schwarzen bis konstitutionellen Monarchisten wie Darjosch Homayun und reumütigen „neuen Demokraten“ (frühere iranische Linke) zusammensetzt, unter dem Banner der Freiheit und der Öffnung des politischen und kulturellen Lebens zusammen, um diesem Wahlspektakel Glanz und Legitimität zu verleihen. Komplementär dazu tritt Ahmadinedjad als Beschützer der Mostasafin (Entrechteten) auf, ist aber in Wirklichkeit natürlich Vollstrecker der Prinzipien neoliberaler Wirtschaft, und er ruft die Bevölkerung an die Wahlurnen – in erster Linie, um für das System eine quantitative Legitimität zu schaffen.

Der zweite Akt dieser Demagogie, nachdem Ahmadinedjad zum Wahlsieger proklamiert wurde, beginnt mit der Behauptung seitens der sogenannten Reformisten und mit starker Hilfe der imperialistischen Massenmedien, dass es einen Wahlbetrug im Iran gegeben hätte. Danach mobilisieren sie die Massen, verkleiden sie in grünen Schals und Gewänder und lassen sie mit den Parolen „Wo ist meine Stimme?“, „Gebt mir meine Stimme zurück“ oder „Ahmadinedjad ist nicht mein Präsident“ auf den Straßen protestieren. Dazu muss man sagen, dass jemand, der sich ein wenig mit dem politischen Leben im Iran auskennt, genau weiß, dass im Laufe der dreiBig Jahre in diesem System die Stimme der Menschen niemals Gewicht hatte und dass das, was bis jetzt geschah und als sogenannte

Wahl stattgefunden hat, nichts anderes ist als die Nominierung altgedienter und systemtreuer Personen, die wiederum die harte Prüfung des Wächterrates und die Bestätigung des Welayat-e Faghih als wichtigste Voraussetzung zur Wahl bestanden haben.

Diese Tatsache bringt Rafsandjani, einer der Pioniere des Systems, den manche gerne als Gegenspieler zu Khameni verkaufen wollen, durch folgende Aussage auf den Punkt: „Ich bin davon überzeugt, dass bei uns von den Wahlurnen immer nur das Wohl des Landes und des Systems herauskommt und nichts anderes.“

Ab diesem Punkt, am Tag der Wahl, 22. Juni 2009, beginnt die Mobilisierung der Grünen Bewegung, sowohl im Inland als auch im Ausland. Im Ausland bilden die Vertreter von Mussawi und Karrubi, zusammen mit Konstitutionalisten und deren Unterabteilungen, wie Tudeh-Partei und Fedayin-Mehrheit sowie National-Islamisten und Teilen der Republikler, die tragende Kraft der Grünen Bewegung. Sie werden bei ihren Kundgebungen und Demos durch bekannte zionistische Organisationen und Persönlichkeiten unterstützt, z.B. von „Stop the bomb“ in Wien oder von Bernhard Harry Lehi, einem Verfechter des zionistischen Besatzerstaates Israel und offenem Befürworter des Bombardements des Iran durch Amerika und Israel bei einer Demonstration am Sonntag, den 23. Juli an der Place de la Bastille in Paris oder vom Sprecher der Israelitischen Kultusgemeinde in Wien, Ariel Musicant, am 23. September bei der gemeinsamen Demo von Grünen und „Stop the bomb“ mit ehemaligen iranischen Linken. Dabei ist anzumerken, dass bei solchen sogenannten demokratisch-

politischen Kundgebungen jede andere kritische Stimme, die diese Grüne Bewegung als Ganze hinterfragt oder andere Forderungen aufstellt, entweder sofort mundtot gemacht wird, oder es wird zur Entfernung kritischer „Störellemente“ die imperialistische Polizei zu Hilfe gerufen.

Die Kundgebungen und Demonstrationen am Heldenplatz, vor dem Parlament und bei der Botschaft in Wien und das Verhalten der Initiatoren der Grünen Bewegung liefern ausreichend Beweise.

Zweite Lüge: die Theorie des Putsches

Die falsche und abweichlerische Theorie eines Putsches wurde leider von einem Großteil der iranischen Linken auch in ihrer politischen Literatur übernommen.

Ein Putsch ist eine „überraschende, meist gewaltsame Aktion einer kleinen Gruppierung, mit dem Ziel, die Regierung zu stürzen oder abzusetzen und die Macht im Staat zu übernehmen. Die Putschisten kommen im Allgemeinen aus hohen militärischen Ämtern oder sind Führer von paramilitärischen Organisationen. Sie schalten nach dem Putsch sofort die Regierungsorgane aus und ordnen den Ausnahmezustand und entsprechende Gesetze an“. Nun stellt sich im Falle der Khameni-, Ahmadinedjad-Regierung allerdings die Frage: Warum sollte ein Regime, das alle Machthebel - die Armee, Pasdaran und etliche paramilitärische Kräfte wie Basijie, in der Hand und alle Regierungsorgane - die Legislative, Judikative und Exekutive, unter seiner Kontrolle hat, gegen sich selbst einen Putsch organisieren?! Diese Frage müssen uns die Architekten der Putschthese beantworten.

Die dritte Lüge ist die Bezeichnung der Grünen Bewegung als „Bewegung für Freiheit und Demokratie“. Wir werden die Falschheit dieser Behauptung im Diskurs über die sogenannte Mittelklasse aufzeigen. Hier möchten wir nur die marxistische Auffassung über Demokratie erklären. Demokratie steht im Gegensatz zur Auffassung von bürgerlichen und kleinbürgerlichen Intellektuellen nicht über den Klassen und ist keineswegs, wie manche behaupten, etwas Reines und Edles. Demokratie ist vielmehr eine Form der kapitalistischen Herrschaft, die andere Seite ihres Gesichts ist der Faschismus. Die revolutionären und kommunistischen Kräfte kämpfen für konsequenten Demokratismus, der der bürgerlichen Demokratie völlig entgegengesetzt ist und der seine Kraft aus den sozialen Bewegungen der unterdrückten Klassen und Schichten im Kampf gegen die Herrschaft des Kapitals und der von ihm abhängigen Reaktion schöpft und nicht nur für juristische, sondern für soziale Gleichheit kämpft. Nun stellt sich die Frage, welche Klasseninteressen bei den Fraktionskämpfen, die von Zeit zu Zeit innerhalb des politischen Herrschaftsapparates im Iran in Form von „Reformbewegungen“ und, heute, der „Grünen Bewegung“ auftreten, vertreten werden und welche materiellen Beweggründe sie leiten. Teile der herrschenden Klasse und ihre imperialistischen Helfershelfer wollen uns glauben machen, dass die Grüne Bewegung die politischen Proteste der sogenannten Mittelklasse des Iran sei, die in der Folge der Kapitalisierung und damit der Modernisierung der Gesellschaft entstanden ist, und dass diese Leute die religiösen Regeln und die Despotie nicht akzeptieren, sondern wirklich für Demokratie und Freiheit auf die Barrikaden gehen. Aber wie kann Demokratie und Freiheit aus dem Schoß einer Bewegung geboren werden,

deren politische Paradigmen die alten und geprüften Inhalte der letzten dreißig Jahre sind? Losungen wie „Rückkehr zur wahren Quelle des Islams Mohammeds“ oder „Rückkehr zu den reinen Prinzipien der islamischen Revolution“, „Islamische Republik – nicht ein Wort weniger, nicht ein Wort mehr, ist, was wir wollen“ oder „Konsequente Ausübung und Erhaltung der Verfassung der Islamischen Republik, und wäre sie auch eine Leiche“ – das sind die Parolen und Forderungen, die die Vertreter der Grünen Bewegung den Menschen vorlegen und aus denen sich eine „demokratische Perspektive“ entwickeln soll. Der Sprecher der Grünen Bewegung sagt: „Wir haben ganz logische und klare Forderungen. Wir wollen den Erhalt der Islamischen Republik“, wobei die Erfahrungen und die Praxis des Regimes im Laufe der dreißig Jahre Herrschaft gezeigt haben, dass die Voraussetzung jeglicher grundsätzlichen Änderung und von da aus die Ausbreitung des Demokratismus und Erfüllung demokratischer Forderungen der mittleren Schichten der Gesellschaft unmittelbar abhängig vom revolutionären Sturz der Klasse der Kompradorenbourgeoisie und deren Schützer, das heißt des reaktionären Regimes der islamischen Republik Iran ist. Deswegen sagen wir, dass die Grüne Bewegung nicht der politische Ausdruck der Forderungen der sogenannten „Mittelklasse“ ist - ohnehin ein schwammiger Begriff, historisch längst überholt, als Klasse im Grunde genommen nicht vorhanden. Sondern die Grüne Bewegung besteht aus Teilen der herrschenden Klasse und ist ideologisch und politisch aus dem Schoß des Regimes entstanden. Damit Herr Mussawi seinen „falschen Freunden“ keine Gelegenheit und keinen Vorwand liefert, sagt er in diesem Zusammenhang: „Wir haben die grüne Farbe genützt, um unsere Liebe zu jenem Islam zum Ausdruck zu bringen, deren Lehrer der

Prophet Mohammed und seine Nachfolger waren.“ Daher kann diese sogenannte Mittelklasse nur den staatlichen Reformisten und ihren Lakaien zur Rechtfertigung ihrer Kollaborationspolitik zugute kommen, die seit dreißig Jahren an der Schwelle zur Macht um die Erlaubnis betteln, mitspielen zu dürfen (wie die Tudeh-Partei, die Fedayin-Mehrheit und die National-Islamisten).

Zu diesen Protagonisten der imperialistischen Demokratie muss man sagen, dass die Demokratie und Freiheit im richtigen, das heißt bürgerlichen Sinn das Resultat einer historischen Periode blutiger Kämpfe der Arbeiter/innen und Bauern unter Führung der aufkommenden Bourgeoisie gegen Feudalismus und Leibeigenschaft und gegen religiöse Herrschaft ist und war. Aus diesem Grund war am Ende des 18. Jahrhunderts die Bourgeoisie in der marxistischen Literatur als „mittlere Klasse“ bezeichnet worden. Es dauerte aber nicht lange, bis klar wurde, dass diese Demokratie die Herrschaft der bürgerlichen Klasse ist, die nun die Arbeiter/innen und Bauern in einem neuen System an die Lohnsklaverei fesseln. Deswegen besteht die Gesellschaft, in einem unter der imperialistischen Herrschaft befindlichen kapitalistischen Land wie dem Iran, neben den zwei Hauptklassen im Kapitalismus – Bourgeoisie und Proletariat – aus einer großen Anzahl kleinbürgerlicher Schichten, von denen der Großteil aus objektiven Gründen im Widerspruch zur Kompradorenbourgeoisie und ihrem Beschützerregime steht und die ihre Interessen auf keinen Fall neben Teilen der herrschenden Klasse realisieren können. Deswegen kommen die Losungen der Grünen Bewegung, wie „Rückkehr zur wahren Quelle des Islams Mohammeds“ oder „Wiederbelebung des Erbes Khomenis“ oder „Montaseri (der inzwischen gestorben ist, Anm.) und Sanei sind die wahren höchsten geistigen

Gelehrten (Welayat-i Faghih)“, sicher nicht als ideologische Wegweiser und Antworten auf die Forderungen dieser unterdrückten kleinbürgerlichen Schichten der Gesellschaft in Betracht. Denn die mittleren und untersten Schichten der Kleinbourgeoisie können ihre Forderungen nur in Verbundenheit mit den werktätigen Klassen und im direkten radikalen Kampf gegen die politische Macht durchsetzen. Während die Interessen der oberen Teile der Kleinbourgeoisie mit der herrschenden Klasse verbunden sind.

Der staatliche Reformismus, der als Grüne Bewegung propagiert wird, ist und war immer, wie schon vorher gesagt wurde, symbiotisch mit der herrschenden Klasse verbunden und geht mit der Existenz des Regimes Hand in Hand.

Dieser staatliche Reformismus ist eine Art roter Faden, der im Kampf zwischen Revolution und Konterrevolution wie ein Ventil funktioniert, um den Druck abzulassen, und der im Dienste der herrschenden kapitalistischen Klasse und ihrer imperialistischen Helfershelfer die Irreführung der Arbeiter- und Volksbewegungen und Vertuschung der wahren sozialen Bewegungen im Lande zum Ziel hat.

Dader Imperialismus kein homogenes Phänomen ist, überträgt er die ihm innewohnenden Widersprüche auf die

herrschenden Klassen in den abhängigen kapitalistischen Ländern und verschärft so die Fraktionskämpfe innerhalb des Regimes.

Die jetzigen allgemeinen und spontanen Bewegungen sind, unabhängig von ihrer jeweiligen Klassenzusammensetzung, obwohl sie instinktiv für demokratische Rechte auf die Straße gehen, stark durch Fraktionskämpfe beeinflusst.

Diese Bewegungen können nur durch aktive Angriffe der linken und kommunistischen Kräfte in der Auseinandersetzung zwischen Arbeiterklasse und Bourgeoisie und durch die Entwicklung und Formierung eines revolutionären Programms und einer revolutionären Führung imstande sein, das entsprechende Instrumentarium zu schaffen, das für die Beseitigung der illusionären Grünen Bewegung und der Schaffung und Entwicklung eines revolutionären Subjektes unbedingt notwendig ist.

Aber es wäre falsch zu glauben, das Nichtvorhandensein von revolutionärem Programm und revolutionärer Führung bedeutet, dass die laufenden Bewegungen keine definitiven Ziele und keinen Führungsstab besitzen. Die Wahrheit ist, dass die Führung dieser Bewegung, die tiefsitzende Unzufriedenheit der Massen der Bevölkerung, vor allem der Jugendlichen ausnützt. Obwohl die Führung in der Hand der herrschenden Klasse

liegt, werden in ihren Taten die wichtigsten Symbole des Regimes verhöhnt und Bilder (von Khomeini und Khameni) verbrannt und zertreten und die Wut wird gleichzeitig in bestimmte Bahnen gelenkt, das heißt zum Erhalt der islamischen Republik und ihrer Interessen instrumentalisiert.

Der 4. November (13. Aban), der eigentlich traditionell der Tag der Schüler und Schülerinnen ist und an ihre Kämpfe erinnern soll, wird durch das islamische Regime jedes Jahr zum Tag der Besetzung der amerikanischen Botschaft (4. November 1979) umfunktioniert. Das Regime veranstaltet an diesem Tag eine Demo. Auf ihr fiel neben verschiedenen Forderungen eine Losung ganz besonders auf: „Obama, Obama, ya bama, ya ba onha“ („Obama, Obama, entweder mit uns oder mit ihnen“). Diese Losung zeigt, dass die führenden Kräfte dieser Grünen Bewegung die Menschen für ihre Interessen instrumentalisieren und missbrauchen und wie stark sie ihre Interessen im Schutze und durch Anbiederung an die imperialistischen Kräfte durchzusetzen suchen. Sie sehen, dass die herrschende Fraktion (die Clique um Khameni und Ahmadinedjad) hinter dem Vorhang längst ihre Päckeleien mit Obama und der EU abgesichert haben und für die Imperialisten als günstigere politische Alternative akzeptiert worden ist.

Nachwort

Der Reformismus und Liberalismus hatte seit jeher in unter imperialistischer Herrschaft befindlichen Gesellschaften, wie z.B. dem Iran, von Basarghan bis Khatami und jetzt Mussawi, die Funktion der Verkuppelung von Reaktion und Imperialismus. War der Reformismus von Khatami noch konservativ und lief im Stillen ab, so ist die Grüne Bewegung des Herrn Mussawi im Vergleich dazu offensichtlich eine Art komödienhaftes Gebettel an imperialistische

Staaten und Institutionen um größere Teilhabe an der politischen Macht. Aus diesem Grund manövriert die Grüne Bewegung mit allerlei Tricks zwischen verschiedenen Klassen und Schichten der Gesellschaft. Mussawi, Kar-rubi und Khatami sind die Bediensteten des Systems und Teile der herrschenden Klasse. Sie wollen nur den Zorn und die Unzufriedenheit der Bevölkerung für ihre eigenen Zwecke ausnutzen, d.h., um sich selbst bessere Positionen innerhalb der politischen Macht

zu verschaffen. Gemäß seiner Herrschaftsstruktur kann das Regime der Islamischen Republik nicht einmal einfache bürgerliche Reformen und gewöhnlichsten Liberalismus und auch nicht ganz formale republikanische Gesinnung und oberflächliche Demokratie dulden, aber in Zeiten wirtschaftlicher und politischer Krise des Systems treten die Unterdrücker der Freiheit und Mörder von Demokraten, Revolutionären, Kommunisten und Anders-denkenden nun,

nach zwei Jahrzehnten, als „Freunde der Demokratie und Freiheit“ und „Retter der Nation“ auf.

Die Grüne Bewegung ist nicht die Antwort auf die Bajonette der Pasdaran und Basiji, sondern sie war und ist Teil der politischen Herrschaft. Bevor sie die Menschen auf die Straße gebracht hat, um für die „Rückgabe ihrer Stimmen, um die sie angeblich betrogen wurden“ zu demonstrieren, hat ebendiese Grüne Bewegung sich darum bemüht, vom obersten Rechtsgelehrten Khameni (Welayat-i Faghih) die Erlaubnis einzuholen, damit sie an dem Wahlspektakel überhaupt teilnehmen darf. Die Diktatur, die sie angeblich bekämpft, ist nicht am Vorabend der sogenannten Wahlen am 22. Juni 2009 geboren worden, sondern das ist jene der herrschenden Klasse (einschließlich der Führung der Grünen Bewegung), die seit 31 Jahren mehr oder weniger offen das Land terrorisiert. Tatsache ist, dass Khameni und die Militär- und Sicherheitsapparats-Regierung von Ahmadinedjad Geburtshelfer für eine schmerzlose Geburt der Grünen Bewegung waren. Während die Söldner des Regimes die aufgebrachten Menschen auf den Straßen zu Tode prügeln oder in bis dahin unbekanntem Arrestgefängnissen, wie in Kahrizak (südliche Vorstadt von Teheran) folterten und umbrachten, riefen

Herr Mussawi und seine Kumpanen und seine Helfer im Ausland die Menschen zu Gewaltlosigkeit, Ruhe und Ordnung auf und forderten die Einhaltung der Verfassung der Islamischen Republik Iran. Die Grüne Bewegung und ihre Vertreter werden großzügig von imperialistischen Regierungen und Institutionen unterstützt, es werden ihnen Propagandatribünen zur Verfügung gestellt und sie werden als Beschützer des kapitalistischen Systems und Befürworter der „freien Marktwirtschaft“ gepriesen. (...)

Die Staatsreformisten, so brutal und hartherzig sie auch gegen die gerechten Forderungen der Werktätigen vorgegangen sind, werden nun, wo die Massen auf der Straße stehen und handeln, feige, unfähig und kleinmütig und laden die Menschen zu einem „grünen Schweigen“ auf. Diese konterrevolutionäre Clique ist nur in Worten gegen die „Diktatur ihres Imams“, aber ihre Gedanken und Taten stehen voll hinter der islamischen Reaktion und sind vollständig mit ihrem obersten Rechtsgelehrten ihrem obersten Imam, Welayat-i Faghih, verschmolzen, was sie auch selber kundtun. Es ist eine Ironie der Geschichte, dass diese Art von Reformisten, sobald sie aus dem Machtkreis entfernt sind, sich direkt an ihre Herren in den imperialistischen Ländern wenden und mit der Hilfe von US-Dollars und Euros beginnen, in den

imperialistischen Medien wie Radio Iran-e Farda („Das morgige Iran“) oder Voice of America, BBC und Deutsche Welle die imperialistische „Freiheit und Demokratie“ mit Lobreden zu würdigen – imperialistische „Demokratie und Freiheit“, wie wir sie in der Tat in vielen Ländern der Welt und auch in den Nachbarländern des Iran - in Pakistan, Irak und Afghanistan - tagtäglich unter den Stiefeln der Nato-Soldaten vorgeführt bekommen und erleben müssen. Das Abflauen der Grünen Bewegung und die Zerstreuung ihrer Kräfte in verschiedene kleinere Bewegungen, wie Grüne Hoffnung und Der grüne Weg und andere Schattierungen sind nachhaltige Beweise dafür, dass diese Bewegung den Interessen der breiten Massen der Bevölkerung diametral entgegengesetzt ist. Das Zurückdrängen solcher Bewegungen, ob durch innere Zersetzung oder Versöhnung innerhalb des Staatsensembles, bedeutet aber nicht den endgültigen Zusammenbruch solch illusionärer Alternativen. Solange nicht ein starker revolutionärer Gegenpol von den Kommunisten und fortschrittlichen Elementen der Arbeiterklasse in der Gesellschaft aufgebaut und politisch handlungsfähig wird, können sich solche demagogischen Alternativen immer aufs Neue wiederholen und in andere Farben verwandeln.

² Die Nationalen Islamisten basieren auf der Politik der ersten Ministerpräsidenten Khomeinis, Mehdi Bazargan: Er spielt eine wichtige Rolle beim Übergang vom - von ihm nicht allzu scharf bekämpften - Schahregime zum von ihm anfänglich voll unterstützten Khomeini-Regime, von dem die Kader der Nationalen Islamisten später allerdings an den Rand gedrängt wurden.

³ Die „Speah-e Pasdaran-e Enghelab-e islami“ bedeutet die „Truppe der Wächter der islamischen Revolution“. Sie wurde am 5. Mai 1979 auf Befehl von Khomeini gegründet. Ihr Einfluss erstreckt sich auf sämtlichen Machtzentren im Lande. Die Pasdaran kontrollieren nun wichtige Wirtschaftszweige, unter anderem in der Erdöl- und Atomindustrie. Sie agieren überall als verlängerter Arm des Regimes. Heute zählen die Pasdaran 125.000 Mann und ihr unterstehen noch 300.000 Reservisten und vor allem die Freiwilligenmiliz „Bassidsch“. Ihre Stärke wird auf mindestens 100.000 Frauen und Männer geschätzt. In Krisenzeiten sollen sie bis zu 1 Million Aktivist/innen mobilisieren können. Es sind vor allem diese sog. „Tugendwächter“ und zivil gekleidete Schlägertruppen, die unter verschiedenen Komitees agieren und brutal gegen die Opposition und Protestierende vorgehen.

Erklärung zur faschistischen Gefahr in Österreich

Situation gestern und heute

1. Traditionell wird die faschistische Gefahr in Österreich vorwiegend dem (deutsch) nationalen Lager zugeordnet (die wichtigste Organisation aus diesem Spektrum ist in der 2. Republik die FPÖ). Die erste faschistische Diktatur in Österreich (1934 – 1938) geht allerdings auf das Konto der Christlich-Sozialen, den Vorläufern der heutigen Regierungspartei VP. Sie haben damals die Speerspitze der Konterrevolution gebildet und sie waren die ersten, die das Proletariat und die Volksmassen in Österreich seit dem Ende des ersten Weltkriegs mit offenem Terror bedroht haben. Die Christlich-Sozialen haben den Faschismus in Österreich salonfähig gemacht und die Arbeiter/innen-Bewegung

mit Hilfe des Bundesheers niedergeschlagen. Vom schwarzen zum braunen Faschismus war es dann nur noch ein kleiner Schritt.

2. Ehemalige Parteigänger des NS-Staates konnten in der 2. Republik jedes beliebige politische Amt bis zu dem des Bundespräsidenten (Waldheim) bekleiden, sofern sie bereit waren, sich von ihrer Vergangenheit verbal zu distanzieren. Die aktiven Teilnehmer am NS-Regime sind mittlerweile abgetreten. Inzwischen können Personen, die offen Elemente faschistischer Ideologie hochhalten, jedoch über keine NS-Vergangenheit verfügen, in der demokratischen Republik Österreich fest ins parlamentarisch-demokratische

System integriert sein. Das ist ein Indiz für die Aufweichung des antifaschistischen Grundkonsenses, der am Beginn der 2. Republik stand. Z. B. kommt der dritte Nationalratspräsident aus der deutschfaschistischen Burschenschafterszene. Er wurde von demokratisch legitimierten Nationalräten von SP und VP auf diese staatspolitisch bedeutungsvolle Position gehievt. SP und VP berufen sich bei diesem Vorgang auf so genanntes „Gewohnheitsrecht“. Das heißt diese Parteien sind aus Gewohnheit pro faschistisch. Des Weiteren müssen daher auch Personen, die sich bei der Stimmabgabe für die SP auf ein angeblich „kleineres Übel“ berufen, an ihre Mitverantwortung erinnert werden.

Ideologie

3. Faschistische Ideologie besteht aus einem Gemisch konterrevolutionärer, reaktionärer und irrationaler Ideen: Antikommunismus, Militarismus, Nationalismus, Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Herrenmenschentum, Antisemitismus, Antiziganismus, Esoterik, Wissenschaftsfeindlichkeit, Frauenfeindlichkeit, Behindertenfeindlichkeit ... Es gibt unterschiedliche Strömungen faschistischer Ideologie, die einzelne Elemente verschieden gewichten. Derartige Elemente finden sich bei allen bürgerlichen Kräften und in sämtlichen bürgerlichen Parteien (einschließlich der Sozialdemokratie).

Faschistische Ideologie ist eine militante Steigerungsform, Systematisierung und Bündelung bürgerlich-kapitalistischer Werte und Anschauungen. Kapitalistische Vergesellschaftung erzeugt zwangsläufig bürgerliche Herrschaft und konkurrenzbedingte Ausgrenzung. Deshalb besteht zwischen gemäßigten Eliten im kapitalistischen System und offenen Faschisten auch weniger ein Gegensatz als ein kontinuierlicher Übergang.

4. Alle Parlamentsparteien in Österreich bekennen sich unumwunden zur einen oder anderen Variante

der wissenschaftlich unhaltbaren Totalitarismuskritik. Faschismus und Kommunismus werden umstandslos gleichgesetzt und daraus wird ein staatstragendes sowohl antifaschistisches als auch antikommunistisches Bekenntnis hergeleitet. Faktisch ist der Antitotalitarismus ausschließlich eine Waffe gegen kapitalismuskritische Ideen.

5. Reaktionäre, faschistische Ideen finden in sämtlichen bürgerlichen Parteien ein günstiges Klima vor, deshalb kann jede bürgerliche Partei im Fall der Errichtung einer offen faschistischen Diktatur eine Rolle spielen.

Kräfte

6. Faschistische Kräfte wollen die parlamentarisch-demokratische Variante bürgerlicher Herrschaft zugunsten einer faschistischen Herrschaftsform überwinden. Die faschistischen Kräfte können aus verschiedenen Klassen und Schichten kommen. Sie organisieren sich sowohl innerhalb der traditionellen bürgerlichen Parteien in Netzwerken, als auch organisa-

torisch getrennt von diesen in eigenen, kleinen faschistischen Gruppen und reaktionären Bürgerinitiativen. In der FPÖ bilden sie eine dauerhafte, stabile Fraktion. Faschistische Kräfte halten sich bereit um notfalls existentielle Gefahren für das bürgerlich-kapitalistische System bzw. den bürgerlichen Staat abzuwenden.

7. Weil faschistische Kräfte die bürgerliche Gesellschaft grundsätzlich nicht in Frage stellen, werden sie von der bürgerlichen Klassenjustiz mit Samthandschuhen angefasst. Während zum Beispiel Schwerkörperverbrecher des NS-Staats im Kalten Krieg ruckzuck rehabilitiert wurden und sie ihre Karrieren in demokratisch-kapitalistischen Bahnen bruchlos fortsetzen konnten, werden z. B.

Funktionsträger der DDR in der BRD verfolgt, als hätten sie Verbrechen begangen.

8. Faschistische Kräfte sind umso gefährlicher als es ihnen gelingt, Masseneinfluss zu erlangen. Zu diesem Zweck müssen faschistische Kräfte vorgeblich (d. h. sie tun so als ob) gegen die herrschenden Eliten auftreten. Das bewerkstelligen sie, indem

sie einen scheinbaren Gegensatz zum herrschenden System proklamieren. So eine antibürgerliche Attitüde kann von naiven Gemütern als eine Art „Antikapitalismus“ begriffen werden. Um die völlig hanebüchene, aus dem NS-Jargon stammende Unterscheidung zwischen „raffendem“ und „schaffendem“ Kapital zu vermeiden, sind heute oft Synonyme wie „gierige Mana-

ger“, „Heuschrecken“ oder „Ostküste“ im Gebrauch. Scheinlinke Kräfte erleichtern solchen Schwindel, indem sie sich um die konkrete Analyse des Gesamtprozess des Kapitalismus herumdrücken und damit die faule Vorstellung von der Trennung der Mehrwertproduktion („gut“) und der Realisierung des Mehrwerts in der Zirkulationssphäre („böse“) zulassen.

Gefahr

9. In der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft ist die faschistische Gefahr latent vorhanden. Um die faschistische Gefahr nachhaltig zu bannen, muss die bürgerlich-kapitalistische Ordnung in der proletarischen Revolution gestürzt und der Aufbau des Sozialismus/Kommunismus in Angriff genommen und vorangetrieben werden.

10. Für Kommunist/innen stellt die demokratische Republik keinen überzeitlichen Wert an sich dar und sie sehen in ihr schon gar keine Bastion gegen die faschistische Gefahr.

11. In den am meisten entwickelten kapitalistischen/imperialistischen Ländern wie z. B. Österreich ist die Gefahr der Errichtung einer offenen faschistischen Diktatur aktuell eher gering, weil diejenigen Kräfte, die das kapitalistische System ernsthaft überwinden möch-

ten, marginal sind und weil die Arbeiter/innen-Klasse als potentiell revolutionäre Klasse aktuell weitgehend ins System integriert ist.

12. Gleichwohl besteht im Imperialismus eine Tendenz zur Faschisierung (z. B. Überwachungsstaat, rassistische Ausländergesetze, ...) Der Kampf gegen die Aushöhlung demokratischer Standards kann der Faschisierungstendenz zeitweilig Einhalt gebieten.

13. Die Errichtung eines offen faschistischen Regimes resultiert erfahrungsgemäß nicht allein aus der Faschisierungstendenz. Faschismus an der Macht setzt eine bewusste Weichenstellung durch die herrschende Klasse voraus, die geeignet ist, den Übergang von der einen zur anderen Form der bürgerlichen Herrschaft herbeizuführen.

14. In der unmittelbaren östlichen Nachbarschaft Österreichs gelingt es faschistischen Kräften heute vor dem Hintergrund krisenhafter gesellschaftlicher Zustände und weitgehend paralysierter Linkskräfte, teilweise Masseneinfluss zu erlangen, z. B. in Ungarn wo faschistische Garden in paramilitärischer Formation durch die Straßen von Budapest defilieren. Die krisenhaften Zustände in Osteuropa hängen mit der Offensive des österreichischen und EU-Imperialismus in diesen Ländern zusammen.

15. Im Zug der Abwicklung der gegenwärtigen ökonomischen Krise kann es möglicherweise zur dramatischen Zuspitzung der zwischenimperialistischen Kriegsgefahr kommen. In Folge dessen kann die faschistische Karte wieder zu einer Option der Bourgeoisie werden, damit sie im Kriegsfall den Rücken frei hat.

Antifaschismus

16. Demokratie und Faschismus sind zwei Formen der Diktatur der Bourgeoisie. Das gemeinsame Bezugssystem, die ökonomische Basis, ist in beiden Fällen die kapitalistische Produktionsweise.

Deshalb ist Antifaschismus von Haus aus weder antikapitalistisch noch kommunistisch. Das muss immer wieder betont werden, weil darüber weitgehend Unverständnis besteht. (Wenn Martin Graf das antifaschistische Selbstverständnis der Republik in Frage stellt, dann geht es ihm darum naheulegen, dass dies linke Ideologie sei.) Antifaschismus bezeichnet eine begrenzte Haltung, die das bürgerlich-kapitalistische System keineswegs grundlegend in Frage stellt. Ebenso begrenzt sind Haltungen wie Antiimperialismus, Feminismus usw.

17. Bloßer Antifaschismus ist für bürgerliche Demokratie (Forderungen an den bürgerlichen Staat nach Verbot und Erfüllung des antifaschistischen Verfassungsauftrags an die Polizei). Konsequente Antifaschist/innen verbinden den Kampf gegen faschistische Vorstöße und Faschisierung mit dem Kampf gegen das System, das den Faschismus hervorbringt.

18. Diverse Ableitungen vom Begriff Faschismus (wie z. B. „Neofaschismus“, „Sozialfaschismus“, „Alltagsfaschismus“, „faschistoid“ und ähnliches) sind für die Kennzeichnung von Gegenwartsphänomenen wenig hilfreich, weil ihr Inhalt äußerst unbestimmt ist, und sie sollten daher tunlichst vermieden werden.

19. Die zunehmende Ausplünderung der Länder Ost- und Südosteuropas durch den österreichischen und EU-Imperialismus kann absehbar zu einer Situation führen, in welcher die EU dort faschistische Regimes und Militärputsche fördert, um die günstigen Ausbeutungsbedingungen im Hinterhof zu sichern – ähnlich wie früher die USA in Lateinamerika in Konkurrenz zur UdSSR. Das kann zu äußerst instabilen Verhältnissen führen. Unsere Aufgabe in Österreich wird es dann sein, den Kampf der Arbeiter/innen-Klasse und Volksmassen gegen den Faschismus in einen Kampf für den Sturz der österreichischen Bourgeoisie in einer proletarischen Revolution überzuleiten.

Interview mit Labournet Austria

1. Wie schätzt ihr die jetzige Krise ein und was glaubt ihr welche Folgen sie auf mittlere Sicht für den Klassenkampf in Österreich und in Europa hat?

Die IA.RKP hat die aktuelle Krise von Anfang an als tiefe kapitalistische Überproduktionskrise eingeschätzt - nicht als bloßes Platzen großer Spekulationsblasen und kurzfristiges Nachlassen der Aktienmärkte. Inzwischen sind auch bürgerliche Ökonomen zu dem Schluss gekommen, dass es massive weltweite Überkapazitäten in der Produktion, z.B. in der Autoindustrie gibt, und die aktuelle Krise noch lange nicht überwunden ist.

Die revolutionären Kommunist/innen betonen, dass die Jagd der Kapitalisten nach Profit regelmäßig, d.h. ca. alle 7 bis 10 Jahre, zu massiven Überproduktionen kommen muss. Um in der Konkurrenz zu bestehen, steigert jeder Kapitalist die Warenproduktion in seinem Betrieb in der Hoffnung einen größeren Anteil des Marktes zu erobern. Dies tut er ohne Rücksicht darauf, dass seine Konkurrenten dasselbe tun. Nach einiger Zeit sind zu viele Waren auf dem Markt, die niemand mehr kaufen kann, die Produktion wird abermals aus Konkurrenzgründen rationalisiert und weiter gesteigert - bis es kracht. Das ganze ist von Marx im „Kapital“ genau beschrieben worden. Durch die Herausbildung von Großkonzernen und sogenannten Monopolunternehmen ist die Situation nur noch weiter zugespitzt und verschärft worden. In manchen Branchen z.B. Computer oder Autos, kämpfen ganz wenige Multis gegeneinander um weltweite Marktanteile und Absatzmärkte.

Was die Auswirkungen der Krise auf das Bewusstsein der Arbeiter/innenklasse in Öster-

reich betrifft, sehen wir zwei Tendenzen.

Einerseits wird die sogenannte „linke sozialdemokratische“ Strömung, d.h. Kräfte, die heute das wiederbeleben wollen, was in den 1960er und 1970er Jahren unter Pittermann und Kreisky sozialdemokratischer Standard war, stärker. Das sind die politischen Kräfte, die einen schaumgebremsten Kapitalismus wollen, einen kapitalistischen Wohlfahrtsstaat wie in Österreich vor 30 Jahren. Diese Kräfte, zu denen z.B. auch ATTAC oder die KPÖ gehört, führen die Arbeiter/innenbewegung völlig in die Irre und sind keine Bündnispartner, weil sie keine antikapitalistischen Interessen vertreten, sondern den Kapitalismus reformieren, „zähmen“ wollen. Die andere Tendenz, die sich in der Krise verstärkt, sind die Faschisten. Sie betreiben aktiv die Spaltung der Arbeiter/innenklasse. Die Zahl der enttäuschten Arbeiter/innen, die zu Mitläufer/innen und wirklichen Gefolgsleuten der Faschisten werden, nimmt zu – weil viele sowohl Sicherheit als auch scheinbar radikalen Bruch zugleich suchen. Wir gehen aber nicht davon aus, dass die Bourgeoisie es in absehbarer Zeit notwendig hat, die Faschisten an die Macht zu bringen – wozu auch? Solange es keine gefährlichen wirtschaftlichen und politischen Kämpfe gibt, ist die bürgerliche Demokratie die stabilere und für die Bourgeoisie geeignetere Herrschaftsform.

Anders als die Spontaneisten und ein Teil der Syndikalisten gehen Revolutionäre Kommunist/innen nicht davon aus, dass die Krise bzw. eine Verschlechterung der Lebenslage der Arbeiter/innenklasse zu einer Revolutionierung des Bewusstseins führt. Für Revolutionär/innen vermehren sich mit der Krise die Beispiele der Untauglichkeit des kapitalistischen Systems für

die Arbeiter/innen, aber beweisen, agitieren und organisieren müssen wir schon selber, wenn wir was weiterbringen wollen.

2. Welche Perspektiven gibt ihr den Uniprotesten? Könnte die StudentInnenprotestbewegung sozusagen Vorreiter eines ArbeiterInnenwiderstandes gegen die Abwälzung der Krisenkosten auf die arbeitenden Klassen sein?

Die IA.RKP meint nicht, dass die Student/innenbewegung Ende 2009 eine Vorreiterrolle eines Arbeiterwiderstands ist oder sein kann. Wir haben uns gefreut, dass relative viele Student/innen im Herbst 2009 sehr aktiv wurden und der RKJV hat massiv versucht, Perspektive und Organisation in die Bewegung hineinzutragen. Aber ein Vorbild für organisierte Massenproteste von Arbeiter/innen kann die Uni-Bewegung aus zwei Gründen nicht sein, die wir auch als größte Schwächen dieser Bewegung sehen: Erstens konnten keine klaren Kampfforderungen entwickelt werden, mit denen große Teile der Betroffenen unmittelbar im Kampf zusammengeschlossen werden können. Es ist auch zu keinem Zeitpunkt gelungen, einen wirklichen Streik (oder vergleichbare Kampfformen) durchzuführen – Vorlesungsstreiks hat es in den 3 Monaten praktisch keine gegeben, wirklich gestreikt haben ja nur zeitweise die paar hundert bzw. bald nur noch paar Dutzend, solange sie im Audimax oder im C1 anwesend waren. Sonst ist der Unibetrieb ungestört weitergegangen. Wenn eine Gruppe von Arbeiter/innen in irgendeinem Großbetrieb so herangehen würde, also z.B. die Werkskantine besetzen und dann weder klare Forderungen erarbeiten noch einen Streik organisieren, dann sind sie nach spätestens ein paar Tagen entlassen.

Zweitens müssten die Student/innen ihre Rolle im heutigen System hinterfragen, um einen gemeinsamen Kampf mit den Arbeiter/innen führen zu können. Das heißt, sie müssten den Inhalt des eigenen Anspruchs, die zukünftige Elite zu sein, hinterfragen. Student/innen, die ihre Forderungen mit der Feststellung, sie wären die zukünftigen Chefs, zu legitimieren und durchzusetzen versuchen, können schlecht Vorreiter/innen eines Arbeiter/innenwiderstands gegen die heutigen Herrschenden sein. Deshalb hat die Bewegung nicht einmal ansatzweise auf Betriebe übergreifen – die Kontakte der Unibewegung haben sich dementsprechend im Wesentlichen auf die Arbeiterbürokraten und arbeiterristokratischen Gewerkschaftsführer beschränkt.

3. Kommen wir noch einmal auf die Krise zurück: Wenn wir sie mit der Krise 1929 und die Jahre danach vergleichen, so lag sicherlich eine zentrale Ursache für die schweren Niederlagen der ArbeiterInnenbewegungen in den 1930er-Jahren in der Spaltung der ArbeiterInnenparteien und Linken. Meine grundsätzliche Frage daher an euch: Warum organisiert sich die radikale Linke so wie ihr noch immer in Abgrenzung zu anderen linken antikapitalistischen Gruppierungen? Wie schaut für euch der Aufbau einer gesellschaftlich relevanten antikapitalistischen Linkspartei aus?

Da möchte ich ganz ausdrücklich eurer Einschätzung widersprechen, dass die Spaltung der Arbeiter/innenklasse und Linken der Grund für die schwere Niederlage in den 1920er und 1930er Jahren war. Wir sehen die historische Niederlage nicht als Problem der Spaltung, sondern als Problem des ungebrochenen Reformismus und der reformistischen Orientierung der Arbeiter/innenbewegung in den 1920er Jahren wie heu-

te. Solange die große Mehrheit der Arbeiter/innen auch in einer objektiv sehr zugespitzten Situation glaubt, auf friedlichem Weg, auf dem Weg von Reformen, den Kapitalismus überwinden zu können. Solange sehr große Teile der Arbeiter/innen auf die Arbeiteraristokratie horchten und dem Weg der bürgerlichen Arbeiterführer folgten – solange sind Niederlagen, auch sehr schwere Niederlagen wie in Österreich 1934 und 1938 unvermeidlich. Die Arbeiteraristokraten, die bürgerlichen Gewerkschaftsbonzen und reformistischen Arbeiterführer, werden die Arbeiterbewegung immer spalten – bzw. es versuchen – denn sie wollen jede proletarische Revolution verhindern. Sie sind durch spezielle Privilegien so an die Bourgeoisie gekettet, dass sie wirklich in einer proletarischen Revolution vieles, vielleicht alles verlieren würden. Auf diese Spaltung hat schon Lenin hingewiesen, zwischen Arbeiteraristokratie und Arbeitermassen existiert ein objektiver Widerspruch, auf wirtschaftlicher und politischer Ebene. Diese Angehörigen einer kleinen Oberschicht der Arbeiter/innenklasse besonders in imperialistischen Ländern, werden aus den Extraprofiten bestochen, die aus den Neokolonien von den Multis herausgepresst werden. Diese dünne, bestochene oberste Schicht der Arbeiter/innenklasse lebt deutlich besser als die Arbeiter/innenmassen und sie braucht keine Revolution, damit es ihnen noch besser geht. Sie müssen sich nur noch mehr ans Kapital verkaufen, als Agenten der Bourgeoisie in der Arbeiter/innenklasse.

Zu eurer Frage der Spaltung der Linken bzw. ihrer Organisation in unterschiedlichen Organisationen: Das sehen wir nicht vor allem als Problem der organisatorischen Getrenntheit. Wir sind für die Arbeiter/innen-Einheitsfront auf klassenkämpferischer Grundla-

ge. So sind wir bereit, je nach Anlass, mit allen möglichen revolutionären oder auch nur konsequent klassenkämpferischen Organisationen Kampfbündnisse zu schließen – und tun das auch seit vielen Jahren. Aber warum sind wir getrennt organisiert?

Wir kämpfen mit und in der IA.RKP für den Aufbau einer revolutionären, kommunistischen Partei in Österreich. Wir wollen eine Partei schaffen, die in einer objektiv revolutionären Situation in Österreich einen politischen Generalstreik und einen bewaffneten Aufstand anleiten kann - und zwar in Gegnerschaft nicht nur zum bürgerlichen Staatsapparat, sondern auch zur ÖGB-Führung, zur SPÖ und auch zu reformistischen Parteien wie der heutigen KPÖ. Wenn wir das wirklich ernst nehmen, dann kann die Partei nur im Feuer des Klassenkampfs aufgebaut werden, wobei wir natürlich sehen, dass der offene Klassenkampf in Österreich äußerst schwach entwickelt ist. Wenn wir wirklich in den Klassenkampf in Österreich eingreifen und ihn vorantreiben, die Klassenfronten zwischen Proletariat und Bourgeoisie verschärfen wollen, heißt das aber auch, klare revolutionäre Positionen zu beziehen, reformistische und versöhnlerische Vorschläge zurückzuweisen und eine revolutionäre Linie zu entwickeln und zu verankern. Um diese politische Linie werden sich auf längere Sicht die bewussten und kämpferischsten Teile der Arbeiter/innenklasse sammeln. Uns geht es beim Parteaufbau nicht in erster Linie um die Organisation – so seltsam das klingen mag – sondern um die revolutionäre politische Linie und um den ideologischen Aufbau – innerhalb unserer Organisation und um diese herum. Die Frage der eigentlichen Organisation – im Sinn einer Mitgliedschaft in der Parteaufbau-Organisation oder einer Vorfeldorganisation – ist dem Kampf um die politische Linie untergeordnet.